

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 RM. monatlich 1.10 RM. wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements schreiben an: Verlag, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepatente Rollenzeitung oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Oktober 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1984.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905.

Die naturgemäße Folge des guten Geschäftsganges im letzten Jahre ist eine verhältnismäßig große Zahl von Streiks, durch welche sich die Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen suchen. So ist*) gestiegen:

- Die Zahl der begonnenen Streiks von 1908 im Jahre 1904 auf 2448 " " 1905,
- die Zahl der beendeten Streiks von 1870 im Jahre 1904 auf 2403 " " 1905,
- die Zahl der Betriebe, in welchen gestreikt wurde, von 10 321 im Jahre 1904 auf 14 481 " " 1905,
- die Zahl der Betriebe, welche durch die Streiks zum Stillstand gekommen sind, von 2101 im Jahre 1904 auf 3665 " " 1905,
- die Zahl der streikenden Arbeiter von 113 480 im Jahre 1904 auf 408 145 " " 1905,
- die Zahl der Arbeitstage, die durch die Streiks verloren gegangen sind, von 3 622 998 im Jahre 1904 auf 14 536 233 " " 1905.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ stimmt denn auch ein klägliches Begehren an:
 „Die durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hervorgerufenen Streiks“, schreibt das Blatt in seiner letzten Nummer, „erweisen sich nachgerade als eine schädliche Epidemie, wie menschliche (?) Krankheiten und gefährden die gesamte deutsche Volkswirtschaft mehr, als Ungunst der Bitterung, Pflanzen Schädlings und Viehseuchen die Landwirtschaft schädigen. In den neunziger Jahren hatte die deutsche Landwirtschaft in einem Jahre einen nachweisbaren Verlust von 60 Millionen Mark zu beklagen. Welchen Verlust erlitten aber wohl die deutsche Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im vergangenen Jahre durch die Streik-epidemie? Jedenfalls war dieser Verlust unvergleichlich größer.“
 Um diesen Verlust von der Gesellschaft fernzuhalten, weiß die „Arbeitgeber-Zeitung“ ein unfehlbares Mittel: ein neues Ausnahmegesetz, welches den Arbeitern jeden Widerstand gegen die Ausbeutung durch das Unternehmertum unmöglich macht. Jedoch muß die amtliche Streikstatistik selbst den Beweis liefern, daß die Arbeiter auf die Streiks als ein Mittel zur Erlangung eines maßgebenden Einflusses auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gar nicht verzichten können. Es verlangten nämlich:

	Streikende	Davon hatten	
		vollen oder teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
Aufrechterhaltung der bestehenden Zeit- oder Akkordlöhne	4 307	2 925	1 382
Erhöhung der bestehenden Zeit- oder Akkordlöhne, Festsetzung von Mindestlöhnen	365 874	113 055	252 180
Bezahlung, höhere Bezahlung der Ueberstunden, Nachtarbeit, Arbeit an Sonn- und Feiertagen	34 982	19 234	15 698
Besondere Bezahlung der Nebenarbeiten, Außenarbeiten, der Fahrt zur Arbeitsstelle, Bartegelber	20 605	10 285	10 320
Bezahlung für unrechtmäßige Ruhepausen, für Feiertage, die auf Wochentage fallen	8 904	4 402	4 502
Gewährung von Abschlagszahlungen bezw. häufigere oder größere Abschlagszahlungen	2 419	243	2 176
Einführung wöchentlicher Lohnzahlung	7 632	2 369	5 263
Einführung zweiwöchentlicher Lohnzahlung	206	132	74
Regelung der Lohnzahlung (Zeit und Zeit)	2 000	1 854	146
Einführung, Beibehaltung des Prämienystems	232	82	200
Abkündigung des Prämienystems	443	173	270
Abkündigung bezw. Nicht-Einführung der Akkordarbeit	7 428	2 660	4 768
Einführung bezw. Beibehaltung der Akkordarbeit	862	302	660
Aufrechterhaltung von Lohnstarifen	1 058	778	280
Einführung von Lohnstarifen und Aushebung derselben	28 944	18 490	10 454
Abänderung von Lohnstarifen	29 898	24 307	5 591
Sonstige Lohnforderungen	28 028	16 113	11 915
Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitszeit (im ganzen)	905	280	675

	Streikende	Davon hatten	
		vollen oder teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
Verkürzung der bisherigen Arbeitszeit (im ganzen)	277 901	41 302	236 629
Abkündigung oder Beschränkung der Ueberstunden, Nachtarbeit, Arbeit an Sonn- und Feiertagen	222 580	4 351	218 229
Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend oder vor den hohen Festtagen	12 423	6 173	6 250
Nichteinführung von Ueberstunden	9 611	2 290	312
Bestimmte Regelung der Arbeitszeit, wo solche noch fehlte	8 052	4 621	4 031
Einführung, Beibehaltung oder Verlängerung von Arbeits- (Früh-, Mittags-, Abend-) Pausen	9 681	5 106	4 485
Sonstige Arbeitszeitforderungen	1 229	704	525
Wiedereinstellung entlassener Mitarbeiter	14 952	5 567	9 385
Entlassung oder Nicht-Einstellung von nichtorganisierten Arbeitern	1 301	349	952
Entlassung bezw. Nicht-Einstellung von Streikbrechern und anderen mißliebigen Arbeitern	3 890	1 118	2 772
Entlassung von Vorgesetzten	5 869	995	4 874
Freigabe des 1. Mai	1 192	391	801
Nichtanfertigung von Streikarbeit	1 829	1 308	521
Bessere Behandlung, Zurücknahme von Beschimpfungen	225 701	8 672	217 029
Beleuchtung bezw. bessere Beleuchtung, Reinigung, Lüftung und Heizung der Arbeitsplätze, Verpflegung der Neubauten	3 649	2 158	1 491
Schaffung besserer Schutzeinrichtungen, besseren Werkstoffmaterials, Halten von Verbandzeug	2 516	768	1 748
Beschaffung von Ankleideräumen, Aborten, Wasagelegenheit	11 635	2 911	8 724
Anerkennung des Arbeiterausschusses, der Lohnkommission, der Ueberwachungskommission	233 967	7 670	226 297
Anerkennung des Arbeitsnachweises	6 254	1 411	4 843
Anerkennung des freien Koalitionsrechtes	355	—	355
Einführung von Lohnbüchern, Verteilung von Akkordzetteln vor Ausgabe der Akkordarbeit	4 192	1 197	2 995
Einführung oder Abänderung der Arbeitsordnung, Ausschaffung der Arbeitsordnung, der Unfallverhütungsvorschriften	7 252	3 856	3 396
Nichtmahregelung von Arbeitern	227 333	5 018	222 315
Abkündigung von Kost und Logis beim Meister	2 215	1 438	777
Auszahlung des Lohnes vor oder gleich nach Feierabend	5 772	2 201	3 571
Verbot der Heimarbeit	1 563	25	1 538
Abkündigung der Kündigungsfrist	4 752	3 090	1 722
Festsetzung der Kündigungsfrist	210 519	799	209 720
Freies Werkzeug und unentgeltliche Schärfung desselben	3 860	2 076	884
Aufhebung der Strafgebel	980	555	425
Regelung des Lehrlingswesens	3 559	40	3 519
Schriftliche Bestätigung getroffener Vereinbarungen	6 815	2 917	3 898
Sonstiges	232 614	13 276	219 338

Diese Zusammenstellung verdient deshalb unsere Beachtung, weil sie uns klarer als alles andere zeigt, daß sich die Kämpfe der Arbeiter bereits auf alle Punkte des Arbeitsvertrages erstrecken. Die Zeit ist endgültig vorüber, da die Unternehmer als die naturnotwendigen Herren der Arbeiter während der Arbeit, als die „Herren im eigenen Hause“ anerkannt wurden. Die Arbeiter fühlen sich vielmehr als vollberechtigte Menschen auch während ihrer Arbeit. Deshalb sehen sie ihre Kritik nicht nur an die Höhe des Arbeitslohnes und an die Länge der Arbeitszeit an, sondern sie verlangen auch gehörig hergerichtete Arbeitsräume, wirksame Unfallverhütungsmassnahmen, eine angemessene Behandlung, Schutz vor Witterungsbedingungen usw. Sie beweisen durch ihre Streiks, daß sie die Regelung der gemeinsamen Arbeit nicht mehr den Unternehmern überlassen, sondern selbst ein entscheidendes Wort dabei mitsprechen wollen. Hier von werden sie sich auch durch kein Ausnahmegesetz nach dem Rezept der „Arbeitgeber-Zeitung“ abbringen lassen.
 Freilich dringen sie mit ihren Forderungen, wie aus der letzten Spalte unserer Zusammenstellung zu ersehen ist, oft nicht durch. Jedoch denken die Arbeiter nicht daran, die Forderungen, mit denen sie zunächst keinen Erfolg gehabt, haben, aufzugeben. Das können sie auch gar nicht. Die unerträglichen Zustände treiben sie immer wieder von neuem dazu, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erstreben. Jede ihnen von den Unternehmern verweigerte Verbesserung ist für sie nur ein Ansporn, ihre gewerkschaftliche und politische Organisation weiter und weiter auszubauen, um ihren Forderungen einen stärkeren Nachdruck zu geben.
 In den letzten Jahren haben die Unternehmer es versucht, durch massenhafte Aussperrungen die Arbeiter von den

Streiks zurückzuführen. Dies tritt im letzten Jahre ganz besonders hervor. Es ist nämlich gestiegen:
 die Zahl der begonnenen Aussperrungen von 132 im Jahre 1904 auf 263 " " 1905,
 die Zahl der beendeten Aussperrungen von 120 im Jahre 1904 auf 254 " " 1905,
 die Zahl der Betriebe, welche durch die Aussperrungen betroffen worden, von 1115 im Jahre 1904 auf 3859 " " 1905,
 die Zahl der Betriebe, welche durch die Aussperrungen zum Stillstand gekommen sind, von 435 im Jahre 1904 auf 834 " " 1905,
 die Zahl der ausgesperrten Arbeiter von 23 760 im Jahre 1904 auf 118 665 " " 1905,
 die Zahl der Arbeitstage, die durch die Aussperrungen verloren gegangen sind, von 1 662 127 im Jahre 1904 auf 4 448 320 " " 1905.
 Von den Aussperrungen des letzten Jahres hatten 65 vollen Erfolg, 147 teilweisen, 42 keinen.

Das ist ein für die Unternehmer günstigeres Resultat als in den früheren Jahren. Um so bedeutungsvoller ist es, daß trotz dieser Gewaltwirtschaft der Unternehmer auch in dem letzten Jahre der Einfluß der Arbeiter auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse größer geworden ist. Die Arbeiter haben daher guten Grund, mit um so größerer Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Sie müssen sich aber auf immer schwierigere Kämpfe mit dem Unternehmertum gefaßt machen und sich dementsprechend rüsten.

Die russische Revolution.

Die Staatskassen leer!

Petersburg, 5. Oktober. Stolypin lehnte das Ansuchen des Stadtoberhauptes Nezew ab, die Regierung möge die halbe Million Rubel, welche die Stadt für Arbeitslose ausgegeben hat, erfragen, mit der Motivierung, daß die Staatskassen leer seien.

Eine Proskriptionsliste?

Der „Russ. Kurier“ meldet: Auf Anordnung des Ministers Stolypin sollen die Gouverneure mit Hilfe der ihnen unterstellten Beamten baldmöglichst feststellen, welche Persönlichkeiten von der Bevölkerung des betreffenden Rayons für die kommende Reichsduma in Aussicht genommen sind; das Verzeichnis solcher Reichsdumakandidaten muß ausführliche Angaben über deren Lebenslauf enthalten.

Die Reaktion an der Arbeit.

Petersburg, 5. Oktober. Außer dem gestern von hier nach Sibirien abgegangenen Transporte von 650 politischen Gefangenen ist nachst ein Transport von 500 verurteilten Meuturern von Kronstadt nach Swaborg abgegangen.

Kasuga, 5. Oktober. Hier ist aus Petersburg die amtliche Meldung eingetroffen, daß der frühere Reichsdumaabgeordnete Obninski sowie Fürst Uruslow, ehemaliger Gehilfe des Ministers des Innern, wegen Unterzeichnung des Wyborger Aufrufs in den Anklagezustand versetzt sind, und daß ihnen das Recht der Teilnahme an Semstwo-Veranstaltungen abgeprochen worden ist.

Hinrichtungen in Kronstadt und in Czestochan.

Kronstadt, 4. Oktober. Die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ teilt mit: Die Meldungen auswärtiger Korrespondenten über die Weigerung der hiesigen Garnison, das Todesurteil des Kriegsgerichts an 19 Matrosen zu vollstrecken, sind völlig unbegründet. Das betreffende Urteil ist heute früh 6 Uhr von Matrosen vollzogen worden. In der Stadt herrscht Ruhe.
 Czestochan, 5. Oktober. Mehrere standrechtlich zum Tode verurteilte Personen sind heute hier hingerichtet worden.

Bergelung.

Moskau, 5. Oktober. Der Hauptmann des 3. Grenadier-Regiments, Dsjankowski, wurde auf offener Straße von einem jungen Menschen durch drei Revolverkugeln getötet. Dsjankowski hatte die Kompanie zu beschließen, welche vor kurzem die im hiesigen Gefängnis ausgebrochene Revolte der politischen Häftlinge unterdrückte, wobei zwei Gefangene getötet wurden. Der Mörder ist entkommen.

Bialystok.

Bialystok, 4. Oktober. Zwei Unbekannte drangen heute in die Wohnung eines Arbeiters ein und verwundeten durch mehrere Revolverkugeln zwei Personen tödlich aus Mache für die Angabe der Organisations des Fabrikstreiks.

Infolge großer Nachfrage aus den Zentralgouvernements sind die hiesigen Fabriken in vollem Gange. Die feindlichen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern sind beseitigt. Die Arbeiter stellen keine neuen Forderungen auf.

Das „Schwarze Hundert“.

Odesa, 5. Oktober. Gestern während der Beerdigung der bei der Feuersbrunst im russischen Theater umgekommenen drei Studenten gaben einige Mitglieder der „Schwarzen Bande“ mit dem Rufe: „Schlagt die Juden!“ mehrere Schüsse ab, was eine große Panik verursachte. Einer der Aufseher wurde durchgeprellt und darauf verhaftet.

*) Nach der soeben erschienenen amtlichen Streikstatistik.

Stimmung im Gouvernement St. Petersburg.

Die Stimmung der Bauernschaft im Kreise Jamburg (Gouvernement St. Petersburg) wird im „Zowarisch“ vom 2. September folgendermaßen geschildert: „In der ersten Zeit nach der Dumaauflösung war ein großer Teil der Bauern wie betäubt. Was werden wir jetzt tun? fragten sie sich ratlos. Ein anderer Teil, der nicht so zahlreich war, aber aus den jüngeren Männern bestand, nahm die Dumaauflösung mit Ingrimm auf und kritisierte das Ereignis in einer solchen Weise, wie sie hier nicht wiedergegeben werden darf. Der seit langer Zeit ausgeblühte Klassenhaß ist viel glühender geworden. Der Widorger Ruf wurde mit bewundernswürdiger Schnelligkeit und in ungeheurer großer Zahl im Kreise verbreitet, die Bevölkerung selbst nahm daran einen äußerst regen Anteil. Die Steuerverweigerung wurde mit solcher Einmütigkeit und Entschiedenheit in den Gemeinde- und Woiwodsammlungen beschlossen, daß alle Steuererträge völlig ausblieben und die Steuerklasse buchstäblich leer blieb. Ein anderes Alarmzeichen bilden die umgehenden dunklen Gerüchte von einer bevorstehenden allgemeinen Volksbewegung und auch die in der letzten Zeit häufig gewordenen Feuersbrünste. Daß es sich hierbei um Brandstiftung handelt, steht außer jedem Zweifel. Holzschuppen, Getreidespeicher, Heuschuber und Getreidebarraken der Großgrundbesitzer brennen nieder; an diesen Orten ist man bereits zur Einäscherung der Dörfer geschritten. Die Aufgeregteren versuchen, die Bevölkerung von solchen Schreckensthaten abzuhalten, dies glückt ihnen aber sehr selten. Denn viel zu viel Klassenhaß hat sich angesammelt. Die Edelente erblicken in allen diesen Vorgängen nur die Folgen der Agitation seitens der „unterirdischen Elemente“ und der Semstwoangestellten; diese sind nach ihrer Meinung die Heber; sie halten es für genügend, etwa 30 bis 40 Personen heranzuziehen, damit alles still werde. In seinem Verlangen nach „Pazifizierung“ wäre der Adel bereit, die Schulen und Krankenhäuser abzuschaffen, wenn es nur möglich wäre.“ „Uebershaupt nimmt die innere Lage im Kreise eine von Tag zu Tag drohender werdende Wendung an.“

In den letzten drei Wochen sind im Kreise Jamburg große Feuersbrünste auf den Gütern des Baron Meller-Salomeski, Stadelberg, Bogdanoff, Frau Wiers u. a. geschehen. Bei dem Gutbesitzer Weimann sind alle Gebäude eingestürzt worden, dann mehrere beim Fürsten Obolenski; an das Papierlager der Jwanowischen Fabrik wurde dreimal Feuer angelegt. Die kleinen Feuersbrünste und Brandstiftungen sind so zahlreich, daß man von ihnen gar nicht mehr spricht. Unter den Gutsherren und Großbauern herrscht Panik. Die Güter werden von bewaffneten Männern bewacht. („Zowarisch“, 3. September.)

Der St. Petersburger Gouverneur hat seinerseits allen Polizeibehörden des Gouvernements, die Landpolizeien (Urjadniks) mit einbezogen, die zirkularische Warnung zukommen lassen, daß gemäß den bei ihm eingelaufenen Meldungen die revolutionären Parteien vom 15. September (a. St.) an eine allgemeine Agitation auf dem Lande zu entfalten beabsichtigen. Der Gouverneur beauftragt die Polizei, strenge Maßnahmen zu treffen zwecks Ergreifung aller verdächtigen Personen, die in den Dörfern mit der Absicht, im Bauerntum Propaganda zu treiben, erscheinen können. („Zowarisch“, 3. Oktober.)

Ein baltischer Scharfmacher über Trepow.

In Nr. 203 der berüchtigten „Düna-Zeitung“ veröffentlicht ein gewisser O. G. einen warmen Nekrolog für den „frühzeitig verstorbenen Palastkommandanten Trepow.“ In überschwänglichen, hochtönenden Phrasen verherrlicht der edle Stribent die „Geradheit, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit“ dieses Bluthundes unfeligen Lebens, den er als früheren „Kameraden in heiteren Tagen der Jugend“ gut gekannt und als Untergebener schätzen gelernt habe.

Dieser Herr O. G., in dem wir einen alten Bekannten wiedererkennen, verdient es, dem deutschen Publikum in Lebensgröße vorgestellt zu werden, damit es sieht, welche würdigen Männer die Gescheide der schwergeprüften Ostseeprovinzen leiten, wenn dort Strafexpeditionen, Kriegszustand, Feldgerichte usw. zu verhandeln sind, und endlich, welche edlen Berlen der konservative baltische Adel in seiner Mitte birgt.

Herr Otto v. Grotthus, der dann und wann in Denunziantenblatte „Düna-Zeitung“ unter den Initialen O. G. schriftsteller, wurde nach einer sehr bewegten Vergangenheit im Jahre 1890 zum Kreisbesitz in Lüdum (Kurland) ernannt. In dieser Eigenschaft bemühte er sich eifrig um die Gunst der jüdischen und lettischen Geldsäcke, die er tüchtig auszunutzen verstand. Dieses Metier betrieb er im Laufe seiner ganzen weiteren Dienstzeit mit einer Virtuosität, um die ihn der raffinierteste russische Schinownik beneiden dürfte. Er brachte es fertig, in jorbaltischer Weise selbst a r m e n Leuten Darlehen abzapfen und die so ergatterten paar tausend Rubel verpraßte der Skrupellose bei Wein und Weibern. Er hat als Don Juan jeden Reford geschlagen. So bemühte er z. B. seinen Polizeijäbel dazu, um in die Volksbadestube einzudringen und die dort badenden Arbeiterfrauen zu vergewaltigen. Allerdings wurde er bei dieser Gelegenheit von den Weibern auf edel proletarische Art windelweich gepriegelt, aber diese Rektion hinderte ihn nicht, bald darauf ein epileptisches Mädchen betrunken zu machen und zu vergewaltigen. Als die Folgen dieser Untat sichtbar wurden, fand er sich mit seinem Opfer aus den Mitteln einer Wohlthätigkeitskollekte ab!

Die Folge dieser und ähnlicher schwerer Verbrechen war, daß der damalige kurländische Gouverneur Swerbejew sich veranlaßt sah, den heißblütigen v. Grotthus nach einem abgelegenen Krähwinkel zu verbanen. Vor seinem Abgange verstand der „Edelmann“ es noch, vom Direktorium der lettischen Sparkasse (das er später in seinen offiziellen Berichten ebenso wie den Gouverneur Swerbejew aus Rache der „Begünstigung der Revolution in Lüdum“ bezichtigte und auf die Anklagebank brachte) ein größeres Darlehen unter verschiedenen Vorspiegelungen zu ergattern. Bei dem von jenem Direktorium zu seinen Ehren auf Kosten der armen Vereinsmitglieder veranstalteten Abschiedsschmaus lästete und umarmte er den von ihm später gleichfalls als „Revolutionär“ denunzierten Martin Stremmann und empfahl ihn der Gemeinde aufs angelegentlichste.

Es verstrichen einige Jahre. Dann kam die Hochflut der Reaktion. Der Päderast Trepow wurde vom großfürstlichen Päderasten Sergius zum Oberpolizeimeister von Rostau ernannt. Da tauchte plötzlich der längst für tot gehaltene Otto von Grotthus wieder an der politischen Bildfläche auf! Zum Erstaunen seiner unzähligen Gläubiger erschien aufs neue im Lüdumischen Kreise Otto von Grotthus als goldbetreter Staatsrat und „Beamter des Polizeidepartements zu besonderen Aufträgen“, d. h. als politischer Polizeipöbel großen Stils. Mit acht Grotthuscher Unverschorenheit sandte er nun täglich seinem „Kameraden aus heiteren Tagen der Jugend“, Herrn Trepow, Berichte über die haarsträubendsten, natürlich frei erfundenen „Verbrechen der Revolutionäre“, er wärmte zum hundertsten Male die Lüge von der geplanten „lettischen Republik“ auf und bemühte sich reblich darum, das fleißige intelligente Lettenvolk durch den Kriegszustand zu ruinieren.

Es braucht nicht erst betont zu werden, daß er bei dieser Gelegenheit die früheren „Patrioten“ und Geldgeber Stremmanns, Eichenberg und Nlun... eben so wenig schonte, wie er daran dachte, seine Schulden — trotz der von ihm bezogenen horrenden Gage — zu bezahlen. Als „Ritter ohne Furcht“ fürchtete er eben seine mundtoten Gläubiger nicht mehr, da er sie ja leicht zertreten konnte.

Das sind, in blassen Farben geschildert, die schönen Tugenden des Herrn O. G. alias Otto von Grotthus, der es verstanden hat, unter Beihilfe des Oberhefners Trepow so viel Glend über das schöne „Gottesländchen“ zu bringen. Der deutsche Leser kann aus diesen verbürgten, aftermäßig festgestellten Tatsachen ersehen, wie und durch welche Dunkelmänner die lettischen Sozialdemokraten verunglimpft und unsere Genossen ruiniert wurden. Der Geschichtsschreiber der lettischen Revolution wird nicht vergessen dürfen, Herrn O. G. nebst seinem „Kameraden“ Trepow an den Pranger zu nageln.

Ermordete Gefangene.

Ein alltägliches Ereignis in dem russischen Freiheitskampf sind die dässeren, schauerlichen Gefängnistragödien. In den entsetzlichen Kollerkammern, in den traurigen Stätten unfähigen menschlichen Glends, die sich russische Gefangene nennen, werden die politischen Gefangenen gedemütigt, beleidigt, mißhandelt, auf jede erdenkliche Weise gemartert, und bei Protesten, sogenannten „Unruhen“, wird auf die Wehrlosen durch Lir und Fenster geschossen. Ein beliebtes Mittel der Beamten, um die Politischen zu peinigen, ist die Ausbeugung der gemeinen Schwärze gegen sie. So wurde auch im Gefängnis zu Kofstow am Don gehandelt. Am 26. September, während des Spazierganges im Gefängnishof, stürzten die aufgebehten Sträflinge auf die anwesenden Politischen und begannen sie entsetzlich zu prügeln. Die Aufseher ließen sie gewähren. Als die in den Zellen eingeschlossenen Politischen dies sahen, erhoben sie Protest, begannen zu lärmern, zu schreien und gegen die Liren zu schlagen. Darauf wurden Soldaten geholt. Ein Politischer wurde getötet, sehr viele wurden verwundet. Infolge der erhaltenen Schläge sind später noch zwei Politische gestorben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Oktober.

Herr Bernard Shaw.

Noch niemals hat ein Philosoph gelebt,
Der mit Geduld sein Jahnweh nur
ertragen,
Demgleich sie in der Götter Still
geschrieen
Und Glüd und Schmerz gelehnet und
verlast.

Shakespeare: Viel Lärm um nichts.

Journalistische Unterlassungssünden rächen sich. Hätte der „Vorwärts“ vor einigen Jahren, als ihm Herr Bernard Shaw als Beitrag zur Maiest-Kummer einige der bekanntesten ewigen Wahrheiten der neuesten englischen Schullogikation in aphoristischer Paprikaform sandte, dieses literarische Ragout nicht abgelehnt, sondern nach dem Rat eines malignen Redaktionsmitgliedes dem „Unterhaltungsblatt“ für die nächste Sonntagspanderei überwiefen, er hätte dem Gemüt des großen englischen Satirikers das durchbohrende Gefühl verletzter Eitelkeit, und der deutschen Sozialdemokratie eine, wie das „Berl. Tageblatt“ konstatiert, „vernichtende“ Kritik erspart. Auch Uebermenschen haben oft kleinliche Schwächen; und die besondere Schwäche des Herrn Shaw besteht in der Aversion gegen Redaktions-Papierkörbe. Er will die Werke seines Genies nicht in solche Körbe verpackt sehen, sondern er wünscht, wie er schreibt, „daß sie möglichst verbreitet werden und freundschaftliche Aufnahme finden.“ So ergreift denn des großen Dramatikers empfindsames Mimosenemüt, als seine geniale Leistung nicht die erwartete enthusiastische Aufnahme fand, bitterer Schmerz. Wie, der „Vorwärts“ wogte die Veröffentlichung von Beiträgen des großen Shaw, des großen Widalen Shakespeares, abzulehnen! Seit jenem Tage hat sich Herr Shaw wiederholt über die Ablehnung seines Beitrages durch den „Vorwärts“ beklagt, und auch Herr Theodor Vorhies blieb, als er jüngst auf der Englandfahrt deutscher Journalisten von Herrn Shaw der Unterhaltungsgewürdigt wurde, von dieser Beschwerde über die Respektlosigkeit des „Vorwärts“ nicht verschont. Daraus erfahren wir, daß Herr Shaw sich in der seltsamen Meinung befindet, sein Beitrag sei „zu radikal“ gewesen. Um ihn von dieser an seinem verletzten Gemüt zehrenden eigenen Idee zu heilen, gehatteten wir uns in einigen Zeilen die ergebende Verichtigung, daß Herrn Shaws Opus uns nicht „zu radikal“, sondern zu „spießbürgerlich“ gewesen sei.

Das war mehr, als die große Ruhm und Heroenkultus verachtende Seele Shaws vertragen konnte. Er richtete an Herrn Arthur Levisohns Blatt, in dem er allem Anschein nach die feinste Blüte deutscher Publizistik sieht, jene geniale „vernichtende Kritik“ des Marxismus, die fast der ganzen deutschen Presse bis herab zur „Kordd.“ „gem. Ztg.“ — Herrn Levisohns und Herrn Sonnemanns Blatt natürlich ausgenommen — das Geständnis abnötigte, Herr Shaw hätte sich mit seiner Beurteilung deutscher politischer Verhältnisse gründlich blamiert.

Herr Shaw zog sich ob dieses Attentates in sein Uebermenschenentum zurück; seine deutschen Verehrer aber kränkelten an solcher Blamage. Wie es in England Politiker gibt, die in Herrn Shaw einen großen Dramatiker, und Revuekünstler, die in ihm einen großen Staatsmann sehen, so gibt es auch in Deutschland manche Leute, die eine Vorliebe für alltagsphilosophische Plattheiten in paradox-aphoristischen Facettierungen haben und hinter Herrn Shaws Aphorismen einen Sinn suchen und schließlich, wenn es ihnen auch manchmal Mühe macht, finden. Sie gedachten dem großen Satiriker eine Rückzugstrategie zu bauen, und der Leiter der „Sozialistischen Monatshefte“, Genosse Josef Bloch, forderte deshalb Shaw auf, „das Positive seiner sozialistischen Anschauungen darzulegen.“ Doch Bloch hat das kraftgenialische Selbstbewußtsein des Herrn Shaw, wie er zu seinem Leidwesen erfahren mußte, unterschätzt. Er ist allem Anschein nach noch nicht in die volle Größe der Empfindungswelt großer Männer eingedrungen. Herr Shaw verzichtete darauf, irgend etwas „Positives“ darzulegen. Er begnügte sich mit folgendem von Bloch in der letzten Nummer seiner „Monatshefte“ veröffentlichten Antwort schreiben:

„Weiter Herr Bloch, was in aller Welt verstehen Sie unter einem bürgerlichen Blatt? In England, zu Lebzeiten Karl Marx“ verstand man darunter ein Blatt, welches von Berufsjournalisten gemacht wurde, die ihre Arbeit ordentlich bezahlt erhielten. Und im Gegensatz dazu verstand man unter einem sozialistischen Blatt ein solches, das von halb oder gar nicht honorierten Amateuren geschrieben wurde, das keine Nachrichten brachte, ganz unlesbar und nicht einen halben Pfennig wert war, obwohl es für zehn verkauft wurde. Heute reden und denken wir in England nicht mehr solchen Unsinn. Der „Vorwärts“ ist gerade so gut ein bürgerliches Blatt wie das „Berliner Tageblatt“ — tatsächlich ist es in höherem Maße, weil das „Tageblatt“ meine Beiträge mit Vergnügen veröffent-

licht, während der „Vorwärts“ sie unterdrückt. Es ist diese komische Sentiererei, diese Einbildung, daß ein sozialistisches Blatt sich von anderen Blättern in irgendeinem anderen Sinn unterscheidet, als in dem sich alle Blätter von einander unterscheiden, und daß ein Sozialist durch Natur, Charakter und Begnadung von anderen Menschen verschieden ist, welche die deutsche Partei so kindisch und unmöglich macht. Warum sollte ich meine Beiträge dem „Vorwärts“ einsenden? Ich wünsche, daß sie möglichst verbreitet werden und freundschaftliche Aufnahme finden. Warum sollte ich sie Ihnen senden? Sie würden Ihnen nur Ungelegenheiten bereiten. Wenn Liebknecht, der durch und durch Fabier war, niemals sich offen auszusprechen wagte und bis an sein Lebende seine Parteigänger mit revolutionären Phrasen und orthodox-marxistischen Redensarten, die er verachtete, irreführte, wenn Bernstein, will er sich nicht kompromittieren, zu meinen Gunsten nicht mehr vorbringen darf, als Entschuldigungen: was würde Sie erwarten, wenn Sie in Ihrer Zeitschrift meine Ansichten zum besten geben wollten? Diese sind übrigens den Sozialdemokraten in der Hauptsache schon durch Jaures unterbreitet worden, und die Sozialdemokraten haben sie vor dem Angeficht Europas verworfen. Um eine so richtige Partei werde ich mir nicht weiter Unbequemlichkeiten machen. Ich werde einfach, was ich zu sagen habe, in der bürgerlichen Presse sagen, bis der reaktionäre Charakter des Marxismus für jedermann offenkundig wird.

Die besonderen Bedingungen in Deutschland haben mit meinem „Tageblatt“-Brief nichts zu tun. Die verfassungsmäßigen Unterschiede zwischen dem Reichstag und dem Hause der Gemeinen sind völlig bekannt und verstanden. Sie tangieren durchaus nicht den Unterschied zwischen der Achtundvierzigerzeit und dem XX. Jahrhundert. Bitte, denken Sie ja nicht, ich sei in irgend einer Weise unfreundschaftlich gesinnt. Ich möchte sehr gern dieser Ihrer zurückgebliebenen Partei im Interesse der ganzen europäischen sozialistischen Bewegung zur Modernität verhelfen. Aber Sie müssen mich das in meiner eigenen Weise tun lassen. Ich habe eine gute Portion Unsinn aus englischen Sozialisten herausgellost; und ich gebe Ihnen die Versicherung: das geschah nicht, indem ich ihre Gefühle schonte oder meine Zeit damit vergewandte, den Papierwürden Ihrer Redakteure meinen Tribut zu entrichten.

Ihr ergebener B. Bernard Shaw.

Dazu bemerkt der Herausgeber der „Soz. Monatshefte“ etwas respektlos:

„So weit Shaw. Ich bin es gewohnt, in seinen Aphorismen, sie mögen noch so paradox klingen, einen Sinn zu suchen und zu finden; es macht zwar manchmal Mühe, aber es belohnt sich freis, da Shaw mit dem unbedeutlichen Blick des Satirikers das Wesentliche der Dinge zu erfassen pflegt, deren Konturen er gewaltig verzerrt. In diesem Falle scheint mir aber die Bestimmung über die Behandlung, die ihm in einigen Blättern zu teil geworden, seinen Blick selber getrübt zu haben. Welchen Sinn soll es haben, unsern Alten orthodoxen Marxismus und Kultus der revolutionären Phrasologie zuzuschreiben? Jeder, der seine Schriften kennt, weiß, daß er sich nie als orthodoxen Marxisten aufgespielt, und daß er die Revolutionssprache verworfen hat. Welchen Sinn soll es haben, es als Folge einer Enge der Partei hinzustellen, wenn Bernstein Shaw gerecht wird, ohne ihm darum recht geben zu können? ...“

Wir müssen gestehen — und wir sind nach unseren Erfahrungen sicher, daß wir wenigstens in dieser Beziehung mit Herrn Shaw übereinstimmen — daß Genosse Bloch noch nicht den richtigen Gesichtspunkt für die Einschätzung der Genialität des Herrn Shaw gefunden hat; wir selbst entholten und denn auch ehrfürchtig jeder Kritik, sowohl seiner Definition des Begriffes „bürgerliches Blatt“, wie des Bestrebens, aus dem alten Lieblichst einen kleinen Duodez-Shaw zu machen. Und was die immer wiederkehrende Klage über die Unterdrückung der Shawischen Beiträge durch den „Vorwärts“ und die Unerfälligkeit seiner Redaktions-Papierkörbe anbetrifft, so geloben wir in unserem Verständnis seines verletzten Gemüts sogar reuevolle Besserung. Wir versprechen, wenn und Herr Shaw auch einen so schönen Brief schicken will, wie den Plättchen des Herrn Arthur Levisohn und des Genossen Bloch, diesen Brief vollständig zum Abdruck zu bringen — ohne jede Kritik, nur mit folgender Einleitung: „Der große englische Dramatiker und Satiriker Shaw würdigt und jagender Zuschrikt.“

Hausmaier und Selbstherrscher.

Aus den Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst, des als „Onkel Chlodwig“ bekannten dritten Reichstanzlers, die soeben in der Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ erscheinen, erfährt man allerhand interessante Details über die Konflicte, die seinerzeit zum Sturze Bismarcks geführt haben. Onkel Chlodwig teilt in seinen Denkwürdigkeiten allerlei Aeußerungen mit, die er von Bismarck, Wilhelm II., dem Großherzog von Baden und anderen dem Hofe nahestehenden Personen selbst gehört hat. Etwas wesentlich Neues über die Entlassungsgründe Bismarcks wird zwar nicht beigegeben, allein auf die Schärfe des Konflikts, der sich zwischen dem in seiner Hausmaierwürde bedroht fühlenden eisernen Kanzler und dem selbstbewußten jungen Herrscher entwickelte, fallen doch nicht uninteressante Streiflichter.

Fürst Hohenlohe erzählt, daß er von dem Herzog von Ratibor am 21. März 1890 gehört habe, daß es zwischen Bismarck und dem Kaiser zu heftigen Szenen gekommen sei. Bismarck habe in Konversationen mit Diplomaten über den jungen Herrscher abfällige Urteile gefällt und der Kaiser selbst unfreundlich behandelt. Vom Großherzog von Baden hörte Fürst Hohenlohe, daß bei einer Besprechung des Kaisers mit Bismarck der letztere so heftig geworden sei, daß der Kaiser selbst geäußert habe, „daß er mir nicht das Zintensaf an den Kopf geworfen hat, war alles“.

Die Gründe, weshalb es zum Bruch zwischen Bismarck und dem Kaiser gekommen sei, hätten sowohl in Bismarcks innerer wie äußerer Politik gestanden. Nach den Erzählungen des Großherzogs von Baden sowohl, wie denen des Kaisers selbst, habe Bismarck von einer Arbeiter-schulungsgesellschaft nichts wissen wollen. Der Kaiser habe vielmehr dem neuen Reichstag das Sozialistengesetz mit der Ausweisung abermals vorlegen, den Reichstag im Ablehnungsfalle auflösen und dann, wenn es zu Aufständen käme, energisch einschreiten wollen. Der Kaiser habe seinen eigenen Worten nach sich dem widersetzt, weil er sich gesagt habe, wenn sein Großvater nach einer „langen ruhmreichen Regierung“ genötigt werden wäre, gegen Aufständische vorzugehen, so würde ihm das niemand übel genommen haben. Anders sei es bei ihm, der noch nichts geleistet habe. Ihm werde man vorwerfen, daß er seine Regierung damit anfrage, seine Untertanen totzuschicken. Er sei bereit einzuschreiten, aber er wolle dies mit gutem Gewissen tun, nachdem er versucht habe, die begründeten Beschwerden der Arbeiter zu befriedigen. In der auswärtigen Politik habe Bismarck gegen den Dreibund intriguiert und ein Bündnis mit Rußland zustande bringen wollen. Bismarck habe es ruhig mit ansehen wollen, daß Bulgarien durch die Russen besetzt werde,

Während Wilhelm II. Oesterreich nicht im Stich zu lassen entschlossen gewesen sei.

Aus diesen Konflikten heraus sei das persönliche Verhältnis ein immer gespannteres geworden. Der Kaiser sei mit den Ministern in direkten Verkehr getreten, worüber Bismarck eifersüchtig geworden sei. Bismarck habe sich auf die Order vom Jahre 1852 berufen, wodurch dem Ministerpräsidenten die verantwortliche Leitung für die Gesamtpolitik des Kabinetts übertragen worden sei. Wilhelm II. dagegen habe Bismarck zugemutet, die Aufhebung dieser Order selbst herbeizuführen und zu kontrahieren.

Diese letzteren Tatsachen sind ja bereits hinlänglich bekannt. Indem Bismarck sich auf die Kabinettsorder vom Jahre 1852 berief und in seinem Rücktrittsgesuch vom 18. März 1890 betonte, daß die Aufhebung dieser Order die Rückkehr zum Absolutismus ohne ministerielle Verantwortlichkeit sei, lag ihm sicher weniger an einer Bekämpfung dieses Absolutismus, als vielmehr an dem Durchsetzen seiner persönlichen Projekte. Umgekehrt ist es bezeichnend für Wilhelm II., daß ihm gerade die Aufhebung dieser Order zum Mittel dienen sollte, künftig sein eigener Kanzler zu sein und seine Auffassungen zur Richtschnur der Politik zu machen. Der Kaiser selbst charakterisierte diesen Konflikt so, daß es sich darum handele, ob die Dynastie Hohenzollern oder die Dynastie Bismarck regieren solle. Es verstand sich von selbst, daß unter solchen Umständen der Hausmaier Bismarck fallen mußte. Hätte Bismarck länger gelebt, so würde er allerdings die Benützung erlebt haben, daß unsere jetzige Reichspolitik in die Bahnen der Bismarckschen Politik zurückgeführt ist!

Deutsches Reich.

Gottegnadentum.

Die preussische Regierung hat die schönen Hoffnungen der Welfen, auf dem braunschweigischen Herzogthron einen Sprossen des hannoversch-welfischen Königshauses als ihren angekommnen Herrscher von Gottes Gnaden zu erblicken, mit rauher Hand zerstört. Die braunschweigische Landesversammlung hatte bekanntlich am 25. September den Beschluß gefaßt, durch den Regentenschat den Reichskanzler als Vorsitzenden des Bundesrats zu ernennen, daß er die nötigen Verhandlungen zu einer Wiederbesetzung des braunschweigischen Thrones einleite. Auf dieses Schreiben hat der Fürst Bischof als Reichskanzler und als preussischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten folgendermaßen geantwortet:

Somburg v. d. Höhe, 8. Oktober 1903.

Dem herzoglich braunschweigisch-lüneburgischen Staatsministerium beehre ich mich auf das an mich als Reichskanzler gerichtete Schreiben vom 20. vorigen Monats zu erwidern, daß ich den Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885, durch welchen die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig für nicht verbindlich erklärt worden ist in den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, für mich so lange als maßgebend behandeln muß, als derselbe nicht durch einen neuen Beschluß des Bundesrats aufgehoben oder abgeändert worden ist. Einen solchen aufheben oder abändernden Beschluß herbeizuführen, sehe ich mich nicht in der Lage.

Demgemäß habe ich die Möglichkeit einer Uebernahme der Regierung von Braunschweig durch den Herzog von Cumberland unter der obwaltenden Sachlage außer Betracht zu lassen. Es ergibt sich aus dem Vorstehenden, daß ich eine weitere Antwort auf die von dem herzoglich braunschweigisch-lüneburgischen Staatsministerium an mich gestellten Fragen, welche die Möglichkeit einer Regierung des Herzogs von Cumberland zur Voraussetzung haben, zurzeit nicht zu geben vermag.

Die in dem Schreiben des herzoglichen Staatsministeriums wie auch in der damit mitgeteilten Resolution des braunschweigischen Landtages zum Ausdruck gebrachten reichstreuen Gefinnungen geben die Zuversicht, daß das herzogliche Staatsministerium auch bei der ihm jetzt obliegenden Regelung der Verhältnisse im Herzogtum die allgemeinen Reichsinteressen im Auge behalten wird.

Der Reichskanzler.

Der vom Fürsten Bischof in seiner Eigenschaft als preussischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten an das braunschweigisch-lüneburgische Staatsministerium gerichtete Brief hat zu Anfang eine ähnliche Fassung, dann aber heißt es weiter:

Es kann Preußen nicht zugemutet werden, daß es in dem benachbarten Bundesstaat eine weltliche Regierung dulde, durch die der preussische, unter dem Schutze der Reichsverfassung stehende Besitzstand gefährdet werden würde.

Die königliche Staatsregierung würde hiernach einem etwaigen Antrag auf Aufhebung oder Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 ihre Zustimmung versagen müssen. Sie glaubt auch zurzeit nicht in der Lage zu sein, ihrerseits Schritte zu unternehmen, um eine Aenderung des in dem Bundesratsbeschlusse gekennzeichneten Verhältnisses des Herzogs zu Preußen herbeizuführen.

Das Legitimitätsprinzip wird also wieder kalt gestellt. Die Aussichten des Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe steigen!

Durch einen Gendarm erschossen.

Gestern wurde, wie an anderer Stelle mitgeteilt ist, der Genosse Zimmermann Adolf Herrmann aus Hohen-Neuendorf unter lebhafter Beteiligung beerdigt. Der verstorbene Genosse ist das Opfer eines unerhörten Ueberfalls durch Gendarmen in Zivilkleidung geworden. Wie erinnerlich, begegneten fünf Genossen, unter diesen der Verstorbene, die harnlos von einem Jahlabend in Stolpe in der Nacht vom 22. zum 23. September nach Hause gingen, einigen Gendarmen in Zivil. Einer stieß in der Dunkelheit an und entschuldigte sich. Dann gingen die Genossen weiter. Als sie etwa 100 bis 150 Meter entfernt waren, eilten die Gendarmen Tieg aus Heinersdorf und Jude aus Wirkenwerder den Genossen nach. Ohne jegliche Veranlassung schlug man mit einem Knüttel auf die zahnungslos Gehenden. Als diese sich gegen den hinterlistigen Ueberfall zur Wehr setzten und den Knüttel dem Gendarm fortnahmen, schoß der eine der Gendarmen auf den Genossen Adolf Herrmann. An den Folgen des Schusses ist der brave Genosse nach mehreren Tagen verstorben. Nach vollbrachter Heldentat entflohen die beiden Gendarmen. Der Angeschossene wurde von seinen Genossen ins Krankenhaus getragen. So der Sachverhalt, den von Verächtern der Gendarmen herrührende falsche Mitteilungen in einigen Zeitungen vergeblich zu verwirren sich bemühen. Strafanzeige gegen die Gendarmen ist längst erstattet. Auch wurde die Leiche des in so entsetzlicher Weise ums Leben gebrachten Genossen von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt. Beide Gendarmen befinden sich aber noch auf freiem Fuße. Aus welchem Grunde hat die zuständige Anklagebehörde — sei es die Staatsanwaltschaft, sei es die kriegsgerichtliche Behörde — Anklage noch nicht erhoben? Er will sicherlich auch die Behörde der Meinung nicht Rahmung geben, daß der deutsche Arbeiter freiwillig sei.

Zentrumsdiplomatie.

Der Freiherr v. Hertling, eine der führenden Persönlichkeiten des Zentrums, hat am 2. Oktober in Münster eine Rede gehalten, die charakteristisch ist für die diplomatische Politik des Zentrums, die trotz aller Angriffe einzelner Draufgänger auf die Regierung und trotz der scheinoppositivsten Haltung der Knapenspreche angänglich bemüht ist, sich ja nicht den Charakter einer Regierungspartei zu verschleiern. Auch Herr Hertling übte an der Kolonialpolitik Kritik. Er behauptete, daß vielfach geschicktere Existenzen in den Kolonien als Beamte verwendet würden. Er tabelte den bürokratischen Salsendrian, der den Fall Tzipelstich verschuldet habe. Aber, fügt er hinzu, es sei schwer für die Kolonien, die richtigen Beamten zu finden. Seien wir doch in Kolonialfragen noch ein junges Volk! — Die Frage eines selbständigen Kolonialamtes sei eine reine Zweckmäßigkeitfrage. Er persönlich sei für die Errichtung desselben eingetreten. Nun habe man ja einen neuen Mann bekommen. Zeige derselbe durch die Tat, daß er Vertrauen verdiene, so werde auch das Zentrum mit sich reden lassen.

Ebenso diplomatisch gedämpft war die Tonart, in der Herr Hertling über die auswärtige Politik Deutschlands sprach. Der Reiz gegen Deutschlands Weltmacht und seine Konkurrenz auf dem Weltmarkt seien eine Tatsache, mit der gerechnet werden müsse. Zum Fürsten Bischof habe er volles Vertrauen, er sei ein friedliebender und besonnener Politiker, wenn auch nicht jede Rede, die gehalten worden sei, und jede Depesche, die versandt worden sei, verteidigt werden könne. Die Lage sei eine derartige, daß Deutschland auf seine eigene Macht gestellt sein müsse. Deshalb müsse man die schwere Lastung weiter tragen. Was zur Aufrechterhaltung der „Größe und Macht des Vaterlandes“ unabweislich nötig sei, müsse bewilligt werden.

Man sieht, Herr Hertling spielt eine ganz andere Nummer wie Herr Erzberger. Er ist kein Schwarzseher; für ihn ist Bischof nicht der Hauptverantwortliche für die Kolonialskandale, sondern der richtige Mann an der Spitze der Regierung, mit dem es sich trefflich zusammenarbeiten läßt. Und wenn Herr Hertling jetzt schon derartige Töne anschlägt, kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß alle Kolonial- und sonstigen Debatten nur ein blindes Schicksal sein werden, und das Zentrum zuguterletzt wie bisher seiner Rolle als Regierungspartei unentwegt treu bleiben wird!

Zur Frage der Grenzöffnung. Der niederländische Gesandte in Berlin hat, wie der „Daily Telegraph“ korrespondent in Haag aus guter Quelle erzählt, von seiner Regierung Weisung erhalten, zu versuchen, von der preussischen Regierung die Öffnung der Grenze für die Einfuhr von holländischem Vieh zu erlangen.

Das Kolonial-Pressebureau scheint bereits seine Tätigkeit, die „anständige“ Presse mit authentischen Nachrichten zu versorgen, begonnen zu haben. Die „Wln. Ztg.“ bringt nämlich folgende, vom Wolffischen Bureau sofort in alle Weltgegenden depeschirte Mitteilung:

Wie wir hören, ist es der Kolonialverwaltung gelungen, durch zweimäßige Abfertigung der Transporte in Hamburg die Viegegebühren in Swatopmund, die ein Gegenstand vieler Beschwerden waren, zu beseitigen. Es treten jetzt keine Anstauungen und Störungen des Verkehrs mehr ein, so daß die von Viegegebühren freie Zeit für die Schiffe zur Lückung der Ladung ausreicht.

Aus dem Hamburger Landparlament.

In der Sitzung am Mittwochabend gelangten einige wichtige Angelegenheiten zur Verhandlung. In Hamburg existiert bekanntlich keine Universität. Obwohl in letzter Zeit wiederholt hervorragende Personen — darunter der Präsident des hanseatischen Oberlandesgerichtes Dr. Sieveling — für die Errichtung einer Landesuniversität eingetreten sind, wird vorläufig, der hohen Kosten wegen, dieser Wunsch noch nicht realisiert werden. Dagegen ist man bestrebt, das Vorlesungsweesen über Hoch- und sonstige Wissenschaften auszubauen. Die Vorlesungen, zu denen hervorragende Gelehrte des In- und Auslandes herangezogen werden, werden von der Oberstudienbehörde arrangiert und finden in der Gelehrentschule des Johannesums statt. Ein heftiger Kampf hat um die Forderung des Senats auf Schaffung einer ständigen Professur für Nationalökonomie stattgefunden, weil die „liberalen“ Scharmacher bestritten, es könnte sich ein zu vorgefertigter Dogmatismus auf diesen Lehrstuhl breitmachen. Von der anderen Seite, so namentlich von unserem Genossen Stolten, wurde für die Freiheit der Wissenschaft eine Lanze eingelegt und in diesem Sinne wurde nun in zweiter Lesung die Professur für diesen Wissenszweig mit großer Mehrheit angenommen und der Wunsch ausgedrückt, der Senat möge baldmöglichst der Wärgerschaft (Parlament) eine Vorlage bringen, durch welche eine organisierte Hochschulbildung für Kaufleute vorgeesehen wird.

Alsdann begründete in längerer Rede Genosse Stolten den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag auf Vorlage eines Verantwortlichkeitsgesetzes, das schon, wie in der Debatte hervorgehoben wurde, 1848 verprochen, aber bis heute noch nicht vorgelegt worden ist, weil die Hamburger Nachthaber sich sagten, daß es sich so besser regiert als wenn man wegen Vergehens- oder Unterlassungsünden zur Verantwortung gezogen werden kann. Die Senatoren werden auf Lebenszeit gewählt und können nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil es hierzu an der Handhabung fehlt. Der Antrag wurde von mehreren Rednern unterstützt und einem Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Stichtierung und Fleischwucher. In einer in München abgehaltenen großen sozialdemokratischen Volksversammlung wurde nach einem Referat des Genossen Ed. Schmid und längerer Diskussion folgende Resolution angenommen:

„Die am 8. Oktober im Saale des Münchener Hindelfers tagende allgemeine Volksversammlung erhebt flammenden Protest gegen den gemeinschaftlichen Fleischwucher und spricht den Schuldigen, den Regierungen und den herrschenden Parteien, für das an deutschen Völkern begangene Verbrechen ihre tiefste Enttäuschung aus. Die Versammelten fordern namens der Hungernden von dem Reiche die Öffnung der Grenzen und die völlige Aufhebung der Einfuhrzölle auf Schlachtvieh.“

Von der bayerischen Staatsregierung verlangen die Versammelten ein entschiedenes Eintreten für diese Maßnahmen im Bundesrate und im deutschen Reichstage.

Der Münchener Gemeindevorstand wird zur Pflicht gemacht, der Versorgung der Stadt mit gesunden und billigen Nahrungsmitteln größere Aufmerksamkeit zu schenken wie bisher, deren Zufuhr zu regeln und alle verteuernenden Zwischenstellen rückstandslos auszufüllen. Das sogenannte Prager System im Schlacht- und Viehhof ist unergötzlich zu beseitigen und die Verkaufsbemittelung durch Gemeindevorstand zu vollziehen.“

Ausland.

Oesterreich.

Querstreben gegen die Wahlreform. Aus Wien wurde vom 4. Oktober berichtet: Der zur Prüfung des Antrages Schlegel (Zentrum) auf Einführung der Wahlpflicht eingeleitete Austausch des Wahlreformauschusses nahm heute einen Antrag Grubn an, wonach die Einführung der Wahlpflicht sowie der Erlass von Ausführbestimmungen der Landesgesetzgebung überlassen wird.

Außerdem ist dem Wahlreformauschuss ein Antrag auf Einführung des Pluralwahlsystems zugegangen. Eingebacht wurde er von dem Abg. Dr. Kolmaner. Am Mittwoch hat der Ausschuss begonnen ihn zu beraten. Der Ministerpräsident bekämpfte ihn. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ erwartet, daß der Antrag abgelehnt werde, wenn sich auch die Stimmenverhältnisse nicht genau vorherzagen lassen.

Frankreich.

Eifrig im Dienste des Zaren ist die Pariser Polizei. Aus Paris wird vom 5. Oktober gemeldet: Die französische Sicherheitspolizei ist auf der Spur einer russischen Nihilistenbande, die sich in der Umgebung von Paris niedergelassen hat.

Die Not der bretonischen Fischer. Wie aus Vrest gemeldet wird, drohen unter der Fischerbevölkerung infolge des Ausbleibens der Sardinen neuerdings Unruhen auszubrechen. Man befürchtet eine Wiederholung der Unruhen des Winters 1903.

Dänemark.

Wichtige Gesetzentwürfe.

Die Regierung hat dem Folkething am Mittwoch verschiedene Gesetzentwürfe vorgelegt, von denen die wichtigsten die Reform des kommunalen Wahlrechts und die Einführung von Staatszuschüssen zu den Arbeitslosen betreffen.

Die Wahlrechtsreform wird in derselben Gestalt vorgeschlagen, wie sie im Dezember 1903 vom Folkething beschlossen, dann aber vom Landsting verworfen wurde. Der Minister des Innern hat leider auch jetzt nichts darüber verlauten lassen, was er zu tun gedenkt, wenn das Landsting wiederum die Waffung des Zweiklassenwahlrechts und des für Kopenhagen geltenden Jenus ablehnt.

Der Entwurf über Staatszuschüsse zu den Arbeitslosen entspricht dem, was im März dieses Jahres der Alters- und Invaliditätskommission, die mit der Prüfung der Frage betraut war, vorschlug. Der Staat soll ein Drittel der Kosten der Arbeitslosenunterstützung zahlen, jedoch nicht mehr als 25000 Kronen jährlich. Die Kommunen können außerdem, ohne einer Genehmigung der höheren Behörden zu bedürfen, noch ein Sechstel zuschießen, so daß, wo dies geschieht, die Hälfte der Unkosten den Kommunen vergütet wird. Die Arbeitslosenunterstützung darf nicht über zwei Drittel des allgemeinen Arbeitslohnes, jedoch nicht unter 30 Oere und auch nicht über 3 Kronen täglich betragen. Aus den anerkannten Arbeitslosenkassen darf keine Streikunterstützung und auch keine Unterstützung für durch Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit verursachte Arbeitslosigkeit gezahlt werden. Der Grundsatz der Selbstverwaltung und Selbstkontrolle durch die Kassenmitglieder wird in dem Entwurf anerkannt. Die Vertrauensleute der Kassen haben ein Arbeitslosigkeitsamt zu wählen, dessen Vorsitzender als „Arbeitslosigkeits-Inspektor“ mit der Aufsicht über die Kassen betraut wird.

Spanien.

Der Fall Acebedo ist dank der von unseren spanischen Genossen eingeleiteten kräftigen Protestbewegung nun doch nicht kurzerhand erledigt worden, sondern der Kassationshof (El Tribunal Supremo) hat sich veranlaßt gesehen, wenigstens die Vollstreckung seines ungeheuerlichen Urteils (8 Jahre Gefängnis wegen angeblicher Majestätsbeleidigung) aufzuheben. Derselbe Kassationshof, der vorher von Revision nichts wissen wollte, läßt sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung jetzt plötzlich auf eine Revisionsverhandlung ein und will — was er zuerst rundweg abgelehnt hatte — gnädigt geruhen, den Verteidiger Acebedo anzuhören.

Angesichts dieser Entscheidung hat die spanische Arbeiterschaft beschlossen, ihrerseits den wegen jenes Schandurteils begonnenen Protestfeldzug bis auf weiteres aufzuschieben.

Japan.

Unzufriedenheit in der Armee. Die „Hikari“ (das Licht), das Zentralorgan der japanischen Sozialisten, berichtet, verbreitet sich in der Armee mehr und mehr eine unzufriedene Stimmung. Das patriotische Kriegsfeuer ist verbrannt und die Soldaten machen mancherlei Forderungen geltend, die eine Besserung ihrer Lage herbeiführen sollen. In einem Regiment der ersten Division fand eine Revolte gegen die Offiziere wegen grausamer Behandlung statt. Viele Soldaten brachen aus der Kaserne aus, wurden aber gefangen genommen und unter Anklage gestellt. Der Anführer der Rebellen begehrete sich selbst als einen Sozialisten. — Letzten Monat weigerte sich eine ganze Kompanie, Japan zu verlassen und nach Korea zu gehen. Die Unzufriedenheiten wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und 60 Mann zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren verurteilt. „Hikari“ meint, das seien die ersten Zeichen, daß die Soldaten nicht mehr wie willenlose Werkzeuge behandelt sein wollen und diese Zeichen würden sich bald mehren.

Gegen die Straßenabgabengesellschaften von Tokio ist eine Bewegung im Gange, weil diese das Publikum mehr als bisher schröpfen wollen. Drei Gesellschaften haben sich vereinigt und versprechen über ein Kapital von 7 Millionen Yen (1 Yen etwas über 2 M.); darauf bezuscheln sie den Fahrpreis zu erhöhen. Die allgemeine Erregung darüber benutzten die Sozialisten zu einer eifrigen Agitation. Viele Versammlungen wurden abgehalten und Tausende von Flugblättern verteilt, um die Ausbeutung der Bürger durch diese Privatgesellschaften ins rechte Licht zu stellen.

Amerika.

Von der Polizei-Korruption. Aus New York meldet Lassans Bureau vom 2. Oktober:

Der Polizeipräsident General Bingham hat die Beförderung von sechs Polizeihauptleuten zu Inspektoren mit der Begründung abgelehnt, daß die sechs Offiziere mit unlauteeren Mitteln sich so hohe „Nebeneinnahmen“ verschafft haben, daß sie in der Lage waren, einflußreichen Personen Bestechungsgelder im Betrage von 15000 Dollar anzubieten, um sich ihre Protektion bei der Beförderung zu sichern.

Soziales.

Sieg bei der Krankenkassenwahl in Saarbrücken.

Bei der am Mittwoch in St. Johann, Saar, stattgefundenen Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 581 Stimmen gegen 839 Stimmen der Christlichen, die sich mit den evangelischen und katholischen Arbeiter- und Bessenenvereinen, den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, zwei weiteren kaufmännischen Vereinen, den Unternehmern und den Berufsvorgesetzten des Saarlöcher Handabhanders verbunden hatten, um das rote Gespenst zu bannen. Die kaufmännischen Angestellten, die Ladenmädchen, die Postillons, die städtischen Arbeiter, sogar die landlichen Schulleute wurden an die Wahlurne zitiert. Die Unternehmer und Großkaufleute brachten ihre Arbeiter und Bediensteten geschlossen zur Wahlurne. Die „Christliche“ Liste zeigte einen Bodmeister, fünf Schulleute neben christlichen Gewerkschaftssekretären auf, ferner eine Kasse Kaufleute, Kaufbeamte, Techniker, Kassenboten, Handlungsgehilfen, Scharfmachersekretären, Maurer- und Steinbauerspoliere usw. standen darauf. Die „Christliche“ Agitation wurde mit den elendesten Verleumdungen eingeleitet, acht „Christliche“ Gewerkschaftssekretäre rührten die Wahlurne, vier bürgerliche Zeitungen einschließlich des Stammschen Schleifsteins und der nationalen „Saarbrücker Zeitung“ machten ... die „Christlich-nationale“ Raddelmußeliste mobil und bezogen zu diesem Zwecke ihre Schmutzartikel aus dem „Christlichen“ Gewerkschaftsbureau. Und der Erfolg war — eine fürchterliche Blamage. Unsere Genossen arbeiteten trotz des aus ihnen laienenden Drudes mit einem wahren Feuereifer, so daß wir, wie bei der vorjährigen Kassendahl, so auch diesmal unsere Stimmzahl um über 100 Prozent erhöhten. Der Wahlausfall, der unseren Gegnern viel Kopfschmerzen macht, zeigt, daß Partei und Gewerkschaften auch im Saarrevier marschieren.

Die Wahl der nichtständigen Mitglieder zum Reichsversicherungsamt, die vor einigen Wochen stattfand, hat folgendes Ergebnis gehabt: Aus den gewerblichen Berufsangehörigen ist die Liste der Kandidaten der freien Gewerkschaften gewählt. Wie bisher werden in dieser Gruppe mithin die beiden nichtständigen

Mitglieder und 72 Stellvertreter von den freien Gewerkschaften besteht. Für die Seebereitschaft ist die Liste des Verbandes der Seeleute durchgedrungen. Es werden hier zum ersten mal vom Verbands der Seeleute die zwei nichtständigen Mitglieder und die vier Stellvertreter befehlt. Dagegen ist für die Landwirtschaft die Liste der christlichen Gewerkschaften gewählt. Das letztere Ergebnis ist insofern für die freien Gewerkschaften ungünstig, als bisher ein großer Teil der Beisitzer dieser Gruppe den freien Gewerkschaften angehörte. Bei dem ungünstigen Wahlmodus war für die Landwirtschaft diesmal nur schwer auf einen Erfolg unsererseits zu hoffen, die politische und gewerkschaftliche Auffassung in der Landwirtschaft läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Leider wird auch seitens der Arbeiterschaft den Wahlen zu den Vorständen der Krankenkassen, den Wahlen der Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde, zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalten und der Beisitzer zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung nicht überall die nötige Aufmerksamkeit gewidmet. Alle diese Wahlen, bei der eine Korporation von der anderen gewählt wird, sind bestimmend für das Ergebnis der Wahlen zum Reichsversicherungsamt. Bei einem solchen Wahlsystem ist man, wenn nicht von vornherein mit der nötigen Sorgfalt die Vertretung ausgewählt wird, vor Hebertäuschungen nicht sicher, zumal diesmal die christlichen Gewerkschaften in den Wahlkampf außerordentlich rege eingriffen. Vor 5 Jahren, bei den ersten Wahlen, die auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen stattfanden, hatten die freien Gewerkschaften nicht mit einer so beachtlichen Gegenpartei zu rechnen als diesmal.

Immerhin sind die hochfliegenden Pläne der christlichen Gewerkschaften, das Reichsversicherungsamt allein zu besetzen, sehr herabgedrückt.

Gewerkschaftliches.

Vor dem Gewerkschaftskongress.

Paris, 4. Oktober. (Fig. Ber.)

Die wachsenden Aussichten auf eine Verständigung zwischen der Partei und den Gewerkschaften haben einige syndikalistische Führer sehr nervös gemacht. In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsverbandes des Seine-Departements wurde sogar den Vorsitzendenmitgliedern der Arbeitskonföderation und der Gewerkschaften, die für die gewerkschaftliche Publizität der „Humanité“ schreiben, ein kräftiger Missetritt erteilt und sie wurden mit allen gegen drei Stimmen aufgefordert, die weitere Mitarbeit an dem sozialistischen Blatt einzustellen. Und doch haben die Pouget, Griffelhuus usw. nichts anderes verbrochen, als in der „Humanité“ — gegen die Einigung zu schreiben! Aber die Syndikalisten strenger Observanz dulden auch das nicht. Der Wortlaut ihres Beschlusses verdient wiedergegeben zu werden, damit es klar werde, wie weit diese Richtung von der Neutralität entfernt ist, die sie gegenüber der parlamentarischen Aktion gelegentlich zur Schau trägt. Er sagt:

Der Gewerkschaftsverband stellt fest, daß der Syndikalismus (die ökonomische Aktion) und der Sozialismus (die politische Aktion) sich auf verschiedenen und einander entgegengesetzten Gebieten bewegen. Er läßt den Politikalisten das Vergnügen des Kampfes gegen die „Reaktionäre“, wogegen sich der wirtschaftliche Kampf gegen die „Aktionäre“ aller Parteien richtet. Er bedauert die Zweideutigkeit, die durch die Mitarbeit der Arbeitskonföderation an einem sozialistischen Blatt geschaffen werden ist, eine Mitarbeit, die den betreffenden Personen in ihrer Eigenschaft als Mandatäre mächtiger Organisationen angeboten worden ist und fordert diese Kameraden auf, jede Mitarbeit an einem politischen Blatt zu unterlassen, um alle Verwirrung hinauszuhalten.

Die „Voix du Peuple“, das Organ der Konföderation, leistet sich auch einen lehrreichen Kommentar zu diesem Beschlusse. Da wird auseinandergesetzt, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre nicht auf ihre individuelle Freiheit berufen dürfen, denn sie seien durch ihr Amt an die Organisationen gebunden. Solchermaßen wird den Gewerkschaftlern ihre politische Selbstbestimmungsrechte einfach genommen und die vorgebliche Freiheit politischer Abstinenz oder Betätigung in einen Zwangs-Antiparlamentarismus verwandelt. Uebrigens sagt der Artikel ganz offen: „Zwischen Parlamentariern und Antiparlamentariern besteht nicht nur ein Gegensatz der Aktion, sondern ihre Taktik bewegt sich auf verschiedenen Feldern“, und nun folgt die merkwürdige Definition, daß die Gewerkschaft eine Vereinigung für gerechte Interessen, der Parlamentarismus aber eine für „interessierte Appetite“ sei: „Die Gewerkschaft ist eine Vereinigung dem Gesetz zum Trotz (?!), der Parlamentarismus ein Interessensyndikat mit Hilfe des Gesetzes... Die Regierungen, selbst wenn sie sozialistisch sind, sind immer im Dienste der Ordnungspartei (Kapitalismus, Unternehmertum usw.). Und die Partei der Ordnung ist jene der Privilegien...“

Aber der Artikelschreiber läßt nicht einmal das Argument gelten, daß die Syndikalisten im sozialistischen Blatte eine Propaganda für ihre Auffassungen beabsichtigen könnten. Er meint, sie könnten dann ebenso für das „Echo de Paris“ und für den „Gaulois“ schreiben. Worauf die Pouget und Griffelhuus freilich antworten könnten, daß sie unter den proletarischen Lesern der „Humanité“ doch eher Rekruten für den Syndikalismus zu werben vermöchten, als unter den Vicomtes und Marquis, die das Monarchistenblatt lesen.

Die konfusen Weltausdrücke der „Voix du Peuple“ zeigen, wie wenig sicher sich die Mäcker des antisozialistischen Revolutionarismus in den Gewerkschaften fühlen. Die Mitarbeit der tüchtigsten syndikalistischen Führer an der „Humanité“ hat eine sachliche Diskussion des Themas „Gewerkschaft und Politik“ eingeleitet, und gerade diese Diskussion macht ihnen bange. Der Gedanke, daß die Gewerkschaftler das Recht reklamieren könnten, Sozialisten zu sein, ist ihnen so peinlich, wie er sonst nur — den Kapitalisten sein mag.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Isolierer ist zu berichten, daß die für Berliner Firmen auswärtig beschäftigt gewesenen Isolierer zurückgekehrt sind bis auf zwei im Ausland befindliche, welche aber auch in diesen Tagen eintreffen werden. Der Streik dauert unverändert fort und bitten wir, den Zugang fernzuhalten.

Die Rohrer hatten den Unternehmern ihrer Branche einen Tarif eingereicht, welcher eine Erhöhung der Wollwolle forderte. Die Unternehmer haben darauf geantwortet, die gegenwärtige Lage des Baumarktes gestalte ihnen nicht, Lohnverhöhungen zu bewilligen. Eine am Donnerstag abgehaltene öffentliche Versammlung der Rohrer sprach sich dahin aus, daß die augenblickliche Situation für einen Streik nicht günstig sei. Deshalb wurde die Kommission beauftragt, zu geeigneter Zeit wieder an die Unternehmer heranzutreten und einer öffentlichen Versammlung Bericht über ihr Vorgehen zu erstatten.

Von den streikenden Zeitweilern ist bis jetzt kein Mann abtrünnig geworden. Die Firma Kaud u. Hartmann, die früher 92 Arbeiter für die Anschlagfäulen gebrauchte, arbeitete in diesen Tagen mit 48 Mann. Davon sind am Donnerstag sieben zurückgetreten, so daß 41 meist umgebildete Arbeiter die Arbeit leisten mußten, darunter sind 18 von den alten Leuten. Ein Streikposten wurde von den Arbeitswilligen angegriffen, als er in Erfüllung seiner Pflicht einem Streikbrecher mit ruhigen Worten die Lage klar zu

machen versuchte; er erhielt eine Kopfhaut, die er sich verbinden lassen mußte. — Es wird eine baldige Entscheidung des Streiks erwartet. Das Anschlagwesen leidet unter der hartnäckigen Weigerung der Firma Kaud u. Hartmann, den Arbeitern entgegenzukommen. Fast nur in der inneren Stadt sind die Säulen besetzt und gewöhnlich unvollständig, in den äußeren Stadtteilen sind die Anschlagfäulen sehr vernachlässigt.

Der Formereit im Eisenwerke zu Pankow dauert laut Beschluß der Ausständigen unverändert fort. Bei den letzten Verhandlungen hat die Generaldirektion jedes befriedigende Entgegenkommen rundweg abgelehnt. Die Verteilung gibt sich jetzt alle Mühe, Arbeitswillige heranzuziehen. Es ist daher Pflicht aller organisierten Formereit und Gießerarbeiten, den Betrieb unbedingt zu meiden.

Bei der bekannten Firma Jachmann haben die Formereit immerer Betriebsdifferenzen halber ebenfalls die Arbeit niedergelagt. Die Angelegenheit dürfte wahrscheinlich durch Verhandlungen mit der Vertrauenskommission des Metallindustriellenverbandes demnächst ihre Erledigung finden.

Wie immer bei derartigen kleinen Streiks, so bemerken sich auch hier wieder die „christlichen“ Saleider, für ihre an sich ja herzlich unbedeutende Organisation im Trüben zu fischen. So sucht gegenwärtig der christliche Arbeitsnachweis in der Kaiserstraße — natürlich wieder in der von „Arbeiterfreundlichkeit“ überflossenen Wollischen „Volks-Zeitung“ — unorganisierte Formereit, Kernmacher und Gußhörer, wahrheitsgemäß um sie in den bestreikten Betrieben als Arbeitswillige unterzubringen. Es dürfte aber genügen, das heiße Bemühen dieser „Brüder in Christo“ hiermit zur weiteren Kenntnis zu bringen.

Der Löffelverband nahm gestern in einer gut besuchten Mitgliederversammlung wieder zur Fensterfrage Stellung. Es wurde hierzu folgender Beschluß gefaßt:

Die Versammlung hält die Mitglieder der Organisation für verpflichtet, vom 15. Oktober ab nur auf solchen Bauten zu arbeiten, wo familiäre beschäftigte Kollegen, der Zugluft durch genügend verglaste Fenster geschützt, ihre Arbeiten ausführen können. Provisorische Verglasung von Fenstern und Versälen von Balkontüren usw. ist insoweit zulässig, als die übliche Arbeitszeit bei genügendem Licht ausgenützt werden kann. Diejenigen Kollegen, die durch die Fensterfrage arbeitslos werden, erhalten, sofern ihnen nicht andere Arbeit nachgewiesen werden kann, vom vierten Tage an Unterstützung, sofern sie dem Verbands mindestens ein Vierteljahr angehören und zu dem Vorkauf gezahlt haben. Desgleichen auch die Kollegen, die vor ihrem Eintritt einer anderen modernen Organisation angehört oder nach beendeter Lehrzeit sofort dem Verbands beigetreten sind. Die seit den letzten drei Wochen zur Anmeldung gelangten, von auswärts zugereisten Kollegen werden nicht unterstützt.

Ergänzt wurde diese Resolution durch Annahme folgenden Antrages:

Kollegen, welche durch die Fensterfrage arbeitslos werden, haben sich innerhalb 3 Tagen zur Kontrolle zu melden, widrigenfalls denselben eine Unterstützung nicht gezahlt wird. Die Unterstützung beträgt pro Tag 2,50 M. und pro Kind wöchentlich 1 M.

In Anlehnung an einen konkreten Fall der jüngsten Zeit faßte die Versammlung dann nachstehenden Beschluß:

Die Versammlung stellt fest, daß das Gezen von transportablen Öfen in Werkstätten genau wie Bauarbeit zu betrachten ist und demnach die Arbeitszeit im Sommer 8 Stunden und im Winter von Licht zu Licht währt, und wenn Lohnarbeit, ein Minimallohn von pro Stunde 1 M. zu zahlen ist.

Ferner beschloß die Versammlung, demnächst eine Statistik aufzunehmen, durch welche festgestellt werden soll, wie viele von den Berliner Verbandsmitgliedern einer politischen Organisation angehören und welche Tagespresse sie halten.

Deutsches Reich.

Tarifverträge.

Zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und der Vereinigung der Nürnberger Rot- und Glodengießer kam ein bis 1. September 1908 gültiger Tarifvertrag zustande, wonach die Arbeitszeit auf 57 Stunden pro Woche verläßt wird. Ferner werden Mindestlöhne festgesetzt, die Ueberstunden werden mit 25, die Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet. Die Löhne der Arbeiter über 18 Jahre werden um 1 bis 3 Pf. pro Stunde aufgebessert. Mit den Unternehmern der Nürnberg-Fürther Feilenindustrie schloß der Verband ebenfalls einen Vertrag ab, der bis 1. Juli 1908 läuft. Auch in dieser Industrie wird die Arbeitszeit auf 57 Stunden verläßt, werden Mindestlöhne festgesetzt und die Ueberstunden mit 25 Proz. Zuschlag vergütet, außerdem wird eine allgemeine Lohnzulage von 5 Proz. gewährt.

Die Bewegung im Ruhrrevier.

Wolffs Telegraphenbureau meldet: Swansea, 5. Oktober. Der Bergarbeiterverband hat einen Brief vom Deutschen Bergarbeiterverband erhalten, in dem die Möglichkeit eines Ausstandes in Deutschland wegen Lohnfragen erwähnt und angefragt wird, ob im Falle, daß ein solcher Ausstand eintreten sollte, die englischen Bergleute ihren deutschen Kameraden durch Verhinderung einer geistigen Ausfuhr englischer Kohle nach Deutschland zu Hilfe kommen würden.

Zur Bewegung der Würzburger Bädergeschäften haben jetzt die Unternehmer Stellung genommen und erklärt, daß sie nur für verheiratete Geschäfte Kost und Logis abschaffen wollen, bei den Ledigen soll es bleiben wie bisher. Zu gleicher Zeit wurde ein Lohnantrag vorgelegt, der zum großen Teile Verschlechterungen der bisherigen Verhältnisse herbeiführen will. So sollen die in Kost und Logis beim Meister befindlichen ledigen Geschäfte 4 M. Wochenlohn erhalten, das ist 1—2 M. weniger als bisher. Die Geschäfte haben geglaubt, keine Organisation nötig zu haben, und seinerzeit in einer Resolution ausgesprochen, daß sie sich dem Bäderverband anschließen wollen, wenn die Meister die Forderungen nicht bewilligen wollen, diese erklären jedoch, daß sie sich auf nicht weiter einlassen und daß es ihnen ganz gleich ist, ob die Arbeiter streiken wollen oder nicht. Hoffentlich sehen die Geschäfte jetzt ein, daß man dem Unternehmertum nur durch eine kräftige Organisation imponieren kann.

Ausland.

Eine internationale Textilarbeiterkonferenz fand in Basel statt, die von 28 Delegierten aus Süd- und Westdeutschland sowie aus der Schweiz besucht war. Ferner hatten der deutsche und der schweizerische Textilarbeiterverband ebenfalls Vertreter entsandt. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten die Lohnverhältnisse, die wahrhaft anarchische, vollkommen unbefriedigende und verbesserungsbedürftige sind. Der Tagelohn gehe durchschnittlich über 2,50 Frank hinaus. Konstatiert wurde auch, daß es Schwindel ist, wenn die schweizerischen Seidenindustriellen behaupten, daß sie die „höchsten Löhne“ bezahlen. Beschlossen wurde, die für die Seidenindustrie bereits begonnene Lohnstatistik zu vervollständigen und mit den weiteren bezüglichen Arbeiten die Reichstaxikommmission des deutschen Textilarbeiterverbandes zu betrauen.

Versammlungen.

Die Mitgliederversammlung in Steglitz beschäftigte sich am 3. Oktober u. a. mit der bevorstehenden Nachwahl zur Gemeindevorstellung im zweiten Bezirk. Nach kurzer Besprechung wurde einstimmig beschlossen, den Genossen Richard Krug als Kandidaten aufzustellen und das bei der Hauptwahl im Frühjahr dieses Jahres tätig gewesene Wahlkomitee auch mit der Leitung der Nachwahl zu betrauen. — Eine äußerst lebhafteste Debatte ent-

spann sich über die von unserem Wahlverein angeregte Gründung einer Arbeiterbildungsschule für die westlichen Vororte. Der Vorsitzende, Genosse Krause, berichtete über die in dieser Sache mit den Nachbarwahlvereinen gepflogenen Verhandlungen, bei denen auch der Vorstand der Berliner Arbeiterbildungsschule vertreten war. Die Anregung habe bei den Nachbarvereinen eine wohlwollende Aufnahme gefunden; auch der Vorstand der Berliner Arbeiterbildungsschule steht dem Bestreben durchaus freundlich gegenüber und empfiehlt, die Einrichtung in der Form eines Zweigunternehmens der Berliner Schule ins Leben zu rufen. Die Versammlung gab ihre prinzipielle Zustimmung zu der Gründung und ermächtigte den Vorstand zu weiteren Verhandlungen mit den beteiligten Vereinen. Um eine Unterlage für die Realisierbarkeit des Planes zu haben, wurde beschlossen, am nächsten Jahlabend Listen aufzulegen, in welche sich die Genossen einzzeichnen sollen, die an den einzurichtenden Kursen teilnehmen wollen. Außer dem monatlichen Mitgliedsbeitrag von 25 Pf. ist für den Kursus von 10 Abenden nur noch 1 M. zu zahlen. Der Kassenbericht vom abgelaufenen Quartal ergab eine Einnahme von 432,48 M. Hieron wurden an den Zentralverein abgeliefert 288,92 M., am Orte verausgabt 72,58 M. und der Rest auf das neue Quartal vorgetragen. Neu aufgenommen wurden 15 Genossen. Gegen eine Meldung wurde Einspruch erhoben, weil der Betreffende angeblich wegen Neften aus seiner Berufsorganisation ausgeschlossen worden ist. Der Vorstand wurde mit der Prüfung des Einspruchs betraut.

Mit den Gemeindevorstellern beschäftigte sich die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Kowames-Neuenhof. Der Referent hierzu, Genosse Grün, gab einen Überblick der Verhältnisse, unter denen zu wählen ist, und bezeichnete dieselben als günstiger wie in früheren Jahren. Bei Anspannung aller Kräfte wird es möglich sein, diesmal die ganze 3. Klasse zu erobern. Nach kurzer Diskussion über das beifällig aufgenommene Referat wurden die Genossen Jester, Grün, Jöllner, Gomoll, Neumann, Hiemele, Wegner und Frenzel einstimmig als Kandidaten aufgestellt. Ferner wurde zur Erledigung der Wahlarbeiten ein Komitee, bestehend aus den Genossen Becker, Hoffmann, Liebing, Kohnberg und Heidenreich, gewählt. Nach dem vom Genossen Jöllner gegebenen Kassenbericht vom letzten Sommerfest verbleibt ein Uebersehuf von 67 M. Die nächste Versammlung findet am 17. Oktober statt; in derselben soll der Bericht vom Parteitag entgegengenommen werden. Die Neuwahl des Vorstandes soll, nach Beschluß der Versammlung, in der Januarversammlung vorgenommen werden, um eine einheitliche Geschäftsführung im Zentralwahlverein zu ermöglichen. — An Stelle dreier ausgeschiedener Bezirksführer wurden die Genossen Adam, Sturf und Otto gewählt. Zur Aufnahme hatten sich 14 Genossen gemeldet.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialer Fortschritt. Heft 74: Die Fürsorgeversicherung Minderjähriger von Dr. F. Schiller (Dresden). 25 Pf. — Heft 75/76: Bericht über die Verwirklichung der Berufsausbildung der Arbeiter von Dr. Alice Salomon. 25 Pf. — Heft 78: Die amerikanischen Kindergerichte nach dem Bericht des Jugendrichters Lindley in Denver von Dr. Käthe Schimacher. 25 Pf. — Heft 79: Heimarbeit von Dr. jur. Kollenscher. 25 Pf. — Heft 80: Rechtsprechung in den Kulturstaaten von Dr. E. J. Biffer. 25 Pf. Leipzig, Feig Verlag.

Blut. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen. (Herausgeber: Georg Bernhard.) 40. Heft des dritten Jahrganges. Vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag, Berlin-Charlottenburg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Bergarbeiter rühren sich!

Essen, 5. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute hielt hier die Siebenertkommission eine Sitzung ab, um in der Lohnfrage formell Beschluß zu fassen. Die Vertreter der fünf deutschen Bergarbeiterverbände, die circa 220 000 Organisierte umfassen, beschloßen einstimmig, für sämtliche Bergbauviere eine 13prozentige Lohnverhöhung zu fordern.

Die Verbände werden gemeinsam den Unternehmerorganisationen und den einzelnen Bergwerksdirektionen die Forderungen unterbreiten. Den einzelnen Verbänden ist es weiter überlassen, die Arbeiterauschüsse zu veranlassen, sich der Forderung anzuschließen.

Beendete Streiks.

Mühlhausen, 5. Oktober. (W. S.) In sämtlichen Kammgarnspinnereien wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter begnügten sich mit den vor dem Streik gewährten Lohnaufbesserungen.

Enschede, 5. Oktober. (W. T. V.) Der Ausstand, der in der hiesigen Textilindustrie ausgebrochen war, ist beendet. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen werden.

Eine „unangenehme Entdeckung“.

Wien, 5. Oktober. (W. S.) Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Petersburg telegraphiert wird, wurde im Verkehrsministerium die unangenehme Entdeckung gemacht, daß die Verwertung der sibirischen Eisenbahn vom 1. Januar bis 1. September gegen den Voranschlag des laufenden Jahres die Ausgaben um 24 Millionen Rubel überschritten hat. Der Generaldirektor der Eisenbahn wurde zur Rechtfertigung nach Petersburg berufen. Man spricht von Mißständen, welche dabei entdekt worden sein sollen.

Opfer der Freiheit.

Lemberg, 5. Oktober. (W. S.) Wie den hiesigen polnischen Blättern aus Kielce berichtet wird, sind dort gestern auf Grund seidengerichtlichen Urteils drei Personen erschossen worden.

Gibt manchesterlich.

London, 5. Oktober. (W. T. V.) Auf einer Konferenz der schottischen liberalen Parteiverbände zu Peebles wurde mit 59 gegen 34 Stimmen eine Resolution angenommen, nach der es als eine Hauptpflicht der Liberalen bezeichnet wird, energisch gegen alle Wahlkandidaten zu stimmen, die sich nicht von einer Partei lösen wollen, deren Ziel eingehandenermaßen die völlige Vernichtung des Grundgesetzes der Freiheit des Individuums sei, für welches die liberale Partei feid eingetreten sei. In seiner Ansprache an die Versammlung bezeichnete Master of Elbank, Mitglied des Unterhauses für den Wahlbezirk Reid Lothian, die Sozialisten als eine Gesellschaft bössartiger Herrscher, die die liberale Partei zu Grunde richten wollten, um an ihrer Stelle eine Tyrannei herzustellen.

Ein Erfolg.

Odessa, 5. Oktober. (W. S.) Der seit zwei Monaten währende Ausstand auf der Werft der russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft ist beendet. Die Gesellschaft hat die Forderungen der Arbeiter größtenteils bewilligt.

Sturmverheerungen.

New-Orleans, 5. Oktober. (W. T. V.) Ein Wirbelform richtete heute in dem aus Wohngebäuden bestehenden Teile der Stadt Verheerungen an, mehrere Häuser stürzten ein. Die Verstorbenen sind am größten in dem 50 Meilen entfernten Pontchartrou; dort sind vier Personen ums Leben gekommen.

Folgeschwere Explosion.

Philadelphia, 5. Oktober. (W. T. V.) Eine Leuchtgasexplosion zerstörte eine im Bau befindliche Unterführung unter der Sten und der Markstraße bis zur Mitte des Häuserblocks. 7 Personen wurden getötet, 12 verletzt.

„Das Mannheimer Ergebnis.“

Als wir in unserer Donnerstagsnummer den Artikel der Magdeburger „Vollstimme“, das „Mannheimer Ergebnis“, zum Ausdruck brachten, erklärten wir, auf eine Kritik des Artikels verzichten zu wollen. Inzwischen hat sich bereits am Dienstag eine Magdeburger Parteiverammlung, in der die Delegierten zum Mannheimer Parteitag Bericht erstatteten, mit diesem Artikel beschäftigt. Die beiden Magdeburger Delegierten, die Genossen Brandes und Holzappel, erklärten, der Artikel der „Vollstimme“ gebe nur die Meinung der Redaktion, nicht die der Magdeburger Arbeiter wieder; sein Pessimismus entspreche durchaus nicht dem Eindruck, den sie in Mannheim empfangen hätten. Genosse Wader, Redakteur des Magdeburger Parteiorgans, gab die Erklärung ab, daß er der Verfasser des Artikels sei, dessen Grundton durchaus kein pessimistischer gewesen sei. Er habe den Artikel nur geschrieben, weil er Besorgnis gehegt habe, daß die Berliner sich wiederum von den Lokalfisten ins Schlepptau nehmen lassen und dem Parteivorstand das Leben sauer machen würden. Er habe mit seinem Artikel lediglich dem Parteivorstand gegen die Berliner Zerplitterer zu Hilfe kommen und die Aktion, die in Mannheim begonnen habe, nämlich „die Partei von der Krakeelerei zu befreien“, unterstützen wollen. Die Versammlung wurde nach Waders Rede verlagert. Angesichts dieser Diskussion, die sich in Magdeburg an den Artikel der Magdeburger „Vollstimme“ geknüpft hat, erscheint es uns nun doch notwendig, wenigstens einige der schärfsten Schicksale des Artikels und der von Wader in der Versammlung selbst gemachten Ausführungen richtigzustellen.

Wir hatten die Vermutung geäußert, daß der Artikel offenbar nicht Magdeburger Ursprungs sei. Genosse Wader hat nunmehr die Autorschaft für sich in Anspruch genommen. Unsere Vermutung stützte sich sowohl auf den Inhalt wie den Stil des Artikels. Und jedenfalls hat Wader bei der Abfassung des Artikels nicht nur eine erstaunliche Gabe bewiesen, sich in die Gedankengänge eines anderen ganz überraschend einzuleben, sondern er hat auch das früher bei ihm nicht beobachtete Talent bekundet, einen fremden und obendrein sehr eigenartigen Stil geradezu täuschend nachzuahmen. Doch wenden wir uns dem Inhalt selbst zu.

Der erste Absatz des Artikels besagt es, daß Wabel in Jena nicht auch zugleich seine Mannheimer Rede gehalten habe. Gätte er schon in Jena statt einer halben seine ganze Rede gehalten, so würde die Partei „von manchem inneren lähmenden Zwist verschont geblieben sein und wir hätten die Kräfte, die dadurch frei geworden, zum energischen und erfolgreichen Kampfe gegen den Gegner verwerten können.“ Tatsächlich, heißt es dann weiter, „ist der Jenaer Trompetenschlag in manchen von uns hineingefahren und hat ihn zu Streifjägern angestachelt, die sonst unterblieben wären.“ Wenn wir diesen Satz richtig deuten, haben wir es hier mit einer wunderlichen und höchst bedenklichen Spielart des Personalaktes zu tun. Wir sind gewiß die letzten, die verdienten und bewährten Parteiführern ein gewisses Maß von Autorität und Vertrauen mißgönnen. Wir haben gerade Wabel jene schmerzliche Empörung nachzufühlen vermocht, der er in Mannheim Worte verlor, als er in einem Referat über den Massenstreik sagte: „Man hätte doch erwarten dürfen, daß wenigstens einige der Parteiführer sich die Frage vorgelegt hätten, ob einem Manne, der nunmehr ein Menschenalter lang für die Partei gekämpft hat, ob einem solchen Manne eine derartige Felonie und Niedertracht (seine eigene Auffassung innerhalb weniger Monate verleugnet zu haben, Red.) zugetraut werden kann.“ Aber etwas ganz anderes ist es, einem bewährten Führer unbegrenztes Vertrauen entgegenzubringen, als seine eigene Stellungnahme einfach den Ansichten eines solchen Führers unterzuordnen. Es wäre tauglich um die Partei bestellt, wenn die Worte selbst eines Wabel die Wirkung hätten, tatsächliche Differenzen sei es heraufzubeschwören, sei es zu unterdrücken. Daß die Stellungnahme zu einer Frage wie der des Massenstreiks nicht durch politische Grundsätze, sondern durch die Rede eines einzelnen Genossen bestimmt werden könnte, hätten wir vor der zitierten Auslassung der Magdeburger „Vollstimme“ für ganz unmöglich gehalten!

Mehrere Abschnitte des Artikels beschäftigen sich alsdann mit dem vermeintlichen und angeblich unheilvollen Einflusse des „Berlinertums“ auf den Parteivorstand. Das Berlinertum wird dann ohne weiteres mit den Lokalfisten und Anarcho-sozialisten in einen Topf geworfen. Die Lokalfisten, heißt es, sprächen in der Berliner Parteibewegung noch immer recht gewichtige Töne. Sie erklären von Parteiseite heimliche und offene Förderung. Hätten sich doch bei der letzten Parteiverammlung drei Redakteure des „Vorwärts“ gerade zu ihnen hingezogen gefühlt. Viehen sich doch nicht wenige Berliner Parteigenossen durch das große Rundwerk der Lokalfisten gewaltig imponieren und beeinflussen. Sei doch selbst Wabels Jenaer Rede durch die anarcho-sozialistische Freipalastversammlung unterkennbar beeinflusst worden.

Daß durch derartige absolut beweislose Verdächtigungen der Berliner, der „Vorwärts“-Redaktion und des Parteivorstandes die Partei von der „Krakeelerei befreit“ werden könnte, wird außer dem Genossen Wader schwerlich irgend jemand glauben. Es ist vollständig unrichtig, daß das große Rundwerk der Lokalfisten, von dem man in der Redaktion der Magdeburger „Vollstimme“ die abenteuerrlichsten Vorstellungen zu haben scheint, auf die Berliner Parteibewegung irgend welchen Einfluß ausübt. Ebenso ist es eine Wahnbildung, daß die Lokalfisten von den Berliner Parteigenossen oder sonst irgend jemandem heimlich oder öffentlich gefördert werden. Wenn drei „Vorwärts“-Redakteure am 1. Mai dieses Jahres in lokalfistischen Versammlungen sprachen, so geschah das wahrhaftig nicht, um der lokalfistischen Sonderbündelei Vorschub zu leisten, vielmehr haben sowohl die Redaktion als ganzes, wie die einzelnen Redakteure oft genug mit allem Nachdruck erklärt — auch in lokalfistischen Versammlungen! — daß die gewerkschaftliche Sonderbündelei ebenso verwerflich wie töricht sei und alle zielbewußten Parteigenossen die Pflicht hätten, den Zentralverbänden beizutreten. Allerdings hat es die Redaktion des „Vorwärts“ bisher stets für das wirksamste Mittel gehalten, der Zerplitterung der Arbeiterbewegung dadurch entgegenzutreten, daß sie die Lokalfisten von der Verwerflichkeit ihrer Sonderbündelei zu überzeugen suchte. Ob bloßes Schimpfen auf die Lokalfisten und Anarcho-sozialisten ein besseres Mittel ist, eine Einheitsfront der Arbeiterbewegung herbeizuführen, glauben wir ruhig dem Urteil der Parteigenossen überlassen zu dürfen. — Wenn Genosse Wader behauptet, Genosse Wabel habe sich in Jena durch die Anarcho-sozialisten schieben lassen, so befindet er sich darin mit den Anarcho-sozialisten selbst einmal in trauigster Uebereinstimmung. Er umgibt die Anarcho-sozialisten dadurch mit einem unbedeutenden Nimbus, für den sie ihm aufrichtig dankbar sein dürfen. — Auch der Vorliegende der Preschkommission, Genosse Wels, ist von Wader als „Heberberliner“ — „anarcho-sozialistisch-lokalfistisch-radikalistische Schieberkolonne“ einverleibt worden. Wir wollen dem

Genossen Wader und den Genossen im Reiche verraten, daß Wels Vorsitzender der Berliner Filiale des Zentralverbandes der Tapezierer und eiserner Bekämpfer der Lokalfisten ist! Auch Genosse Wader hätte das leicht in Erfahrung bringen können. Aber der Zweck mußte ihm das Mittel heiligen, und der Zweck war ja — die Partei von der Krakeelerei zu befreien!

Nun spukt in dem Artikel der Magdeburger „Vollstimme“ auch an allen Ecken und Enden das Wort des Genossen Wels von dem „Wäckerdugend in der Provinz“. Dies „Wäckerdugend“ wird schleimig mit der ganzen Parteigenossenschaft außerhalb Berlins identifiziert, obgleich ja schon das Wort „Wäckerdugend“ dem Zweifel Ausdruck gibt, daß dies Dugend wirklich aus Jwölßen besteht. Nun, der Mannheimer Parteitag hat auch ganz sicherlich nicht den Eindruck empfangen, daß Genosse Wels der deutschen Partei eine solche geradezu blödsinnige Provokation ins Gesicht geschleudert habe. Etwas Derartiges lag ihm um so ferner, als die „Berliner“ mit ihren Auffassungen in Mannheim nichts weniger als isoliert dastanden. Sie hatten die Genugtuung, sich in ihren Auffassungen beifolgenderweise mit den Hamburgern und Leipzigern stets zusammenzufinden, und nicht nur mit ihnen, sondern zweifellos mit der großen Mehrheit des Parteitages. Das Wäckerdugend, von dem Wels sprach, war in der Tat nur ein „Wäckerdugend“. Wir hegen deshalb auch die feste Zuversicht, daß die in Mannheim durch Hintwegräumung so mannigfacher Mißverständnisse und Vorurteile geschaffene Einheitsfront der übergroßen Mehrheit der Partei auch durch den Artikel der Magdeburger „Vollstimme“ nicht wieder erschüttert zu werden vermag.

Auf die den Berlinern vorgeworfenen Mängel ihrer politischen Organisation einzugehen, wird sich wohl ein andermal Gelegenheit finden. Wer, wie Genosse Gerisch, die Berliner Parteiverhältnisse aus jahrzehntelanger Erfahrung kennt, dürfte wohl als berufener Beurteiler gelten, als Genosse Wader. Im übrigen besitzen die Berliner keineswegs die ihnen zugeschriebene Arroganz, nicht auch aus der — sei es wie immer gearteten — Kritik Anregungen zu entnehmen. Zwar ist die Zahl der politischen Organisierten Groß-Berlins inzwischen auf mehr als 50 000 gestiegen, allein die Berliner werden auf der Grundlage der jetzt seit kurzem geschaffenen Zentralorganisation ernstlich weiter bauen. Und so bedeutend auch die finanzielle Dpfermütigkeit der Berliner war — die von der Magdeburger „Vollstimme“ angezogenen Zahlen bleiben hinter den wirklichen Leistungen um Hunderttausende zurück! — so werden sie sich gleichwohl bemühen, diese Leistungen künftig noch ganz beträchtlich zu steigern.

Schließlich noch ein Wort in eigener Sache. Der Artikel der Magdeburger „Vollstimme“ behauptet, es sei schwerlich eine Nummer des „Vorwärts“ ins Land gegangen ohne „recht kräftige“ Artikel gegen Parteigenossen. Die Genossen in Ost und West, in Nord und Süd, ja in Berlin selbst seien vom „Vorwärts“ ohne Unterlaß „gebeutelt, geschüttelt, gekolt und zurechtgewiesen, gehauen und geschimpft“ worden. Der Vorwurf der aufgewandten Schimpfworte genüge den übertriebensten Ansprüche. Diese Behauptungen sind keine Unrichtigkeit mehr, sie qualifizieren sich als Unwahrheit. Der „Vorwärts“ hat in wenigen Fällen politische Seitengespräche einzelner Genossen registriert und sachlich bekämpft, wie das seine verbarmte Pflicht war. Weist hat er sich in der Abwehr gegen nicht weniger als siebenwärtige Angriffe bedunden und sich auch hierbei der denkbar größten Sachlichkeit befleißigt. Gätte er anders gehandelt, so wäre der Mannheimer Parteitag schwerlich so rasch über die vom Genossen Ziele zur Sprache gebrachte Angelegenheit zur Tagesordnung übergegangen. Dies Urteil des Parteitages verfehlt und in die angenehme Lage, die freundliche Kritik des Genossen Wader mit aller Gelassenheit zu ertragen. Gätte es sich nicht darum gehandelt, an einigen Beispielen die Methode der Angriffe der Magdeburger „Vollstimme“ zu kennzeichnen, so hätten wir an diesen sich ja selbst zur Genüge charakterisierenden Artikel überhaupt kein Wort der Entgegnung verschwendet.

Die Parteipresse zum Parteitag.

„Leipziger Volkszeitung“:

Aus einem Artikel: Die Massenstreikdebatte: „Aber wenn auch nicht dieser Ausfall (auf die „Leipziger Volkszeitung“, Red. d. „Vorw.“), so war doch der Geist, der durch die Rede des Genossen Legien wehte, ein wirkliches, obgleich ungewolltes Verdienst: es war derselbe subalterne und unklare Geist, der sich schon auf dem Kölner Parteitag in der Rede desselben Genossen breit machte, und das krasse Hervortreten dieses Geistes zeige mit aller Klarheit, wo die eigentliche Ursache der Reibungen zwischen Gewerkschaften und Partei liegt. Solange die Anschauungen, zu denen sich Genosse Legien in Mannheim bekannte, innerhalb der deutschen Gewerkschaften eine mehr oder minder breite Stätte finden, solange wird es mehr oder minder nicht an Rühmstücken fehlen, der früher oder später zwischen den beiden großen Zweigen der deutschen Arbeiterbewegung explodieren kann. Nicht die Gewerkschaften sind je von dem radikalen Parteiflügel bekämpft worden, wie der Genosse Legien und seine näheren Gefinnungsgenossen glauben machen wollen, sondern bekämpft worden ist nur die Auffassung der gewerkschaftlichen Aufgaben, Wege und Ziele, die diese Genossen vertreten.“

Von ganz anderem Gehalte waren die Reden anderer Gewerkschaftsführer, wie namentlich der Genossen Bömelburg und Reichel; sie gaben der Massenstreikdebatte des Mannheimer Parteitages das eigentliche Gepräge, soweit es sich darin um die künftigen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei handelt. Wir haben wiederholt schon darauf hingewiesen, daß sich diese Beziehungen nicht in bestimmte Regeln fassen lassen, daß es für sie keine Norm gibt, die ein für allemal gültig wäre, sondern daß gegenseitiger guter Wille und gegenseitige klare Erkenntnis dabei das Beste tun müssen. Nach dieser Richtung hin geben aber Bömelburg und seine Freunde durchaus annehmbare Würtschaften, und wenn der Geist, der ihre Reden befehle, in den Gewerkschaften lebendig bleibt oder wieder lebendig wird, so darf man mit Recht sagen, daß der Mannheimer Parteitag die Steine des Anstoßes zwischen Gewerkschaften und Partei weggeräumt hat. Es kommt dann auch weniger auf den Wortlaut des Friedensschlusses an. Dem guten Willen darf man die offene Hand bieten, um so mehr, als der schlechte Wille — von dem wir selbstverständlich in keiner Weise voraussehen, daß er vorhanden sei — mit allen Mieren durch jede auf dem Papier noch so feht verlaufene Resolution fahren kann.

Was die Massenstreikfrage im eigentlichen Sinne des Wortes anbetrifft, so befand sich Genosse Wabel in einer gewissen Zwangslage. Wir sind weit entfernt, diejenigen Genossen zu tadeln, die in der preußisch-sächsischen Wahlbewegung auch die Möglichkeit eines Massenstreiks ins Auge gefaßt haben; es wäre sogar unnatürlich gewesen, wenn in einem mit voller Hingebung geführten Kampfe nicht auch Hoffnungen erwacht wären, die über das zunächst erreichbare Ziel hinausgeschweiften wären, und es war hinlänglich dafür gesorgt, daß diese Bäume nicht in den Himmel wachsen. Aber das Gerade, das kurz vor dem Parteitag von der Gruppe Braun-Eisner-Stampfer-Maurenbrecher angezettelt wurde, das Gerade von dem Verlangen nach dem Massenstreik, das in der preußisch-

sächsischen Wahlbewegung mit revolutionärer Gewalt aus dem Massen hervorgebrochen und dann vom Parteivorstand „gebremst“ worden sei, mußte gründlich abgetan werden, wenn es nicht Unheil stiften sollte, und so war Wabel gezwungen, die Hindernisse, die in Deutschland einem Massenstreik im Wege stehen, mit einer Schärfe zu betonen, die einen gewissen Gegensatz zu seiner Rede in Jena zu bilden schien.

Auch an seinen Ausführungen über die preußisch-russische Interventionsfrage haben wir um so weniger etwas auszuweisen, als wir dem Sinne nach dieselben Einwendungen gemacht haben, so als Genosse Maurenbrecher in der „Neuen Gesellschaft“ entdeckte, daß wir vor einer „surchtbar ersten Situation“ ständen und Bismarck demnächst Bismarcks polnische Politik vom Jahre 1863 wiederholen würde. Schärfer als wir, aber deshalb gewiß nicht zu scharf, hat Wabel diese Quarantäneweisheit abgetan. Es ist sicherlich nicht sehr angenehm, wenn die deutsche Reichsregierung auf dem sozialdemokratischen Parteitag gewissermaßen vor dem Verdachte allzu reaktionärer Absichten geschützt werden muß, allein die Schuld daran trägt allein jenes „Wäckerdugend“ von Literaten, die ihre halblasse Phantasie an allen Ecken und Enden der Windrose herumflattern lassen, weil ihnen das Schwergewicht einer theoretisch-wissenschaftlichen Bildung fehlt.“

Aus der zusammenfassenden Schlußbetrachtung: „Wir glauben, daß die Partei allen Anlaß hat, mit den Ergebnissen dieser Tagung zufrieden zu sein; sie werden in mannigfacher Beziehung dazu dienen, die historische Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zu erleichtern und zu kräftigen.“

In erster Reihe gilt dies von den Auseinandersetzungen über die Massenstreikfrage. . . .

Worum es sich in Mannheim allein handeln konnte, war die Beilegung der Reibereien, die sich zwischen den gewerkschaftlichen und den politischen Organisationen der Arbeiterklasse allmählich eingestellt hatten. Das ist in erfreulichem Maße gelungen, nicht mit irgendwelchem Hintergedanken auf einer von beiden Seiten — denn wenn die vorhandene gewesen wären, so wäre es nicht gelungen —, sondern weil das gemeinsame Ziel die einen wie die anderen zu gemeinsamer Arbeit zwingt. Dieser Zwang wird sich immer wieder geltend machen, auch wenn die getrennten Wege, auf denen die gewerkschaftlichen und die politischen Organisationen das gemeinsame Ziel verfolgen müssen, einmal wieder Arungen zwischen beiden Teilen veranlassen sollten. Diese Möglichkeit ist niemals völlig zu beseitigen, aber durch die gegenseitige Verständigung in Mannheim ist sie auf absehbare Zeit ausgeschlossen, und das genügt vollständig. Vor allen Dingen bildet auch die Massenstreikfrage keinen Gegenstand des Streites mehr; sie ist nach beiden Seiten so klar gestellt, sowohl nach der Seite der Möglichkeit wie nach der Seite der Unmöglichkeit, daß nur noch ein böser Wille sie verdrängen kann, wie er wieder in den Gewerkschaften, noch in der Partei, dafür aber um so reichlicher unter den bürgerlichen Schwärmern vorhanden ist. Die beiden hochwichtigen Fragen, die sonst noch auf der Tagesordnung des Mannheimer Parteitages standen, haben nun freilich aus Mangel an Zeit nicht eine so gründliche Erledigung gefunden, wie die Massenstreikfrage. . . .

Aber so gut wie die Thesen des Genossen Haase, hätte man auch die Leitätze des Genossen Schulz und der Genossin Heßkin annehmen sollen. Sie haben schon seit ein paar Monaten der Kritik der Partei unterlegen, und sind allgemein gebilligt worden, bis „A“ in zwölfter Stunde eine revisionistische Stimme in der „Neuen Gesellschaft“ erbob, die an einigen Sätzen mäkelte, ausbildend als „Mißerbeispielen für die klassisch-erakte Denk- und Ausdrucksweise, die die allein echten Erkennner und Befenner der wahren Lehre auszeichnen“. Schon der Ort, wo die Kritik erschien, und die Art, wie sie sich ausdrückte, stellte ihren sachlichen Tendenzen kein günstiges Zeugnis aus, wie sie denn auch wirklich nur aus ganz hilflosem Gerede bestand, das den ihm gespendeten Beifall der gegnerischen Presse in hohem Grade verdiente. Inbesseren selbst wenn die Leitätze zur Bildungsfrage einige Schönheitsfehler aufweisen sollten, so hätte mindestens der praktische Vorschlag der beiden Referenten, einen Bildungsausschuß von 25 Personen als dauernde Parteieinrichtung niederszusetzen, diskutiert und angenommen werden können, statt daß dieser Vorschlag auch erst einem Ausschuß von 7 Personen überwiesen wurde. Dadurch ist die praktische Erledigung der Bildungsfrage wieder auf die lange Bank geschoben worden, was im Interesse der Sache nur bedauert werden kann; gewisse Vorkommnisse gerade auf diesem Parteitag haben doch eindringlich genug daran gemahnt, daß mit gelegentlichen, gewiß sehr gut gemeinten, aber nicht sorgfältig genug vorbereiteten Anläufen auf einem so schwierigen und wichtigen Gebiete viel eher Schaden als Nutzen gestiftet werden kann.“

„Sächsischer Arbeiterzeitung“:

„Seit manchem Jahr hat kein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie so prächtige und wertvolle Ergebnisse gezeitigt, wie die rote Woche in Mannheim. . . . Einmal ist das unendlich wichtige Erziehungsproblem auf diesem Parteitag zum erstenmal gründlich und umfassend zur Behandlung gelangt. . . . Sodann hat der Parteitag die wichtigsten Fragen der Straferechtsfrage behandelt. . . . Es mag nebenbei die Meinung ausgesprochen werden, daß bei derartigen Thematika wie dem Erziehungsproblem und der Straferechtsfrage, auf unseren Parteitagen künftig eine noch günstigere Behandlungsmethode eingeschlagen werden möchte. Bei der Fülle der Arbeiten unserer Parteitage ist es schwer, überhaupt für solche Angelegenheiten Zeit zu gewinnen. Erfreulicherweise hat sich die Befürchtung, daß die Straferechtsfrage gar nicht würde zur Veratung gelangen können, als unnötig erwiesen. Jedoch mußte von einer Diskussion völlig abgesehen werden. Dieser Mangel stand tiefe sich vermeiden, wenn in solchen Fällen die Referate schon etwa vier Wochen vor dem Parteitag im Druck vorgelegt würden. Dann hat der Referent nicht nötig, den zwei- oder dreistündigen Vortrag zu halten, er kann sich mit einer kurzen Uebersicht begnügen und eine wertvolle Diskussion kann sich daran knüpfen, da diejenigen, welche auf dem betreffenden Gebiete Sachverständige sind, sich auf Grund des gedruckten Referates vorbereiten konnten.“

Freie Bahn aber ist für die deutsche Arbeiterbewegung geschaffen worden durch die Hintwegräumung des Konfliktstoffes, der sich zwischen Partei und Gewerkschaften gehäuft hatte.

In Mannheim ist der Wille zur Verständigung nachvoll zum Ausdruck gelangt. Auf die Auseinandersetzungen über den politischen Massenstreik, in welche die gesamte Frage der Beziehungen von Partei zu Gewerkschaften einbezogen wurde, daß die deutsche Arbeiterbewegung wahrlich stolz sein. Es war eine der besten und geistig am höchsten stehenden Diskussionen unserer Parteitage. Schon die polemische Form stand außerer Erwähnung ab von der Art, wie in den letzten Jahren manches Mal unsere Diskussionen geführt worden sind. Fast identisch waren die Redner beifassen, nicht dem Vertreter einer anderen Meinung von vornherein die schlechtesten Plätze zu unterstellen. Vielmehr versuchte man, auch dem Standpunkte des anderen gerecht zu werden. Es zeigte sich, daß dann die sachlichen Gegenstände keineswegs so unüberbrückbar waren, als es zuvor schien. Wohl mag es manchem Parteigenossen fast erschauern scheinen, daß nun der Gegensatz zwischen dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Köln und der Jenaer Resolution als erledigt erklärt werden konnte. Wir haben aber schon früher ausführlich nachgewiesen, daß jener Gegensatz mehr ein scheinbarer war, verursacht durch die verschiedenen Absichten, welche beide Kongresse verfolgten, daß er erst durch erbitterte Polemik weit über seine wirkliche Bedeutung hinaus übertrieben worden ist. . . .

Nun mag es allerdings scheinen, als habe die Partei diesen Friedensschluß um einen hohen Preis erkauft. So wenig es, wie sie versteht, die Absicht Wabels in Jena war, die Partei blindlings für einen demnächstigen Massenstreik zu engagieren, so trug sein damaliges Vorgehen einen wesentlich aggressiven

Charakter. Es läßt sich unseres Erachtens nicht leugnen, daß die Aggressionen nicht weniger in die Erscheinung trat, daß Vebel jetzt viel mehr die Schwierigkeiten eines politischen Kampfes betonte und daß er die Anwendung dieses Kampfmittels hauptsächlich zur Defensiv bei Attentaten auf bestehende Rechte empfahl. Nun sind wir die letzten, welche die vorsichtige Abwägung der Chancen von der Verpflichtung auf bestimmte Aktionen irgendwie vernachlässigt zu sehen wünschen. Wohl aber ist es nötig, nun wieder alles aufzugeben, daß die deutsche Arbeiterbewegung nicht etwa allzu sehr in die bloße Defensiv gedrängt wird, daß sie die Kraft des Angriffs vorbereitet und den Nutzen zum Angriff gewinnt.

Vebel führte aus, daß in Preußen auch deshalb noch nicht an eine Klassenkampfstrategie gegen das Dreiklassenwahlrecht zu denken gewesen sei, weil das Verständnis der Massen für die preussische Gesetzgebung noch nicht in erheblichem Maße vorhanden sei. Aus dieser an sich richtigen Begründung darf jedoch nicht geschlossen werden, daß der politische Klassenkampf als Angriffswaffe nun zurückgestellt werden solle. Es darf daraus nur geschlossen werden, daß die Sozialdemokratie in Preußen, ungeachtet der Fälle der das Reich betreffenden Aufgaben der nächsten Zeit, alles aufzubieten muß, um das Interesse und das Verständnis der Bevölkerung für die einzelstaatliche Gesetzgebung zu steigern, welche nicht nur die allerwichtigsten Kulturangelegenheiten umfaßt, sondern auch von dem Fortschritt und der Kapitalistenklasse als ein Mittel ausgenutzt wird, um die Reichsgesetzgebung immer mehr zu durchkreuzen und zu lähmen. In Sachsen besteht, dank jahrzehntelanger Betätigung der Sozialdemokratie, starkes und nachhaltiges Interesse der Volksschichten für die Landesgesetzgebung und die einzelstaatliche Wahlrechtsfrage. Wenn fortwährend das schmächtige Wahlrecht von den herrschenden Klassen und den Regierungen aufrecht erhalten wird, dann wird die Arbeiterklasse, ohne sich in Unbefonnenheiten zu fügen, zum schärfsten Angriff auf die reaktionären Vollwerke vorgehen müssen. Die Forderungen der Arbeiter werden sich irren, wenn sie meinen, daß die Sozialdemokratie den Frieden mit den Gewerkschaften durch die Preisgabe der Klassenkampfstrategie erkaufen habe. Vielmehr ist durch die Befestigung dieses Brückens der deutschen Arbeiterbewegung die Geschlossenheit, und ihrem Angriff gegen das System der Entrechtung die Kraft und die Wucht gesichert worden.

„Sächsisches Volksblatt“ (Zwickau):

„Arbeitsfreie Tage liegen hinter dem deutschen Arbeiterparlament in Mannheim, aber sie sind nicht vergeblich gewesen. Sie haben vor allen Dingen das eine Große und Schöne gebracht, daß von nun an Gewerkschaften und politische Partei im Sozialismus wirklich das Primäre und Grundlegende erkennen. Allerdings, in der Resolution Vebel-Kautsky kommt dies nicht mit Deutlichkeit zum Ausdruck, weil der Schlussatz des Kautskyschen Amendements, der dieses forderte, gestrichen worden ist aus Gründen des Entgegenkommens und nachdem aus den Reden der Gewerkschaftsführer die Anerkennung des Grundsatzes, daß, wer in unseren Gewerkschaften tätig ist, selbstverständlich Sozialdemokrat zu sein habe, deutlich erkennbar herausklang. Die sogenannte Neutralität der Gewerkschaften, soweit solche nämlich bis zur Verleugnung des politischen Klassencharakters führen könnte, ist künftig unmöglich. Unsere Gewerkschaften, selbst wenn sie bei ihren Kämpfen durch die Frage Taktik bestimmt werden, die Sozialdemokratie nicht bei jeder Gelegenheit zu betonen, werden künftig auf dem Boden der sozialdemokratischen Klassenkampftheorie stehen. Hier ist ein für allemal durch die kombinierte Resolution Vebel-Kautsky ein Niegel vorgezogen worden; auch von einer besonderen „Theorie der Gewerkschaftsbewegung“ kann nicht mehr geredet werden.

Auch über den politischen Klassenkampf herrscht nun endlich Uebereinstimmung in beiden Richtungen. . . Die Aufklärung über Wesen und Natur des politischen Klassenkampfes wird ruhig fortgesetzt werden, die Propagierung desselben freilich, die viele mit der Aufklärungsarbeit über diese Form des Streiks immer verwechselt haben, wird unterbleiben. Man wird nicht bei jeder Wahlrechtsänderung und dergleichen sofort mit dem politischen Klassenkampf kommen. Vebels Referat über diese Frage kann als musterhaft gelten. Ohne die Voraussetzungen zum politischen Klassenkampf in den Arbeiterorganisationen und bei gegebenen politischen Situationen wird es zu dergleichen Streiks nicht kommen. Die Verantwortung der Partei und der Zentralgewerkschaften für eine solche Eventualität ist zu groß; der mögliche Erfolg muß den hohen Einsatz wert sein. Das ist es, was immer schon von den kühleren Köpfen in der Partei erwogen worden ist.“

Aus der Partei.

Die Parteischule.

In einer Besprechung, die auf Wunsch des Genossen Maurerbrecher zwischen ihm und dem Parteivorstand stattfand, ersuchte Genosse Maurerbrecher, ihn von dem ihm übertragenen Posten an der Parteischule zu entbinden, welchem Ersuchen der Parteivorstand nachkam.

Das Tageblatt der französischen Sozialisten in Gefahr!

Aus Paris kommt eine traurige Meldung. Es wird uns von unserem dortigen Korrespondenten telegraphiert:

Die „Humanité“ veröffentlicht heute einen verzweifeltsten Appell an die Genossen. Jaurès erklärt, daß trotz einer Auflage von 30 000 Exemplaren das Blatt unhaltbar ist, ohne 3000 neue Abonnenten und 10 000 Einzelkäufer. Vor vier Tagen wurden Jaurès 200 000 Fr. angeboten gegen die Verpflichtung, die Angriffe auf die russischen Finanzen einzustellen und neue russische Anleihen nicht zu belämpfen. Jaurès will selbstverständlich lieber den Untergang des Blattes. Ebenso hat er auch einen Posten zurückgewiesen, der ihm als Gegenleistung für gewisse bei der Regierung zu unternehmende peinliche Schritte angeboten worden ist. Es sei besser, erklärt er, daß das Blatt eingehen, als daß es sein Leben um solchen Preis friste. Die Aktionäre sind zum 15. Oktober zur Liquidationsversammlung einberufen. Die Arbeiter werden in letzter Stunde beschworen, das Blatt zu retten.

Es wäre aufs höchste bedauerlich, wenn dem Blatte nicht die unmittelbare Hilfe zu teil würde, der es bedarf. Unsere französische Bruderpartei wäre dann ohne Tageblatt im ganzen Lande, ohne ein vernünftiges Sprachrohr in der Metropole Paris! Wir sollten meinen, daß angeht dieser Eventualität die französische Sozialdemokratie alles aufzubieten müßte, um die „Humanité“ zu halten. So sehr zu berücksichtigen ist, daß die Schaffung und Erhaltung einer sozialistischen Tagespresse in Frankreich viel schwieriger ist als in Deutschland, soweit Kraft müßte die geeinigten Partei doch aufbringen können, daß sie ein bestehendes Tageblatt existenzfähig mache!

Wegen Besuch des Mannheimer Parteitages gemahregt. Entlassen wurde ein Arbeiter der Württembergischen Salus Kahler zu Roggenburg. Sein Verbrechen ist, daß er den Parteitag besuchte. Der Inhaber der Fabrik ist Mitglied des Reichsverbandes zur Verfechtung der Sozialdemokratie. Das sagt doch alles.

Ein sonderbares Mißverständnis. Das „Norddeutsche Volksblatt“ zu Vant-Wilhelmshaven schreibt: Kürzlich meldeten wir den Bezirksfunktionären des hiesigen Bezirks, daß Flugblätter zur Aufklärung der Württembergischen unentgeltlich beim Genossen Buddenberg in Vant zu erhalten sind. Die Notiz ging in eine Reihe von Parteibüchern über und nun erhält der Genosse Buddenberg aus allen Teilen Deutschlands und sogar aus

der Schweiz Bestellungen auf Flugblätter, denen er gar nicht gerecht werden kann. Wir bemerken hierzu, daß es sich hierbei doch um das Flugblatt handelt, welches der Zentralpartei Vorstand in Berlin herausgegeben hat. Die Besteller wollen sich daher an diesen wenden. — Im Abdruck dieser Notiz wird die Parteipresse gebeten.

In den Schöpf der alleinseligmachenden Kirche zurückgekehrt ist der Prediger der freireligiösen Gemeinde in Mainz und ehemalige Parteigenosse Frhr. v. Zucco und Cuccagna. Nachdem er zuvor dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei die Mitteilung gemacht hatte, daß er aus der Partei austräte, da er Mainz auf immer verlasse, erstreckte er am Donnerstag an der Spitze des ultramontanen „Mainzer Journal“ einen feierlichen „Öffentlichen Widerruf“, worin es heißt:

„Achtzehnjährig habe ich leider vergehend, um Irrlehren und Unglauben zu verbreiten. Nicht durch äußere Umstände veranlaßt, sondern von innerer Ueberzeugung und von wiedererwachtem gläubigem Empfinden gedrängt, bin ich endlich zur Erkenntnis gelangt, einen schweren Fehler, einen großen Irrtum dadurch begangen zu haben. Ich bedauere tief und aufrichtig das Vergessen, welches ich durch meine bisherige Tätigkeit in Mainz und Umgegend sowie in anderen Städten während dieser 34 Jahre gegeben habe, ich widerrufe alle Irrlehren, die ich während dieser Zeit, sei es mündlich oder schriftlich, verbreitete, und bitte sowohl den katholischen Klerus wie auch das katholische Volk, mir zu verzeihen.“

Der neue „Weltpriester“, wie sich der Mann in der Unterschrift nennt, hatte sich erst vor einigen Wochen verheiratet. Jetzt hat er seine Gattin verlassen mit dem schriftlichen Bemerkten, sie möge ihre Rechtsansprüche an ihn durch einen Anwalt geltend machen, er reise nach dem Süden, den Frieden mit Rom zu machen. Zucco war in der Partei bis vor wenigen Tagen sehr fleißig tätig. Die Erklärung für seine plötzliche „Einsicht“ und feierliche Abschwörung der „Irrlehren“, sowie die demütige Bitte um Verzeihung an den katholischen Klerus dürfte allem Anschein nach auf pathologischem Gebiete zu suchen sein, da die begleitenden Umstände sonst auf ein bedenkliches Maß von Charakterchwäche schließen ließen.

Öffentlich werden die Ultramontanen den „Fall“ wohl schmerzlich auszusprechen wagen, dagegen wird von der Kugel und im Reichsthal um so mehr damit operiert werden, um den Gläubigen daran die Wunderwirkungen der katholischen Kirche und Barmherzigkeit der Sozialdemokratie klar zu machen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strakotts der Presse. Zu drei Wochen Gefängnis wurde Genosse Deifel von der „Vergischen Arbeiterstimme“ durch das Solinger Schöffengericht wegen Beleidigung eines Maurermeisters verurteilt. Mehrere Weisungsanträge unseres Genossen wurde nicht stattgegeben. Es ist Verurteilung eingelegt worden.

Aus Industrie und Handel.

Die Zahl der Bergarbeiter der Welt darf auf circa 5 Millionen angenommen werden. Nach einer Zusammenstellung, die dem englischen Parlament unterbreitet wurde, waren in Großbritannien und Irland sowie in den britischen Kolonien und Besitzungen im Jahre 1904 1 730 977 Personen im Bergwerks- und Steinbruchbetriebe tätig. In allen übrigen Ländern der Welt, soweit Ziffern für sie zu erhalten waren, betrug die Zahl der Bergleute im Jahre 1904 3 237 488. Die Länder, in denen die Zahl der Bergleute besonders hoch ist, sind folgende:

	1903	1904
Großbritannien und Irland . . .	970 044	974 034
Deutschland	783 848	814 362
Vereinigte Staaten von Amerika . . .	592 294	607 079
Rußland	344 245	344 245
Frankreich	321 883	322 136
Oesterreich-Ungarn	225 104	225 371
Verbündete Malayenstaaten	186 337	192 069
Japan	163 530	163 530
	3 457 083	3 644 396

Alle anderen Länder haben weniger als 150 000 in Bergwerksbetriebe tätige Arbeiter. Ganz genau sind die Ziffern nicht, da für einen Teil der Länder die in Steinbrüchen Beschäftigten mitgezählt sind, bei anderen Ländern wieder die Zahl der Bergarbeiter nicht vollständig ermittelt werden konnte.

Folgen der Fahrkartensteuer. Die Gittauer Handels- und Gewerbetreibende beschloß, bei der Staatsbahnverwaltung wegen Mehrereinstellung von Wagen vierter Klasse vorstellig zu werden. Der Antragsteller hatte daraus verwiesen, daß die erhebliche Steigerung des Verkehrs zu 90 Prozent auf die vierte Klasse entfällt. Die Einführung der Fahrkartensteuer habe jedenfalls einen großen Teil der Reisenden aus der dritten in die vierte Klasse getrieben. Diese — so führte ein anderer Redner aus — sei oft überfüllt, 60 Personen gelte als normal. Er habe einmal sogar 78 Personen in einem Wagen vierter Klasse gezählt und das am 1. Juli bei solch kalter Hitze! Die Leute seien zum Teil krank in Dresden angekommen. — Die Eingabe soll der Staatsbahnverwaltung sofort und als dringlich bezeichnet werden. — Was die Fahrkartensteuer einbringt, muß für neue Wagen vierter Klasse ausgegeben werden, das nennt man bei uns — Reform!

Kaffee-Zölle. Die Hauptländer Europas belegen zurzeit die Kaffee-Einfuhr mit folgenden Zöllen:

Frankreich	pro 100 Kilogr.	125 Mk.
Italien	„	120 „
Spanien	„	112 „
Portugal	„	81 „
Oesterreich-Ungarn	„	63 „
Norwegen		
(ohne Gegenseitigkeitsvertrag)	„	55 „
(mit	„	83 „
Griechenland	„	81 „
Deutschland	„	40 „
England	114 Pfd.	14 „
Schweden	100 Kilogr.	13 „
Belgien	„	8 „
Niederlande	frei.	„

Der meiste Kaffee kommt aus Brasilien, und obgleich in Südamerika noch in 14 anderen Republiken die Kaffeekultur, auch für den Export, betrieben wird, steht Brasilien nicht nur an der Spitze aller Staaten, sondern produziert und exportiert weit mehr, als seine 14 südamerikanischen Nivalen zusammengenommen. Der brasilianische Delegierte auf dem Panamerikanischen Kongress machte den Vorschlag, daß alle 15 „Kaffeeländer“ gemeinsam die hohen Einfuhrzölle auf Kaffee in europäischen Ländern belämpfen sollten. Dieser Vorschlag wird gegenwärtig von der Presse in Brasilien erörtert, es scheint aber, daß Brasilien, weil es der Hauptinteressent ist, darin wenig Unterstützung finden wird.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht und die bürgerliche Frauenbewegung.

Zur Frauenkonferenz in Mannheim nimmt Minna Cauer in einem Artikel in dem von ihr herausgegebenen Organ „Die Frauenbewegung“ Stellung. Sie moquiert sich darüber, daß die Genossin Petzin in ihrem Referat über das Frauenstimmrecht die radikalen Frauenrechtlerinnen als nicht grundsätzliche Freunde und sichere Kämpfer für das Frauenwahlrecht bezeichnet habe. Minna Cauer bemerkt dazu:

„Nun, hier erlauben wir uns dagegen zu protestieren, daß wir Radikalen niemals etwas anderes ausgesprochen haben, als daß wir grundsätzlich überall und bei jeder Gelegenheit für das all-

gemeine direkte und geheime Wahlrecht aufgetreten und auch immer auftreten werden.“

Wir nehmen die Bedingungslose Versicherung ad notam und werden die Damen bei passender Gelegenheit daran erinnern.

In einer Fußnote wendet sich die Redaktion weiter gegen die kürzlich von uns zitierten Auslassungen der Frauenrechtlerin Rema über das Frauenwahlrecht. Sie meint, die radikale Frauenbewegung könne doch unmöglich für jede Schreiberin verantwortlich gemacht werden, für die die Frauenbewegung nur die melkende Kuh ist. Das klingt ja auch wieder recht tapfer und läßt auf Minderstärke schließen, aber diese selbstbewußte Sprache ist doch schon gleich mit dem, was einige Tage später auf der Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine passierte. Uns wird darüber unterm 4. Oktober geschrieben:

Der Bund deutscher Frauenvereine und die russische Revolution.

In Nürnberg tagt gegenwärtig der Kongress des Bundes deutscher Frauenvereine. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, die für die breite Öffentlichkeit kein Interesse haben, erbat sich eine Vorstandsdelegierte, Frau Marianne Weber, außerhalb der Tagesordnung das Wort und begründete eine Sympathieerklärung für die russischen Freiheitskämpferinnen.

Die Resolution lautete:

„Der in Nürnberg versammelte Bund der Frauenvereine gibt seiner tiefen Entrüstung Ausdruck über die jeder Gerechtigkeit sprechenden Greuelthaten, die in Rußland aus Rassenhaß und im Interesse der Aufrechterhaltung der Autokratie fortgesetzt an wehrlosen Frauen und Kindern verübt wird.“

Er gebt ferner mit hoher Bewunderung derjenigen russischen Frauen, die an dem gewaltigen Ringen ihres Volkes um persönliche und bürgerliche Freiheit so heldenhaft teilnehmen.

Der auf dem Boden der modernen Frauenbewegung stehende Bund spricht den russischen Freiheitskämpferinnen seine vollste Sympathie aus.“

Wenn wir nun glaubten, diese Resolution würde zur Ehre der „deutschen“ Frauen debattelos einstimmig angenommen, so irren wir uns ganz bedeutend, es entspann sich eine zwei Stunden lange Debatte.

Fraulein Wappenheim-Frankfurt a. M. begründete die eingebrachte Resolution aufs freudigste und hat um einstimmige Annahme. Dann erhob sich eine „deutsche“ Frau aus Lübeck und protestierte entschieden gegen eine Sympathieerklärung für die Bombenwerferinnen in Rußland, das sei ja etwas Unerhörtes. Frau Professor Krudenberg hat um Aussetzung der Abstimmung, da sie sich nicht getraue, eigenmächtig und ohne Zustimmung ihrer Mandatgeberinnen dieser Erklärung zuzustimmen. Und auch Minna Cauer-Berlin ist gegen die Resolution; sie ist der Ansicht, daß eher gegen die Greuelthaten der Revolutionäre ein Protest notwendig wäre. Frä. Blum ist wohl für eine Sympathieerklärung für die leidenden Frauen, nicht aber für die Freiheitskämpferinnen. Eine „gebildete“ deutsche Frau verlangt statt „Autokratie“ das Wort „Rassenhaß“ zu setzen. Schließlich wird Streichung des Satzes mit dem Wort Autokratie beantragt.

Um eine Einigung (!) zustande zu bringen, wird der Satz mit dem Worte Autokratie zurückgezogen, worauf der erste Satz der Resolution mit allen gegen fünf Stimmen angenommen wird.

Nun folgte die Diskussion über den zweiten Satz, die sich noch heftiger und leidenschaftlicher gestaltete wie die über den ersten und die sich hauptsächlich um das Bombenwerfen drehte. Während verschiedene Rednerinnen zu erklären suchten, daß in der Resolution kein Wort vom Bombenwerfen stehe, verlangten eine Anzahl Damen unter Führung eines Frä. Vongfort-Hamburg, Frau Professor Krudenberg, Fr. Schälmeier-Halle, einer Delegierten aus Tüftin und Frä. Blum-Epandau, Vertreterin des Berliner Lehrerinnenvereins, die Streichung des zweiten Satzes in eine ganz „politische Form“.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des zweiten Satzes mit Dreifünftel-Mehrheit. — Nun macht Frau Krudenberg einen neuen Vorstoß gegen diese „anarchistische“ Resolution; sie erklärt, die ganze Abstimmung sei null und nichtig, weil die im Statut geforderte Unterstützungsfrage bei Einbringung eines Antrages nicht gestellt worden sei. Das geschieht nachträglich und nun erfolgte die Annahme der gesamten Resolution mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit, nachdem zuvor der dritte Satz ebenfalls zurückgezogen worden war. — Eine Frau Dufemann, die sich als Vertreterin der Presse vorstellte, wollte zum Schluß einen Antrag angenommen wissen, der den anwesenden männlichen Vertretern der Presse verbiete, mehr als das Abstimmungsergebnis über die Resolution und diese selbst mitzuteilen. Ueber diese Unvorsichtigkeit wurde zur Tagesordnung übergegangen. — Die angenommene Resolution hat also folgenden Wortlaut:

„Der in Nürnberg versammelte Bund deutscher Frauenvereine gibt seiner tiefen Entrüstung Ausdruck über die jeder Gerechtigkeit hohnsprechenden Greuelthaten, die in Rußland aus Rassenhaß fortgesetzt an wehrlosen Frauen und Kindern verübt werden. Er gebt ferner mit hoher Bewunderung derjenigen russischen Frauen, die an dem gewaltigen Ringen ihres Volkes um persönliche und bürgerliche Freiheit so heldenhaft teilnehmen.“

Die Bundesleitung scheint für das Blamable dieses Vorganges, welcher durchaus nicht für die Inerabilität der bürgerlichen Frauen spricht, etwas Empfinden zu haben. In einem uns zugegangenen offiziellen Bericht wird nur kurz von der Debatte Notiz genommen, ohne ein wirkliches Stimmungsbild zu geben. Und dann heißt es: Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen. Dabon, daß der „anständige“ Satz im ersten Absatz von der Versammlung abgelehnt worden ist, wird nichts mitgeteilt und er ist in der mitgeteilten Resolution auch nicht gefahren!

Mariendorf. Der hiesige Frauen- und Mädchenbildungsverein hielt am 26. September seine Generalversammlung ab. Die Vorsitzende gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Vereins. Im Oktober 1905 wurde der Verein mit einem Mitgliederstand von 26 Personen gegründet. Nach einem Jahr war die Zahl der Mitglieder auf 65 gestiegen. Versammlungen fanden jeden Monat statt. Regelmäßig wurden belehrende Vorträge gehalten. Herr Dr. Sommerfeld sprach über „die gesundheitsmäßige Erziehung der Kinder“, Frä. Waaber über „Kinderarbeit“, Herr Dr. Vinus über „Frauenkrankheiten und Krebsleiden“, Herr Müller über „die Frau in der heutigen Gesellschaft“, Herr Fischer über „Moderne Sittenlehre“, Herr Riethe über „Erb- und Feuerbefähigung“, Frau Ziel über „Jugend und Ziele der Bildungsvereine“, Herr Schulz über „Die Volksschule“, Herr Schmidt über „Die Idee des Gottesbegriffes“ und Herr Störmer über „Die Verhandlung und die Interessen des weiblichen Proletariats“. Der Besuch in der letzten Zeit ließ viel zu wünschen übrig. Der Kassiererin wurde Decharge erteilt. Dann folgte die Wahl des Vorstandes. Die Mitgliederversammlung im Oktober fällt aus. Am 27. Oktober feiert der Verein sein erstes Stiftungsfest bei Vorchfeld in Mariendorf, Feldstraße.

Vermischtes.

Mutter und Tochter in den Tod. Einen traurigen Abschluß hat ein Familiendrama im Finowanal gefunden. In der Nähe von Oberwalde wurden die Leichen der 53jährigen Ehefrau des Rentiers Rehsfeld aus der Eisenbahnstraße in Oberwalde und dessen 30jähriger Tochter gefunden. Die Letztere war vor etwa einem Jahre nervenkrank geworden und sie befürchtete, daß sie dem Irrenstift anheimfallen werde. In ihrer Verzweiflung unternahm Fräulein Rehsfeld wiederholt Selbstmordversuche, aber stets gelang es, sie zu vereiteln. Auch die Mutter litt schwer unter dem verhängnisvollen Geschehnisse ihrer Tochter. Die beiden Frauen saßen schließlich den Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Gestern vormittag entfernten sie sich aus der Wohnung und vergeblich wartete Herr R. auf die Rückkehr seiner Angehörigen. Er sollte sie nur als Leichen wiedersehen. Frau R. war mit ihrer Tochter nach dem Finowanal gegangen, wo sie sich am Ufer mit einem Strid zusammenbanden und sich dann die Wäsche hinab ins Wasser stürzten. Ihre Leichen konnten bald darauf geborgen werden.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Hervorragendes Angebot in Porzellan, Steingut, Emaille

von Sonnabend, den 6. bis Freitag, den 12. Oktober cr. { so lange Vorrat* }

2 Waggon Porzellan in weiß und bunt, als:

Speiseteller, Terrinen, Kartoffelnäpfe, Saucieren, Kaffeekannen, Tassen, Milchtöpfe, Kuchen- und Dessertteller, Tafel- und Kaffeesevice.

□ □ □ □ □ □ □ □ Besonders vorteilhaftes Angebot zur Zusammenstellung von Tafelservicen. □ □ □ □ □ □ □ □

1 Waggon Steingut, Waschservice in den Preislagen von 2.45 bis 28.00

1 Waggon Emaille, und zwar: Kochgeschirre, Eimer, Schüsseln etc.

Deutscher Kakao, garant. rein, Pfd. 95 Pf. und 1.10.  Haushalt-Schokolade, garant. rein, Pfd. 68 Pf.

Räucherlachs Pfd. 0.90 Pf. 1/2 Pfd. 0.50 Pf.

Fleischwaren

Pommersche Schlackwurst Pfund 1,10 M.	Feine Kalbleberwurst Pfund 1,00 M.
„ Salami „ 1,10 M.	Feinste Landleberwurst „ 0,90 M.
„ Zwiebelleberwurst „ 0,58 M.	Westfälische Plockwurst „ 1,20 M.
„ Rotwurst „ 0,58 M.	„ Bratwurst „ 1,00 M.
Prima Jagdwurst „ 1,00 M.	Thüringer Sülzwurst „ 0,70 M.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Riesengewinn

erzielt Erwerber v. Billigkeits- u. Sandporzellan. Näh. Fischer, Wilhelmshagen.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden. Nach beendeter Engros-Saison

auch Einzel-Verkauf enorm billig

- Ulsters
- Havelocks
- Capes
- Jacketts
- Paletots
- Kostüm-Röcke
- Mädchen-Paletots
- Pelz-Stolas



Robert Baumgarten
Hausvogel-Platz 11, 2. Etage
(an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung d. Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet

Achtung! Maurer und Zimmerer!

Wie bekannt, tritt am Sonnabend, den 13. Oktober (laut § 4 des Vertrages) eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde ein.

Die günstigen Arbeitsbedingungen schreiben vor, daß früh 7 1/2 Uhr die Arbeit begonnen wird und abends 5 Uhr endet, unter Innehaltung einer halbstündigen Frühstücks- und einer einstuündigen Mittagspause.

NB. Laut § 4 des Vertrages ändert sich die Arbeitszeit schon am 9. Oktober. Da eine Änderung der Arbeitszeit aber nur zu dem auf das betreffende Datum folgenden Wochenschluß zulässig ist, so beginnt die achtstündige Arbeitszeit am 13. Oktober.

Abweichungen von dieser Arbeitszeit sind uns sofort mitzuteilen.

Die Arbeitnehmervertreter in der Achtzehner-Kommission für das Maurergewerbe.

J. A.: Emil Thoms.

Die Verbandsleitung der Zimmerer. J. A.: W. Witt.

Mabispuzer, Träger, Spanner und Zementierer!

Für die in der Zementbranche beschäftigten Kollegen beträgt die Arbeitszeit vom 1. Oktober ab 8 1/2 Stunden.

Vom 16. Oktober 1906 ab tritt für alle in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen die laut § 4 Absatz a und b des Vertrages vorgesehene Verkürzung der Arbeitszeit in Kraft.

Gleichzeitig fordern wir sämtliche Kollegen auf, für eine dem § 8 des Vertrages entsprechende Bandende Sorge zu tragen.

Die Arbeitnehmervertreter der Schlichtungs-Kommission. J. A.: Otto Gase.



Tip-Top, der allernueste Steifhut mit eleganter Ausstattung ist gestern eingetroffen; außerdem noch fünf der jetzt modernen amerikanischen Formen von M. 2,80 an.

Alvin Sussmann, Hut-Engrosgeschäft,
Holzmarktstr. 38, parterre.

Achtung! Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. × × × Zweigverein Berlin.

Sektion Fliesenleger - Hilfsarbeiter.

Laut Tarifvertrag erhöht sich der Stundenlohn vom 1. Oktober 1906 für die im Zentralverband der Bauhilfsarbeiter organisierten Fliesenleger-Hilfsarbeiter wiederum um 2 1/2 Pf. pro Stunde, so daß der Stundenlohn 80 Pf. beträgt.

Alle Bauarbeiter werden ersucht, die in Betracht kommenden Kollegen auf diese Veröffentlichung aufmerksam zu machen.

Die Sektionsleitung.

Neues Klub-Haus
72. Kommandantenstr. 72.
Sonnabende noch zu vergeben.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 21032*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

G.ößstes Spezial-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren
Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116
Kein Laden (am Oranienplatz).



Welche Herrenhüte von M. 1,50-7,00 Stelle Herrenhüte von M. 1,35-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.
Engros. Filzhüte, Cylinderhüte, Mützen u. P.-lwaren. Export.
Garnierte Damenhüte
Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl!
Einzelverkauf zu un. fallend billigen aber streng lesten Preisen.

Industrielle Dezentralisation.

Eine bis in die kleinsten Einzelheiten eindringende Untersuchung über die industriellen Verhältnisse Badens legt Dr. P. E. Walli... in einer ziemlich umfangreichen Arbeit vor.

Mietkasernenwohnung auf dem Lande fallen auch meistens die Vorbedingungen fort, durch landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung einen Nebenverdienst zu finden.

In ganz Baden wohnen — nach der Volkszählung am 1. Dezember 1900 — in 1609 Gemeinden 1 887 044 Personen.

In Baden überragt die Frauenindustrie gegenüber dem Reichsdurchschnitt. Während im Reich auf 10 000 Einwohner 175,8 industriell beschäftigte Frauen entfallen, stellt sich die Ziffer für Baden auf 317,6.

Da aber im Großherzogtum nur 124 620 männliche und 56 221 weibliche industrielle Arbeiter wohnen, ist Baden mehr Arbeiterkonsument wie Produzent.

Außerordentlich stark ist die Frauenindustrie in Orten unter 10 000 Einwohner vertreten. Die Männerindustrie ist stärker in größeren Orten. Absolut am stärksten ist die Industrie in Orten mit 2000 bis 4000 Arbeitern.

Und Dr. Walli wünscht, aus den oben schon skizzierten Gründen, eine weitere Dezentralisation der Industrie und der Arbeiterschaft. Der Verfasser, bei dem wohl politische Erwägungen den Ausschlag geben, geht zunächst von der irrigen Voraussetzung aus, daß niedrige Löhne unbedingt ein Vorteil für die Industrie seien.

lichen Faktoren. Die Kohlenindustrie kann ganz selbstverständlich nicht beliebig wandern, sie ist an bestimmte Landstriche gebunden und die Eisenindustrie entfernt sich nicht weit von der Förderstelle der Kohlen, schon darum nicht, weil die Frachtkosten einen Hauptfaktor unter den Produktionskosten darstellen.

Eine Verbindung von landwirtschaftlicher und industrieller Beschäftigung und eine Dezentralisation der Arbeiter kann aus mancherlei Gründen erwünscht und besonders in gesundheitlicher Beziehung vorteilhaft sein. Aber wo niedrige Löhne der bestimmende Faktor für die Dezentralisation sind, da fehlen die Vorbedingungen für die sozialen Vorteile und es fehlen die für die Fortentwicklung der Industrie notwendigen treibenden Kräfte.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ely Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) ist (oben das 1. Heft (2. Jahrgang, 3. Band) erschienen.

*) „Die Dezentralisation der Industrie und der Arbeiterschaft im Großherzogtum Baden“, von P. E. Walli, Dr. der Rechte und Staatswissenschaften. Karlsruhe, V. G. Braunische Buchdruckerei.

„Der Weltstreik“ in Sicht!

In der heute Sonnabend erscheinenden ersten Oktobernummer der bekannten illustrierten Wochenchrift „Das Leben“ beginnt ein sensationeller sozialer Roman unter dem Titel

Der Weltstreik.

Eine angesehene Persönlichkeit, welche die sozialpolitische Entwicklung der modernen Kulturstaaten auf das genaueste kennt, schildert

die ungeheuren sozialen Kämpfe, welche sich zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern der gesamten Kulturstaaten der Erde

um das Jahr 1930 abspielen. Die Arbeiter haben sich durch ihre Genossenschaften und Gewerkschaften ungeheure Lagerhäuser angelegt, die auf Wochen hinaus die Millionen des Proletariats versorgen und so in dem Kampfe um ihre Ziele unterstützen sollen.

Der Sensationsroman für den deutschen Arbeiter.

Das Proletariat des gesamten deutschsprachigen Gebietes sieht mit ungeheurer Spannung dem Erscheinen dieses am höchsten aufregenden Romans entgegen, der stellenweise mit einer an Bolasche Realistik gemahrenden Gestaltungskraft geschrieben ist.

Da die Zeitschrift „Das Leben“ mit Beginn dieses Romans auf eine ungeheure Steigerung des Einzelverkaufes im Straßenhandel rechnen muß, wird es oft bei sorgfältigster Disposition nicht zu vermeiden sein, daß einzelne Hefte im Straßenhandel vollständig ausverkauft sind.

Vorliegender Bestellschein ist auszuscheiden und mit genauer Namensangabe und Adresse in ein Kuvert zu stecken, das offen gelassen werden kann und dann als Drucksache mit drei Pfennig zu frankieren ist. Das Kuvert ist zu adressieren: An die illustrierte Wochenchrift „Das Leben“, Berlin-Wilmersdorf, Uhlandsstr. 134.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar der Zeitschrift „Das Leben“ für das IV. Quartal, Oktober-Dezember, Preis pro Quartal M. 2,50, Preis pro Heft 20 Pf. Jeden Sonnabend erscheint ein Heft, und wünscht der Unterzeichnete für das ganze Quartal, (nicht Gewünschtes ist zu durchstreichen) pro Heft, wöchentlich zu bezahlen. Ort, Straße, Haus-Nummer: Name und Stand:

Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Straße • Frankfurter Allee 109-112 • Ecke Königsberger Straße

Von Sonnabend, den 6. Oktober bis
Sonnabend, den 13. Oktober incl.

Außergewöhnliches Angebot!

Soweit der Vorrat reicht!

Ein grosser Posten reinwollener Tuch-Unterröcke

extra schwere Qualität, elegant garniert, Wert 7.50 jetzt **3⁹⁵** | extra prima Qualität, sehr elegant garniert, Wert 8.50 jetzt **4⁹⁵**

Ferner im Preise herabgesetzt:

Blusenstoffe

in neuesten blau-grünen Karos
Meter 1.25 1.00 **75 Pf.**

Kostümstoffe

in grossen Breiten, glatt und kariert
Meter 2.00 1.75 1.50 **1²⁵**

Hauskleiderstoffe

in schönen modernen Farbenstellungen,
riesige Muster-Ausw. Mtr. 1.50 1.25 1.00 **70 Pf.**

Ein Posten reinwoll. Damentuche

in vielen herrlichen Farben, Meter 3.00 1.65 **1³⁵**

Ein Posten schwerer reinwollener

Zibeline-Karos für Matinées, Blusen u. Hauskleider
geeignet, Wert 2.96 jetzt **1⁷⁵**

Neuheiten in Blusen-Samten

gestreift, kariert und gaufrirt, grosse Auswahl in den richtigen Farbenstellungen, Meter 2.25 1.50 **95 Pf.**

Seidenstoffe

Ein Gelegenheits-Kauf reinseidener, blau-grüner Karos
Wert bis 3.50 **1⁹⁵**

Seidenstoffe

Ein Gelegenheits-Kauf reinseidener Chinés, hell- und dunkel-
grundig Wert bis 3.00 **1⁹⁵**

An den Sonntagen
des Monats Oktober ist von
8 bis 10 und 12 bis 2 Uhr
geöffnet!

In Gardinen, Teppichen, Tisch- und
Bettedecken, Bettstellen u. Matratzen,
Bettfedern, fertigen Betten
Großes Lager zu billigsten Preisen
Man verlange Rabattmarken!

Der reich illustrierte
HAUPT-KATALOG
ist erschienen und wird auf
Wunsch gratis zugesandt.

Stola,
Muffen, Kolliers
in allen Pelz-
gattungen sowie
alle sonstigen
Pelzwaren.
Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.
Kein Zwischen-
händler, daher Fab-
rikpreise.
Ferdin. Kalman
Dresdenerstr. 75
vorn II, 2. Haus
v. Thalia-Theater.
Verkauf auch
Sonntags, und Wochentags von
8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Blitz — Blitz

Das gesamte Lager der Firma

Kommandantenstr. 43 **S. Böhm** Kommandantenstr. 43

bestehend aus erstklassigen Fabrikaten deutscher und englischer Waren im Betrage von zirka

97500 Mark

die genaue Summe geben wir in nächster Annonce auf, haben wir gekauft. Wegen Räumung des Lokals am 1. April 1907 unterstellen wir das gesamte Lager einem

Total-Ausverkauf.

Zur Komplettierung der Artikel haben wir aus unseren Lagern große Partie-Posten hinzugefügt, die wir zu sehr billigen Preisen verkaufen. Zur Eröffnung des Ausverkaufs am **Sonnabendmittag 12 Uhr** kommen folgende Posten zum Verkauf:

Serie I Herren-Anzug	früher M. 18, jetzt M.	12 ⁰⁰	Schlafröcke	50	Proz. unter Preis.
Serie II "	" " 24, " "	16 ⁰⁰	Kinder-Anzüge	in feinsten Ausführung	40
Serie III "	" " 28, " "	19 ⁰⁰	Arbeiter-Bekleidung	30	Proz. unter Preis.
Serie IV "	" " 32, " "	24 ⁰⁰	Kinder-Hosen	Stück nur	75 Pf.
Serie V "	" " 36, " "	27 ⁰⁰	Kinder-Paletots	jetzt	33 ¹ / ₃ Proz. Rabatt.
Serie VI "	" " 40, " "	30 ⁰⁰	Herren-Hosen	"	20 " "
Serie VII "	" " 45, " "	33 ⁰⁰	Mäntel, diverse	"	50 " "
Serie VIII "	" " 48, " "	36 ⁰⁰	Demi-Paletots	"	33 ¹ / ₃ " "
Serie IX "	" " 54, " "	39 ⁰⁰	Piqué-Westen	"	33 ¹ / ₃ " "
Serie X "	" " 60, " "	45 ⁰⁰	Loden-Joppen	"	25 " "

Herren-Paletots jetzt zu gleichen Preisen wie obige Anzüge.

Blitz Blitz Blitz

Gr. Frankfurterstr. 137 Chausseestr. 80 Rosenthalerstraße 9
zwischen Koppen- u. Fruchtstraße. Vor Täuschung wird gewarnt. Ecke August-Straße 41.

oder das Wunder Berlins!

Herren-Anzüge	nach wie vor	von 6 ⁹⁰ M. an	Herren-Paletots	mit prima Futter	von 7 ⁴⁰ M. an
Herren-Anzüge	Kavalier	9 ⁵⁰ M. an	Herren-Paletots	mit Stepp-Futter	13 ⁵⁰ M. an
Herren-Anzüge	Maß-Ersatz	14 ⁵⁰ M. an	Herren-Paletots	auf Seide	16 ⁵⁰ M. an
Herren-Hosen		1 ⁴⁰ , 2 ⁴⁰ , 3 ⁵⁰ , 4 ⁵⁰ M. an	Herren-Joppen	warm gefüttert	3 ⁶⁰ M. an
Knaben-Anzüge u. Paletots		von 2 ⁰⁰ M. an	Herren-Joppen	mit imit. Pelzfutter	6 ⁵⁰ M. an

Nie wiederkehrende Gelegenheit, einzig dastehend!

Unerreicht
an Güte und Beutler's
Füllkraft sind
echt chinesische
Mandarinen-Daunen
Pfund nur 2,50 M.
Ein Versuch führt zur Nach-
bestellung.
Bettfedern
doppelt gereinigt und ent-
staubt, daher größte Füllkraft
Pfund 50 Pf. bis 2,50 M.
Gänsehalsdaunen
und Daunen
Pfund 2,50 bis 8,00 M.
Fertige Betten
großer Stand (Oberbett,
Unterbett, zwei Kissen)
mit haltbarem Inlett
12 M., 30952*
bessere Sorten
15, 20, 25, 30 M.
Hochfeine Brautbetten
40 bis 60 M.
empfiehlt das
große Spezial-Geschäft
L. Beutler,
BERLIN,
Oranienstr. 8, nahe
Ackerstr. 28, Hochbahn,
Neanderstr. 29, Invalidenstr.
Reinickendorferstraße 115,
am Bahnhof Wedding.
Bettfedern-Dampf-Reinigung
freier Transport.
Amt IV, 8971. Amt III, 5301.

Der Kenner



raucht

Kreti Pleti

10 Stück 55 Pf.

hochfeine unsortierte Vorsten-
landen-Cigarren.

J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken — 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 39/37, Ecke Schwartz-
kopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Französisch. Str.
Gertraudenstr., Ecke Breitestr. 30a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenstr.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Mühlstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schön-
hauerstraße.
Uhlandstr. 33, E. Lietzenburgerstr.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige (2466L*)

Herren-Garderobe

— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 37, II,
Eingang Straußberger Platz.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 137/138
Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7, Sonntage 10-12, 2-4.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Ein Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbharte Bügel-Taschen. Große Hüften umfaßt. Die Hose

bei Annahme von 4 Mk. 50

- Wasserdichte Hose Marke Gambrinus, Zylinder... 5 Mk. 50
- Gefütterte Hose... 14,50, 8,75
- Schöne Hose... 1 Mk. 90
- Schöne Hose... 1 Mk. 50
- prima Hüfte-Gewebe... 2 Mk. 50
- Schöne Hose... 2 Mk. 10
- Weiße Hose... 3,50, 2 Mk. 75
- Rohleder-Hose... 4 Mk. 50
- Wasser-Nittel... 3, 2,50, 2 Mk. 25
- Wasserdichte Hose... 2 Mk. 40
- Weiße Lederhose... 7,50, 3 Mk. 75
- Weiße Lederhose... 4,50, 2 Mk. 90
- Reifenreißer-Anzüge, blau, nach Vorschrift... 5 Mk. 50

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. **Chausseur, 21a/25, Bräunerstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 20.**
Das 30. Haupt-Preisbuch 1906-1907 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Kundkarte und die Schnittlänge, bei Jacketts und Mitteln die Brustweite anzugeben. 24882* - Versand von 20 Mk. an franco. -

Nachdruck verboten!

Eröffnung

Sonnabend, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Arthur Kochmann

149. Frankfurter Allee 149. 275/10

Spezialhaus für Damen-Konfektion

Damen-Mäntel. Jacketts. Kostüme. Blusen. Kostümröcke. Unterröcke.

■ Gediegene Ausführung. Tadelloser Sitz. Billigste Preise. ■

Jede Dame erhält beim Einkauf ein praktisches Geschenk.

Wichtig für Zigarren-Händler!

Zigarren- u. Zigaretten-Weihnachts-Packungen

in allen Preislagen, Sorten und Formaten. Streng abgelagerte Ware von 10 Stück an in einfachen bis zu den elegantesten Ausstattungen.

Max Ziegenhals,

Fabriklager: Keibelstraße 20, dicht am Alexander-Platz. Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabake der bekanntesten Fabrikate.

**Extra-Preise
so lange Vorrat in**

- Saal-Teppichen = 50, 65 bis 90 Mk.
- Salon-Teppichen = 30, 40 bis 65 Mk.
- Speise-Zimmer-Teppichen = 25, 30 bis 50 Mk.
- Wohn-Zimmer-Teppichen = 20, 25 bis 35 Mk.
- Herren-Teppichen = 15, 18 bis 25 Mk.
- Sofa-Teppichen = 6, 8 bis 14 Mk.
- Bett-Teppichen = 1, 2, 50 bis 5 Mk.

Außerdem offeriere die bei der Fabrik zurückgeschickten circa **1000** Stück prima echt Belours, echt Alminster, echt Tourmay, echt Brüssel, sowie echte Smyrna- und Perser-Teppiche, handgefertigt, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit kleinen, unmerklichen Musterfehlern, jetzt nach dem Umzuge für die Hälfte des regulären Wertes. 6/10

**Teppichhaus
B. Hurwitz**
Rotes Schloß
vis-à-vis dem National-Denkmal.

Reederei Nobile.
Morgen Sonntag mit Musik
9 Uhr früh nach der Berliner Schweiz, Gosener See.
2 1/2 mittags nach der Berliner Schweiz, Gosener See.
Dort: Konzert und Tanz; Höhenfeuer und Alpenglühen a. d. Bergen.
Abfahrtsstelle: Restaurant Schultheiß, Jannowitzbrücke.
Preis: Hin und zurück 60 Pf. Kinder 30 Pf. Rückfahrt 7 1/2 Uhr abends.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 14
Kleidung - Ausverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Kemer 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,65, 4,75, 5,75 ufm. Weissenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, nahe Koppenstraße.
Tülldecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 ufm. Vorziehgardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weissenbergs Teppichhaus.
Kleidungs-Ausverkauf! Möbelstoffe, Möbelstoffe und Reste für ganze Bedüge 15 Proz. Rabatt.
Tapeten- und Vorhänge-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90.
Große Posten echte Plüschteppiche mit Kellern, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weissenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125.
Kleidungs-Ausverkauf! Gamen, hohen Zuschneidung 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 ufm.
Wollschiffdecken, wert das Doppelte: jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00! 10 Proz. Rabatt. 18998*
Teppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,55, 6,85, 6,85. 18979*
Tuch- und Plüschvorhänge mit Durchschlag 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 ufm. mit 10 Proz. Rabatt. Weissenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, Haltestelle nahe Koppenstraße. 18998*
Bettenlagerer, Gardinenverkauf, Teppdecken, postbillig Handledhaus Weidenweg neuangeh. 411*
Garnierbetten, Gardinenverkauf, Ausverkauf, postbillig Weidenweg neuangeh. 411*
Garnierbetten, Bettmatten, Gardinenverkauf, Ausverkauf, postbillig Weidenweg neuangeh. 411*
Bettenverkauf, Bandbüchsen, Taschenbücher, Uhren, Postkarten, Handledhaus Weidenweg neuangeh. 412*
Deckbett, Unterbett, Kissen mit glatterem Zuleit, 10,50, Handledhaus Weidenweg neuangeh. 17748*
Kostlos-gestehtes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Handledhaus Weidenweg neuangeh. 17748*
Garnierdecken, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Große Later 1,00, Leders Haus Handledhaus Weidenweg neuangeh. 17748*
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Dackelstr. Markt 4, Bahnhöf. 268/14*
Teppdecken postbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 60. 18428*
Möbeldruckerei liefert gediegene Wohnanordnungen äußerst billig. Dunkel Küchen. Reiche Arbeit. Beschäftigung meines Mannes großen Lohnes erbeten. Nach Katalog. Nur Keller und Hinterzimmer. Garstadt, Tischlermeister, Dresdenerstr. 184, höchsten Drampfenplatz und Kottbuser Tor. 17688*

Herrenrad, Damenrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstr. 36 b. 18148*
Geschäftsbrett, äußerst schön, 50,00, Holz, Blumenstr. 36 b. *
Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Böden, Uhren, Teppiche, Decken, Garderobe, Goldschmuck, postbillig. Handledhaus Weidenweg neuangeh. 411*
Teppiche mit Gardinenherrenrad, niedrige Große Frankfurterstr. 9, parterre. 411*
Möbel, billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelwerkstatt (Gneisenstraße 15, am Halleschen Tor, sieben viele Wohnanordnungen, vertrieben gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamtens ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400, 500, 600, 800 bis 10.000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertrieben gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 20, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23, Kuchenschibe, Vertiko 34, Ruhebett 18, Säulentrümmen 30, Tischendian 43, Kaminofen mit Entschlachten 78, englische Nähmaschine 96, Aufschubkassette mit Kasten 96, Ehrhardt 25, geschmiedet Bügel 115, englische Schlafkammer, Speisekammer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden sofort in den Kauf genommen, durch eigene Gespanne geliefert. Kustertisch gratis. Sonntag von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.
Wollschiffdecken! Entschlachten, 2,75, 7,50, 8,75, 5,75 das Stück. Handledhaus Weidenweg neuangeh. 411*
Teppdecken! in allen Farben, bedeutend Ermäßigung, rot, Stiel 2,85. Handledhaus Weidenweg neuangeh. 411*
Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebraucht, zurückgekauft postbillig. Schneider, Kirchhofstr. 172. 9628*
Monatsanzüge, Winterpaletots, neuartig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe mit erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hülzenel, nur Rosenhallerstr. 10. Habe keine Allüren.
Gänse! Gänse! frischgeschlachtet, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Samariterstraße 21. Bettenden-Verkauf. Paul Hoff. 167/4*
Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an. Gebrochene Anzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für formlose Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Handledhaus verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nag. Wollschiffdecken. 7856*
Teppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 411*
Federbetten, weichflüchtig, 15,00, Mittel, Dresdenerstr. 38. 17688*
Gardinen! Restbestände von 1 bis 4 Fenstern billig Gardinenhaus Rosenhallerstr. 2, am Tor. 18788*

Nähmaschinen! Zahl bis 15,00, mer Teilzahlung kauft oder mietet. Nähmaschinen, Systeme. Postkarte. Brauer, Kottbuserstr. 90. 747*
Hochveredelte Herrenanzüge, Herrenpaletots! aus feinsten Stoffen 18 bis 35,00, Hosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Warenhaus, Jägerstr. 63, I. *
Bronzeastronomen!! Aufzuglampen 9,00! Salongastronomen 15,00! Gasluren 1 1/2! Schmeinteilicht billig! Bohner, Waldnerstr. 32.
Herrenjackett-Anzüge, Paletots, vorjährige, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Brenzlauerstr. 23 II. 719*
Säulentrümmen, Baldachin, Tischstühle, Bettstellen, Ständchen, Tisch, neu, verkauft abends nach 6 Uhr. Wollschiffdecken 36 III. Stuben. 167/11
Quadratmeter 70 Pfennig! Die letzten Hochveredelten, nun Aufschub, jeder Größe, im höchsten Luftkurort Eggenbühl bei Straßberg, mitten im Walde, 5 Minuten vom Bahnhof, alle, gesunde Lage, Drochlage wert, Brunnen gratis! Verkäufer täglich Lercin oder Bahnhof. Nur der feinste Otto Seeb, Pantom. Elisabethweg 10. 18556*
Dringend neues Aufschubspind, Aufschubspind, Säulentrümmen, sehr billig, Nagaystraße 18b, parterre. 18508*
Teppiche, Sofastoffe, Gardinen, Vorhänge, Teppdecken, Kuchentische, Kelle, Bräunenden postbillig wegen Käumung. Potsdamerstr. 100, Conrad Hülzer. 19178*
Kinderbettstelle billig verlässlich Grüner Weg 50/51, Hof I. 748
Büchschloß, Möbel, Spiegel, auch gebrauchte, Stallweberstr. 43, eine Treppe links. 18536*
Dame verkauft Aufschubspind 28 Mark, moderne Küchenmöbel, Ausziehtisch 15, Bettstellen mit Federmatratzen und Kissen 29, Ruhebett 25, Baldachin, Nachttisch, Sofa, Tisch 15, Kommode, Aufschubspind 12, Kaminofen 75, Tischchen 50, Hochschubtisch, Stand Bett 20, Bilder, Gardinen, Teppich 8, Teppdecken 7, Dresdenerstr. 38, vom II links. *
Kleiderständer 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, gemaltete Kleiderständer, modern 40, Säulentrümmen 54, Garderobenschrank 38, Baldachin 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38, Aufschubspind, englische Schlafkammer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Waldstr. 81. 167/16*
Schankwirtschaft, großer Umsatz! 1500 Mark Miete, wegen Ueberhäutung zu verkaufen. Offerten unter S. K. an die Parteipostition Rixdorf, Redorfstr. 2. 7120*
Geigenherz, Möbelwerkstatt, neu, Trümmen, Sofa, Schreibtisch, Gallelongue, Hiermöbel verfallend, Pantom, Drechselstr. 52, Hauswirt. 7137*
Billig verkauft Arbeitslaken, Anzüge, Paletots, Joppen. Wilhelm Lange, Turmstr. 84. Zweites Gesch. III. Koabit 82. Drittes Gesch. Holzburgerstr. (Stadtbahnbogen). 167/15*
Zingermaschine 10,00, Alexanderstr. 12. 248/11
Kanarienvogel laut Alexanderstr. 12. Nähmaschinengeschäft.

Verschiedenes.

Kleber! Morgensprache Sonntag bei Stephan, Wollschiffdecken 31. 71
Parentanwalt Bessel, Wollschiffdeckenstr. 94a. 9278*
Rixdorf, großes Festzelt, Kuchentisch 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Barkehall (500 Personen). Sonntag Ball. 7119*
Handliche, Weinstraßen 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 16678*
Kunststofferei von Frau Kolosky, Charlottenburg, Goethestr. 84, I. *
Tanzunterricht! Gruppe, Kamenstr. 16, zweimonatliche Anfänger-Sonntagskurse, Doreen 4,00, Damen 3,00 monatlich. Spezial Balletunterricht. 248/6*
Verone! Saal, Vereinszimmer Sonntagabend frei. (Beibier!) Klubhaus, Annenstraße 16. 248/7*
Platinen, alte Goldschmuck, Silber, Draufgold, Treifen, alte Uhren, Kleingold, Brillanten sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberveredelung Groß, Brandstr. 4, Telefon IV, 6658. 107/3*
Reise, Lebens-, Einbruch, Diebstahl, Kinderversicherung, Paul, Oranienstraße 191, Rixdorf, Rixdorfstr. 8. 16678
Vereinszimmer empfiehlt Kartenspielestr. 83, Kasino. 17815*
Jungen, welche den Vorkurs am Sonntagabend, den 22. September, früh 6 1/2 Uhr, in der Reimschinderstr. 32 mit angehen haben, wollen sich dorthin im Gemeinschaftsraum melden.
Tanzunterricht Leopold, Sophienstraße 18. Anmeldungen: Sonntag 3-6 erbeten. Damen 3,00, Doreen 6,00. 18565
Vereinszimmer mit Planino empfiehlt Stolpferstraße 13. 767
Schönbergs Erlaucht Sänger für Vereine noch einige Sonntagabend frei. Adresse: Teltowstr. 14. 18585
Erkläre August Medlenburg für ehrlich und gewissenhaft. O. Selter, Fichtenau. 18676

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Wieder Stuhlrechter bietet um Arbeit. Stelle werden abgeholt und ausgeführt. H. Müller, Wollschiffdeckenstr. 27. 14658
Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann wird zu erfindlichem Chauffeur herangezogen und praktisch ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Günstigste Folge! Autotechnikum "Berlin", nur Spichernstraße 11/12. 215
Gärtner finden lohnende Arbeit bei G. Fricke, Danzigerstr. 93, 5 bis 5 Uhr. 17906*
Kadefahrer mit eigenem Kad, 16-17 Jahre alt, sofort verlangt. Schützenstraße 25. Arbeitszeit: morgens 4-11 1/2, nachmittags 3 1/2-7 Uhr.
Dachdecker verlangt. Rixdorf, Rixdorfstr. 11. 7120
Nach Papier werden zwei tüchtige, selbständige und fleißige Blätterleger, welche im Verlegen von Bodenplatten und Wandplatten durchaus erfahren sind, sofort gegen gute Akkordlöhne und Reisekostenabrechnung gesucht. Offert unter M. 3 an die Expedition dieses Blattes erbeten. 18668*
Marmorarbeiten auf Möbelplatten für dauernde Arbeit verlangt. Sasse, Wollschiffdeckenstr. 12. 18688
Vader verlangt Leistenfabrik. Wollschiffdeckenstr. 7. 167/14
Alpharbeiter! Portemonnaie und Stoffelanne kann abgeholt werden. Wollschiffdeckenstr. 26. 774
Tüchtige Marmorarbeiten und Dauer verlangt. Rixdorf, Rixdorfstr. 132. 7120
Bananschlager verlangt zu Teilpreisen. Schlosserstr. 97. 18528*
Monteur, tüchtige, für Träger- und Blechtreppenbau sofort gesucht. A. Draufgold, Schneberg, Tempelhofer Weg 46/47. 167/10
Korbmacher auf Roharbeit verlangt. Holz, Oranienstraße 2. 18388*
Verteile Gärtlerarbeiten auf Kund und Macé, die auch zuschneiden können, sucht eine hübschere Gärtlerarbeit. Persönliche Vorstellung bei G. Gottlieb, Dresdenstraße 20, abends 8 bis 7-8 Uhr. 18456
Präger für Nachschicht Wilhelm Boehme, Reichensbergerstr. 158.
Klavierspieler Sonntagabend, Sonntag verlangt. Wollschiffdeckenstr. 59.

Zahnärztinnen, ohne Unterbrechung, lohnende Beschäftigung. Zahnärztinnen, Annenstraße 14. 18428
Fräulein, junge Mädchen, die sich zu tüchtigen Verkäuferinnen ausbilden wollen, werden gegen Vergütung gesucht. Vorstellung abends 8 bis 9 Uhr in Begleitung der Eltern. A. Jander u. Co., Große Frankfurterstr. 113. 19468*
Votenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung. Schützenstraße 1. 167/9*
Votenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung. Schützenstraße 22. 167/5*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Lehrling G. Witzel, Bräunerstr. 164.
Ein Wächter
junger harter Mann, wird gesucht von E. Sackin & Co., Rosenhallerstr. 9.
Zeitungsträgerin
mit Hilfe sofort verlangt. Expedition Bräunerstraße 31. 18628
Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!
An der Pianofabrik von Bell & Co., Andreasstr. 32, haben tüchtige Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zugang ist fernzuhalten. Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.
Achtung! Kürschner!
Der Verein selbständiger Kürschner (Polzbranche) hat über die Firma Joka u. Co. die Sperrung verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich wenigstens an den Beschluß zu halten.
Der Vorstand.
Die Geschäftsstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes ersucht die Mitglieder, diese Beschlüsse streng zu meiden, da selbige ebenfalls die Sperrung verhängt hat über die Firma Die Erbsverwalter.
Achtung!
Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Vergolder, Buchbinder u. Hilfsarbeiter.
Die Arbeiter der Photographierahmenfabrik Priemer, Alexanderstr. 184, befinden sich im Streik. Zugang ist fernzuhalten. 92/17*
Die Erbsverwalter.
Deutsch. Buchbinderverband
Die Firma Max Beck, Nationalfabrik, Wollschiffdeckenstr. 11, für Presser und Träger auf Klammelformen wegen Lohnminderungen gesperrt. Die Erbsverwalter. 26/1

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 7. Oktober, früh 8 Uhr findet eine Flugblattverteilung im 8. Kommunal-Wahlbezirk statt. Die Genossen aus den Bezirken, welche nicht zur Wahl stehen, werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulweg. Morgen Sonntag findet eine „Vorwärts“-Agitation statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich Punkt 8 Uhr in ihren Bezirkslokalen einzufinden. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß den Mitgliedern die Bibliothek unentgeltlich zur Verfügung steht. Ausgabe der Bücher für Treptow bei Genossen Gramenz im Zigarettengeschäft, Kiehlholzstraße 412 und für Baumschulweg jeden Sonnabend abends 7-10 Uhr bei Christ, Marienhalerstraße 13. Um rege Benutzung ersucht Der Vorstand.

Friedenau. Sonntag früh 1/8 Uhr Flugblattverteilung. Die Genossen treffen sich in folgenden Lokalen: I. Bezirk: Handjerystraße 86. Inhaber: Friedrich. II. Bezirk: Wilhelmshöherstraße 22. Inhaber: A. Rosenber. III. Bezirk: Kaiser-Allee, W. Grube. IV. Bezirk: bei Hegert, Könnenbergstraße, Ecke Handjerystraße. In denselben Lokalen findet am Mittwoch, den 10. Oktober, abends von 1/2 9 Uhr an Wahlabend statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Französisch-Buchholz (Bezirk Pantow). Morgen Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr findet vom Verkehrslokal aus eine Handzettelverteilung statt. Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Waidmannslust und Umgegend. Der Wahlverein für Waidmannslust und Umgegend hält am Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 4 Uhr in Stolpe, Restaurant Bergemann seine öffentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht Vortrag des Genossen Fendel über: Politische Streikrichter. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Eine Schwebbahn-Ausstellung

Ist im Festsaale des Rathauses eröffnet worden. Sie umfaßt eine Reihe von Modellen und Zeichnungen, welche die verschiedenen alten und neuen Systeme der Schwebbahn darstellen. Im Laufe des Donnerstags haben die Mitglieder der Verkehrsdeputation sowie (während und nach der Sitzung) viele Stadtverordnete die Ausstellung besucht, welche dem Laien ein anschauliches Bild von diesem Schnellverkehrsmittel bietet. Am heutigen Sonnabend soll auch Interessenten aus dem Publikum die Besichtigung gestattet werden. Die Ausstellung bietet in allen Einzelheiten sehr Bemerkenswertes, besonders eine vollständige Flachträgerkonstruktion auf Mittelstützen. Während bei den übrigen Modellen die Schienenträger der Schwebbahn von einer Gitter- oder Fachwerkkonstruktion getragen werden, sind bei diesem Modell die Schienenträger selbst als Brückenbauten ausgebildet. Das ganze Eisenraster oberhalb der Fahrbahn wird durch die Verankerung der Stützeisenfassung entbehrlich. Diese ist ein scheinbarer Nachteil. Statt 33 Stützen bei einer Bahn von 1000 Meter Länge müssen nämlich bei der Anwendung der letzteren Konstruktion etwa 55-65 Stützen in der Straßendamm eingebaut werden. Immerhin ist die Stützeisenfassung noch ausreichend, um selbst breite Fahrdämme ohne Einschränkung hindurchzuführen. Die ausgestellten Modelle und so weiter zeigen, daß die Gesellschaft bemüht ist, den Nachweis zu liefern, daß eine befriedigende Gestaltung der Schwebbahn-Strassen auch in normalen Straßen, und nicht nur in solchen von ungewöhnlicher Breite, möglich ist. Jedenfalls gestatten sie ein Urteil darüber, ob die Befriedigung ästhetischer Rücksichten bei der Schwebbahn möglich ist. Die Fragen, die den Wunsch einer Probe-Strasse in natürlicher Größe hervorriefen, dürften durch die Modelle und so weiter zum Teil geklärt sein. Die Verkehrsdeputation wird aber gleichwohl mit Rücksicht auf gemachte Erfahrungen scharflich von ihrem früheren Beschluß, monach Probe-Strassen in der Brunnenstraße zwischen der Invalidenstrasse und dem Rosenhaller Tor und in der Draisenstrasse am Bahnhof Alexanderplatz auszuführen sind, zurücktreten. Wenn die Gesellschaft ihr Projekt der Herstellung einer Schwebbahn Gesundbrunnen-Kirchhof fördern will, dann wird ihr wohl nichts anderes übrig bleiben, als diese beiden Probe-Strassen zu bauen, und zwar in der neuen Bauweise (Flachträger). Zu dieser hat Minister Budge Veranlassung gegeben, indem er in einem Erlaß vom 6. Februar 1906 die Forderung aufstellte, daß die Bauweise mit Vorkantstützen in möglichst geringem Umfang auszuführen und die Notwendigkeit ihrer Anwendung bei dem Antrag auf Einholung der allerhöchsten Genehmigung näher zu begründen sei. Studien führten dann zur Konstruktion der Flachträger, die hinsichtlich der Inanspruchnahme der Straßen nur geringe Anforderungen stellen.

Mit der Frage einer Neuregelung der Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen in den Blumengeschäften beschäftigte sich am Montag, den 1. Oktober, in den „Industrie-Festhallen“ eine vom Verein der Blumengeschäftsinhaber Berlins einberufene und von circa 70-80 (von den circa 500) Blumengeschäftsinhabern Berlins besuchte Versammlung, zu welcher nur Eintritt gegen Vorgezogene einer Einladung gewährt wurde. Letzterer Umstand muß besonders erwähnt werden, da die Blumengeschäftsinhaber in gutem Glauben, nun ganz unter sich zu sein, es unterließen, aus ihrem Herzen eine Würdegrube zu machen. Auf die Petition des Verbandes der Blumengeschäftsinhaber an das preussische Ministerium um Verlängerung der Verkaufszeit an den ersten Weihnachtstagen, Oster- und Pfingstfeiertagen, welche zurzeit 2 Stunden, und zwar von 8-10 Uhr, beträgt, folgte eine Gegenpetition um Verlängerung der Verkaufs- und Arbeitszeit, welche zurzeit fünf Verkaufs- und sieben Arbeitsstunden an gewöhnlichen Sonntagen beträgt, von seiten der Section der Blumengeschäftsinhaber. Das Ministerium hat eine Prüfung der beiden Petitionen vorgenommen und beiden Teilen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Vorschläge unterbreitet, welche darauf hinauslaufen: eine Verschiebung der Verkaufszeit an den ersten Weihnachtstagen, Oster- und Pfingsttagen statt von 8-10 Uhr bisher, auf 12-2 Uhr mittags vorzunehmen, und an den gewöhnlichen Sonntagen — da der Nachweis gegeben ist, daß eine Verschiebung der Verkaufszeit ohne Geschäftsschwächung möglich ist — statt 12-3 Uhr bisher, auf die Zeit von 12-2 Uhr zu beschränken, dafür morgens eine Stunde früher, also von 7-10 Uhr, die Verkaufszeit freizugeben. Des ferneren sollte noch den Vorschlägen des Ministeriums von den eventuell zulässigen zwei Arbeitsstunden von der Verkaufszeit eine Stunde gekürzt werden.

In der Versammlung erklärte Herr Gr. III, Charlottenburg, mit dankenswerter Offenheit, daß die Blumengeschäftsinhaber diesen Vorschlägen nicht zustimmen können, weil dahinter die Angestellten stehen, und würde das Akzeptieren eine Konzession an die Organisation der Angestellten, besonders aber an deren Leitung in der Reherstraße bedeuten. Herr Degeförde, Berlin, Badstraße, ein Schanzmacher in miniature, erklärte sich rund und schlank für Weibehaltung des jetzigen Zustandes, schon aus dem Grunde, daß jeder während der gefühllos verbotenen Zeit so viel verkaufen möge, wie es eben geht, und wie es ja bisher auch geschehen ist! Diese Bemerkung nagelte Herr Schmiedel fest, indem er sagte: „Wenn mein Vorredner sich beschwert, daß Demunzianten umgeben, so möchte ich Herrn Degeförde nach seinen gemachten Ausführungen

jeden Sonntag einen Demunzianten auf den Hals wünschen“. Nebenbei hat gerade Herr Schmiedel sich rechtlich bemüht, seinen Kollegen die Annahme der Vorschläge mündgerecht zu machen, indem er an ihre Logikität bei früheren diesbezüglichen Fragen, an dem kirchlichen und anderem mehr appellierte. Auch der Vorsitzende des Vereins, Herr Nigrim, rief, die Vorschläge „schon um des Scheines der Arbeiterfreundlichkeit willen“ anzunehmen, und begründete dieses mit der Tatsache, daß in einem neueröffneten Warenhaus am Kottbuscherdamm 15 Vinderinnen Stellung als Verkäuferinnen angenommen haben, und dieser Fall stehe nicht allein da. Der Mangel an tüchtigen Kräften habe seine Ursache mehr oder weniger in der langen Arbeitszeit. Die Löhne seien dieselben wie in anderen Geschäften. Hierdurch würden die Wahrheiten der Angestellten von einer Stelle bestätigt, die nicht im Beruf des „Heben und Berheben“ steht.

Beschlossen wurde, die Vorschläge des Ministeriums abzulehnen mit der Begründung, daß die Vorschläge nur einerseits den großen Geschäften und andererseits den Angestellten zugute kämen. Es sind dieselben kurzfristigen Leute, die sich seinerzeit auch gegen den Achtstundenschluß wandten, und die auch in Zukunft allen zeitgemäßen praktischen Einrichtungen das Ob verschließen werden mit der unverantwortlichen Begründung, daß durch solche Maßnahmen der Ruin des arg bedrängten Mittelstandes unaufhaltsam wird. Letzterem gegenüber wird jedem, der es hören und nicht hören will, bei anderer Gelegenheit erzählt: „Es sei besser, ein kleiner Herr, als ein großer Ancht zu sein“, und die Arbeiterforderungen werden deshalb auch gerne mit dem Hinweis auf die künftige Selbständigkeit abgelehnt. Als derselbe Herr, der in dieser Versammlung seinen Kollegen die Gefesedüber-tretung empfahl, diesen Sommer angeklagt war, das Sonntag-sruhegesetz übertraten zu haben, wußte er sich in der Rolle des harmlosen Wiedermanns, der von einem „unglaublich-würdigen Volksaufseher“ denunziert war, zurechtzufinden und einen Preispruch zu erreichen. So ganz in intimen Kreisen spricht der Mund aus, wovon das Herz voll ist!

Der Magistrat hat gestern den Oberlehrer Dr. Hildebrand von Victoria-Gymnasium in Potsdam zum Oberlehrer an der 5. Realschule gewählt.

Die Festnahme eines Jünger-Jüngers erregte Donnerstag um Mitternacht dicht am Bahnhof Friedrichstraße nicht geringes Aufsehen. Der Nowdy griff ohne irgend welche Ursache einen ruhig seines Weges gehenden polnischen Handwerksburschen fälschlich an. Als der Jurist Hans R., der Zeuge der ganzen Szene war, für den Angegriffenen Partei nehmen wollte, stürzte sich der Strolch sofort auf diesen und versetzte ihm einen so wuchtigen Fausthieb ins Gesicht, daß ihm das Blut aus dem Munde quoll. Zwei Schutzleute brachten das Individuum nach der im Bahnhof Friedrichstraße belegenen Wache, wo es als der 47jährige Schaufeller Gulauf Perkowski festgestellt wurde. Befragt, warum er harmlose Passanten angriffe, erwiderte er: „So müsse die ganze Judenbande verurteilt werden“ und „es kann ja nur fünf Mark Geldstrafe kosten“. Wegen des gefährlichen Pöbeljüngers soll sofort das Strafverfahren eingeleitet werden.

Die Darlehnsfirma Schneeweiß u. Co. in Berlin hatte aus Anlaß eines Artikels unseres Parteiblattes „Fälische Post“ über das eigenartige Geschäftsgebahren dieser Firma gegen den verantwortlichen Redakteur eine Klage wegen Verleumdung gebracht. Auch wir hatten seinerzeit von diesem Artikel Notiz genommen, sind aber mit einer Klage verschont geblieben, obwohl es Herr Schneeweiß nicht an Briefen fehlen ließ, die Verichtigungen darzustellen sollten, aber schwere Verleumdungen und schwere Anklagen gegen die hiesige Kriminalpolizei und den Oberstaatsanwalt enthielten. Wir reagierten nicht auf diese Briefe, wußten aber doch der Gerechtigkeit halber den Beschluß mitteilen, den das Amtsgericht auf den Antrag des Strafantragstellers gefaßt hat. Der Beschluß lautet:

„Das Hauptverfahren wegen eines Vergehens der Verleumdung wird gegen den Beschuldigten nicht eröffnet. Die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Beschuldigten erwachsenen notwendigen Ausgaben werden dem Privatkläger zur Last gelegt. — Der Artikel „Die Darlehnsinstitute in der bürgerlichen Presse“, wegen dessen Privatklage erhoben wurde, enthält keine Verleumdung des Privatklägers. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Privatkläger wiederholt mit seinen Darlehnsinstituten sich unredlicher geschäftlicher Manipulationen schuldig gemacht hat, die mit Rücksicht von der Presse und im vorwärtigen Falle von dem Beschuldigten, dessen Zeitung vornehmlich in Arbeiterkreisen gelesen wird, mit scharfen Worten gerügt wurden. Es war daher das Verfahren gegen den Beschuldigten wegen eines Vergehens der Verleumdung im Sinne der §§ 186, 186 St.-G.-B. nicht zu eröffnen. Die Kosten einschließlich der Ausgaben waren dem Privatkläger zur Last zu legen.“

So, nun hat Herr Schneeweiß gerichtlich seine „Rechtlichkeit“ bescheinigt bekommen; vielleicht ist er nun zufrieden.

Aus Lehrerkreisen wird der „Vostischen Zeitung“ geschrieben: Es kann jetzt beim Wechsel des Halbjahres den Eltern nicht dringend genug empfohlen werden, sich alle Akte und Bescheinigungen für die aus der Schule abgehenden Kinder von den Schulleitern zurückgeben zu lassen und aufzubewahren. Hierher gehören in erster Linie neben den Taufscheinen die Zeugnisse über erfolgte Impfung bezw. Wiederimpfung, ferner alle während der ganzen Schulzeit eingereichten ärztlichen Akte, sowie die „Uebungsakten“, welche die Schulleitung ausstellen. Die Schule hat weder ein Recht noch ein Interesse daran, derartige Papiere zurückzubehalten, und für die betreffenden Kinder können sie später oft von großer Bedeutung werden. Es kommt z. B. häufig vor, daß die Militärbehörde bei der Schulleitung anfragt, ob die Behauptung des Soldaten A. B., er habe bereits während seiner Schulzeit an Stottern, Kurzschichtigkeit, Schwerhörigkeit, Krämpfen oder dergleichen gelitten, auf Wahrheit beruhe; die Lehrer vermögen sich nach langen Jahren dessen selten zu entsinnen, oder sie sind längst verstorben oder gar nicht mehr am Leben. Ein anderer ehemaliger Schüler steht als Angeklagter vor Gericht und soll beweisen, daß ihm gewisse körperliche oder geistige Schwächen von Jugend an anhaften, wodurch sein Verhalten erklärt oder die Straftat gemildert erscheint — der Beweis kann zuweilen nur durch die erwähnten Akte geliefert werden. Ein Anabe ist farbenblind, ein anderer leidet an zeitweiser geistiger Abwesenheit, die zwar nur Minuten dauert, ihn aber während dieser Zeit des Bewußtseins und damit aller Verantwortlichkeit beraubt für das, was er tut; die Zahl solcher und ähnlicher Fälle ist außerordentlich groß, und die Beweisführung kann von unendlicher Bedeutung werden für die ganze Existenz.

Die Volkssche Milch wird teurer. Die Volkssche Meierei in einem geherrn veränderten Flugblatt mitteilt, wird vom nächsten Sonntag ab der Milchverkaufspreis um zwei Pfennig pro Liter erhöht werden. Es kosten dann das Liter Vollmilch ab Wagen 20 Pf., frei Haus 22 Pf., das Liter Vollmilch in Flaschen frei Haus geliefert 24 Pf.; bei drei Liter und mehr frei Haus in Kannen geliefert tritt der ermäßigte Preis von 20 Pf. pro Liter ein. Die Kindermilch wird von demselben Tage an 60 Pf. pro Liter kosten, da, wie das Flugblatt geltend macht, die Forderungen der Wissenschaft immer höher gestiegen seien und eine vorsichtigerer Auswahl der zur Milchgewinnung benutzten Stübe, sowie eine noch schärfere Kontrolle als bisher in hygienischer Beziehung zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden sei. Der Preis der Kindermilch von Vorkütern bleibt von dieser Erhöhung unberührt. Was die Vollmilch anlangt, so recht-

fertigt sich eine Preisverhöhung um zwei Pfennig durch die schlechten Viehhalterernten, die eine starke Verringerung der Viehbestände der nach Berlin Milch liefernden Landwirte hervorgerufen habe. Zu dem um 2 1/2 Pf. erhöhten Einkaufspreis trete noch eine erhebliche Steigerung der Arbeitslöhne. Aus diesen Gründen erweise sich ein Beharren auf dem bisherigen Preisfasse von 18 bezw. 20 Pf. (frei Haus) als nicht angängig.

Diese Ankündigung steht im unerfreulichen Widerspruch mit dem Beschlusse der Berliner Milchhändler, der dahin geht, keinerlei Erhöhung des Milchverkaufspreises einzutreten zu lassen. Die Behauptung von der erheblichen Steigerung der Arbeitslöhne läßt sich mit den wirklichen Zuständen bei Volle nicht in Einklang bringen.

Geschwindigkeit ist keine Dummheit. Ueber die langsame Erledigung der Arbeiten auf dem Berliner Polizeipräsidium herrscht in Handlungsgeschäftsreisen große Mißstimmung. Diese Langsamkeit hat jetzt in einem Falle dazu geführt, daß ein Leberreiter der geschlichen Schutzbestimmungen seiner Verkräftung entzogen wurde. Ein hiesiger Handlungsgeschäftsreisender hatte am 10. Mai dieses Jahres Anzeige gegen eine Firma wegen verschiedener Uebertretungen der Sonntagruhe-, Lebensschlußbestimmungen usw. erstattet. Daraufhin wurde dem Gehilfenverband dieser Tage folgender Bescheid vom Ersten Staatsanwalt:

„Die in Frage kommenden Akten sind seitens des Herrn Polizeipräsidenten zur Weiterverfolgung Anfang August erst hierher eingeschickt. Da die der Firma R. . . hier hietereits vorgeworfenen Vergehen gegen die Gewerbeordnung sich auf die Zeit von Februar bis Ende April d. J. erstrecken, so war bei Eingang der Akten hier bereits Verjährung eingetreten. Ich habe das Verfahren daher eingestellt.“

Das Polizeipräsidium hat also zur Bearbeitung dieser Anzeige drei Monate gebraucht und damit selbst den Eintritt der Verjährung verschuldet.

Eine „blutige Ausschreitung“, bei welcher Schupleute von der blauen Waffe Gebrauch machten, verursachte Donnerstag abend am dem Platz vor dem Opernhaus eine große Menschenansammlung. Dortselbst war ein Steinmader, der sich vermutlich vom Tiergarten aus verirrt hatte, von drei Hundern gestellt worden. Der Warden verteidigte sich jedoch tapfer und brachte seinen Gegnern mehrere Wisse bei, durch welche diese gezwungen wurden, sich in respektvoller Entfernung von dem Raubtiere zu halten. Schließlich machte ein Schupmann dem Kampf dadurch ein Ende, daß er den Warden durch einen Säbelhieb tötete.

Zu der Aushebung der beiden Falschmünzwerkstätten wird noch mitgeteilt, daß die Kriminalpolizei noch ein siebentes Mitglied der Falschmünzerbande festgenommen hat. Es handelt sich um den wohnungslosen Arbeiter Willi Weier, der in der Werkstätte in der Reichenbergerstraße bei der Herstellung von Falschfilaten geholfen hat. Weier ist gleichfalls dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag zwischen 7 und 8 Uhr in der Martin Lutherstraße. Dortselbst wird, wie uns aus sachmännischen Kreisen mitgeteilt wird, von der Firma Held u. Franke auf dem Grundstück Nr. 31/32 ein großer Neubau ausgeführt, der bis zur dritten Etage geblieben ist. Auf noch nicht aufgeklärte Weise ist der dort beschäftigte 41jährige Zimmerpolster Otto Klaus, Berlin, Wolgaststraße 11 wohnhaft, lebensgefährlich verunglückt. Augenzeuge des Unfalles war niemand. Die Umstände aber sowie die Art der Verletzung lassen zweifellos den Schluß zu, daß dem Verunglückten, der auf dem Hof zu tun hatte, ein Mauerstein auf den Kopf gefallen ist. Diese Art des Unfalles ist auch infolge erklärlich, da über verschiedenen Eingängen des Neubaus nicht einmal die in den Unfallverhütungs-Vorschriften vorgesehene Schuttbücher angebracht waren. Auch mit den sonstigen Schutzmaßnahmen für die am Bau beschäftigten Arbeiter ist es bisher jämmerlich bestellt gewesen. Nun allerdings, nachdem das Unglück passiert ist, hat man angeordnet, daß die lebensgefährlichen Stellen zu sperren oder abzudecken sind. Also auch hier hat man die auf allen modernen Zimmerbauten bekamte Regel befolgt: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird er zugebeckt. Vielleicht nimmt aber die in Betracht kommende Polizeibehörde oder die Bauinspektion, die das Fehlen der Schuttbücher dort nicht zu merken scheint, auf Grund dieses Unglücksfalles einmal Veranlassung, eine Kontrolle dieses Baues auszuführen. Außerdem ist zu verurteilen, daß der Verunglückte, der infolge einer furchtbaren Kopfverletzung sofort bestimmungslos zusammengebrochen war, nachher noch in diesem Zustande eine Stunde in der Laube, wohin er von seinen Arbeitskollegen getragen wurde, liegen mußte, ehe ärztliche Hilfe kam. Die Unfallstation in der Bahnstraße, die auf die telefonische Meldung hin sich erst peinlichst erkundigt haben soll, wer dafür die Kosten trägt, sorgte alldann für die Ueberführung des Bedauernswerten nach dem Krankenhaus am Urban, wo derselbe hoffnungslos darniederliegt.

Eine neue Diebespezialität wird seit kurzem in den südlichen Stadtteilen betrieben. Die Täter haben es auf wertvolle Glas- und Bronzegerätschaften, die an Schaufenstern angebracht sind, abgesehen. Mit großer Geschicklichkeit versehen es die Diebstahls-Firmeninschriften von den Fenstern zu entfernen, und sobald Kuffgänger haben, halten sie mit ihrer Arbeit inne. Natürlich können sie ihr verbrecherisches Gewerbe nur in den Nachtstunden ausüben. Eine Reihe von Geschäftsinhabern ist durch das Treiben der Diebespezialisten bereits erheblich geschädigt worden.

Sieben Kupferdrabhdiebe sind jetzt unschädlich gemacht worden. Bekanntlich wurden vor zwei Tagen die Arbeiter Malchow und Rechner unter dem dringenden Verdacht, in dem Kabelwerk „Wilhelminenhof“ Kupferdrabhdiebstahl verübt zu haben, verhaftet. Rechner hat nun im Laufe der Untersuchung die Namen der übrigen Mitglieder der Bande angegeben.

An der Freien Hochschule beginnen in den nächsten Tagen die ersten Vortragszyklen. Am Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 10-11 Uhr Herr Dr. J. Kern: Die italienische Kunst und Kultur im Zeitalter der Renaissance — mit Demonstrationen im Kaiser Friedrich-Museum (Eing. Stadtbahnseite). Montag abend 1/8 bis 1/2 Uhr: Herr Theodor Kappstein: Neue Theaterstücke in Berlin — Kritische Vorgesprechung der Theaterpremierer und von 1/2 9-10 Uhr über: Eduard von Hartmann — Sein Lebensgang und seine Ideenwelt. Beide Vorlesungen finden in der Aula des Bogelerischen Lehrerinnen-Seminars, Ritterstraße 4/5, statt. Am Dienstag abend 8-9 Uhr im Friedr. Weberschen Gymnasium, Dorothienstraße 13/14, Herr Dr. Rudolf Benzig: Heidentum von heute — Gedanken zu einer Lebensführung ohne Bestand der Kirche und 9-10 über: Ethische Kultur in der Schule. Ebenfalls am Dienstag abend beginnt Herr Direktor Fr. Roest von der „Reicherischen Hochschule für dramatische Kunst“ in seinem Uebungs-saal, Charlottenburg, Grolmannstraße 27, seinen Zyklus über: Die Kunst des Vortrages. Alles Nähere aus den Programmen zu ersehen. Programme unentgeltlich bei Roest u. Wolff und in den Lesefallen.

Der zu seiner Klasse von Leuten gehört, die über ein großes Portemonnaie und über viel Zeit verfügen, hat in Berlin reichlich Gelegenheit, sich in den Strudel des Vergnügens zu stürzen. Nun sind die Vergnügungen verschiedener Art. Die einen ziehen beispielsweise den Besuch eines guten Theaters vor, die anderen finden volle Befriedigung in den Varietés und den Kabarets. An Waisenkampeln lehrteer Qualität sind wir in Berlin nicht gerade arm. Um volle Häuser zu bekommen, wenden die Direktoren der größten Varietés alles auf, um womöglich alle Monate ein neues Programm zu bieten. Sie kennen ihr Publikum. Das

Bürker nach Abwechslung, nach Neuem und vor allem nach Pflanzem, was die Herzen und die Sinne fesselt. Und so sind die ersten Tage des Monats diejenigen, die neue „Triads“ und neue „Attraktionen“ bringen. Es ist diese Zeit für das Abwechslung heischende Publikum eine Zeit der Anstrengung, denn von Tag zu Tag muß es von einer Premiere zur andern gehen.

Im **Vassage-Theater** unter den Linden ist **Josefine Dora** in ihrer „Nische“ die Heldin des Abends und ihr Schläger: „Emil, Du bist eine Pflanze“ findet immer wieder donnernden Applaus. Eine hübsche Alpenzige bringt das **Silmana Duo**, während **Ella Milardi** und **Fredorona Ruffina** als Chansonetten wirken. Auch die beiden Humoristen **Eril Peterjon** und **Hugo Mörlinger** bringen einiges Verbauliche. Als gewandter Drahtseiltänzer produziert sich **Salta**, während die **Canon's** durch ihre lebenden Statuen mit manchen ähnlichen Truppen hiesiger Varietés gut konkurrieren.

Der **Wintergarten** hat sein glänzendes Septemberprogramm in den neuen Spielmonat teilweise herübergenommen und zum andern Teil durch Engagierung neuer tüchtiger Kräfte verändert. Als besonders hervorragende Leistung muß die der **Jason-Truppe** bezeichnet werden, die sich geradezu als Künstler auf dem Gebiete des Madfahrens vorstellten. Durch seine Kraftproduktionen erregte **Launceston Elliot** das Staunen des Publikums. Reichlich sind im Programm die sogenannten **Exzentriks** vertreten, eine Künstlerespezies, das durch die tollsten, waghalsigsten Sprünge und Experimente das Auditorium in die lebhafteste Heiterkeitstimmung versetzt. Als solche wirken im Wintergarten **Spiffel** und **Mad**, sowie **Prof. Permana**. Besonders lechtere bringen in einem Nachtigallenbuecht eine Fülle des köstlichsten Humors. Erwähnenswert ist ein **Musik- und Jongleurakt** der **Geschwister Charlene**, von denen **Miß Charlene** in äußerst geschickter Weise auf dem **Klaphorn** zu Hause ist. Ein **Duellistenpaar aus Paris**, eine **Opernsängerin Maria Binen** von der königlichen Oper in **Madrid** und die **englische Ballettgesellschaft** mit ihrem „**Centest**“ vervollständigen das Programm, zu dessen Verständnis man mindestens in vier Sprachen zu Hause sein muß, in angenehmer Weise. **Robert Steidl** mit seinen Schlägern „**Das Kabarett**“ und seiner **Lindenpantomime** übt dabei immer noch die alte Zugkraft aus. Einen **ästhetischen Genuß** gewähren die lebenden **Katzen-Kolossalgruppen**.

Feuerwehrbericht. Der 16. Zug hatte am Donnerstag in der **Chausseestraße 87** zu tun, wo in einer **Apothek** **Wissenstrau** brennte. Das Feuer konnte auf den **Brandherd** im Keller beschränkt werden. Zwei **Küchenbrände** beschäftigten die Wehr in der **Heimstraße 20** und am **Grünen Weg 110**. **Holzwohle** u. a. brannten dort. In der **Rebrowstraße 28** brannten **Gardinen** u. a. Ferner wurde die Wehr nach der **Urbanstraße 23** gerufen, wo eine Frau, die entbunden war, in **Lebensgefahr** schwebte. Durch **Anwendung** von **Sauerstoff** wurde die Frau anscheinend mit Erfolg behandelt. Wegen eines **Nachstuhlbrandes** wurde gestern nachmittags die **4. Kompanie** von drei Seiten nach der **Pankstraße 42a** gerufen. Dort stand der **Nachstuhl** des **Vorberhauses** in **Flammen**. Diese hatten an dem **Hausrat** der **Mieter** in den **Bodenverschlagen** reiche **Nahrung** gesunden und **schlugen** bei **Ankunft** der ersten **Löschzüge** schon an mehreren Stellen aus den **Dachfenstern** hell empor. Der 16. Zug nahm sofort mehrere **Schlauchleitungen** vor und es gelang durch **kräftiges Wassergeben**, den **Brand** auf den **Dachstuhl**, der zum Teil **niedergebrannt** ist, zu **beschränken**. Kurz vorher wußte ein **Wohnungsbrand** in der **Hausburgstraße 8** gelöscht werden. In der **Prinzenstraße 84** brannten **Holz, Papier** und anderes. Als diese **Gefahr** beseitigt war, lief ein **Alarm** aus der **Prinzenstraße 88** ein, wo die Wehr aber **nicht** in **Tätigkeit** kam. **Teer** und anderes **brannte** in der **Reichenbergerstraße 142** unter **großer Qualmentwidelung**.

Vorort-Nachrichten.

Die Beerdigung Adolf Hermanns.

Gestern nachmittag wurde **Genosse Hermann**, der durch die **Angel** eines **Genarmen** **Getötete**, in **Hohen-Reuendorf** zu **Grabe** getragen. Den im **Trauerhause** aufgebahrten **schlichten** Sarg umstanden neben der von **Schmerz** gebeugten **Witwe**, dem **alten Vater** und **anderen Angehörigen** des **Getöteten**, eine **große Zahl** von **Partei-** und **Gewerkschaftsgenossen**, die **gekommen** waren, dem durch eine **unverantwortliche Tat** aus ihrer **Mitte** **gerissenen** **Kämpfer** das **letzte Geleit** zu **geben**.

Der **Wahlverein** von **Waidmannslust**, dem der **Verstorbene** als **Mitglied** angehörte, der **Arbeitsverein** von **Niederbarnim**, sowie **verschiedene** **einzelne Wahlvereine** des **Kreises** hatten **Deputationen** mit **Arängen** **geschickt**, deren **rote Schleißen** **Widmungen** trugen, die zum **Teil** auf die **Art**, wie der **Dahingekiebene** aus dem **Leben** **gerissen** worden ist, **Bezug** nahmen. Auch die **Zahlstelle** **Oranienburg** des **Zimmererverbandes**, wo der **Verstorbene** seine **gewerkschaftliche** **Tätigkeit** **entfaltete** hatte, war in **gleicher** **Weise** **vertreten**, ebenso **einige** **gesellige** **Vereine**.

In **stimmem** **Schmerz**, der sich mit **gerechter** **Erbitterung** über die **Todesursache** ihres **wackeren** **Mitstreiters** **paarte**, umgaben die **trauernden** **Genossen** die **Totenbahre**. — Ein **Arbeitsverein** **eröffnete** die **schlichte** **Feier** mit dem **Vortrag** des **Liedes**: „**Ein Sohn** **des Volkes**“. Dann **gedachte** **Genosse** **Stadthagen** in **wenigen** **tief** **empfindenen** **Worten** des **so** **jäh** und **auf** **so** **verurteilten** **störte** **Weise** aus **unserer** **Mitte** **gerissenen** **Genossen**, der **den** **Seinen** ein **liebender** **Vater** und **Vater**, der **Partei** und **Gewerkschaft** ein **pflicht-** **treuer**, **opferwilliger**, **unermüdlicher** **Kämpfer** war.

Durch die **Strahlen** von **Hohen-Reuendorf** bewegte sich der **lange** **Trauerzug**, und an den **Fenstern** zeigten sich **überall** **teilnahmsvolle** **Gesichter**, wußte **doch** **jeder**, **dah** **hier** ein **Kamm** zur **letzten** **Ruhe-** **stätte** **geleitet** wurde, der **nicht** eines **natürlichen** **Todes** **gestorben**, sondern **durch** **einen** **akt** der **Gewalt** **dahingerafft** worden ist.

Auf dem **Friedhofe** **angelangt**, **senkte** sich der **Sarg** unter den **stimmungsvollen** **Klangen** eines **Trauergefanges** in die **Grust**. „**Ein Sohn** **des Volkes** **wollt** **er** **sein** **und** **bleiben**“, **so** **tönte** es in **feier-** **lichem** **Klange** in den **sonnigen** **Herbstabend**, als sich die **Grust** über der **Leiche** **unseres** **Genossen** **schloß**.

Die **Kranzträger** **traten** an das **Grab**. Als **erster** der **Vorsitzende** des **Wahlvereins** **Waidmannslust**. In den **Widmungs-** **worten**, die er dem **geliebten** **Genossen** in die **Grube** **nachrief**, **gedachte** er **auch** der **Tat**, die **seinem** **Leben** ein **jähres** **Ende** **bereitet** hat und **kenntlich** **ste** **als** **das**, **was** **es** **ist**. Da **legte** sich bei **einigen** im **Trauergefolge** der **verhaltene** **Groß** und **Rufe** des **Unwillens**, die der **Tat** und dem **Täter** **galten**, **entrangen** sich **spontan** **manchem** **Munde**. — **Auch** die **nach** **folgenden** **Worte** des **Nachrufes** aus dem **Munde** **anderer** **Genossen** waren **zunächst** **auf** den **gleichen** **Ton** **gestimmt**. Die **Umstände** **brachten** es **eben** mit sich, **dah** **nicht** nur das **Gefühl** der **Trauer**, sondern **auch** das **Verlangen** nach **Vergeltung** der **Tat** in den **Herzen** der **Genossen** **Wach** fand.

Ein **wenig** **abseits**, **hinter** den **Reichensteinen**, **blickten** die **Helm-** **spitzen** von **zwei** **Genarmen**. — Die **Ordnungshüter** **hielten** sich **jedoch** **taktvoll** **zurück**, es **gab** **übrigens** **auch** **keine** **Gelegenheit** **zum** **Einschreiten**. **Aber** **ganz** **ohne** **eine** **Umständlichkeit** **ging** es **doch** **nicht** **ab**. Der **Vorsitzende** des **Wahlvereins** **Waidmannslust** wurde **notiert**. **Sollte** er **vielleicht** die **preussische** **Ordnung** **dadurch** **verletzt** haben, **dah** er **in** dem **Nachruf**, den er dem **Toten** **widmete**, die **Wahrheit** **gesagt** hat?

Charlottenburg.

Der **Konsumverein** kann, wie aus dem **Bericht** des **Geschäfts-** **führers** in der **letzten** **Generalversammlung** zu **entnehmen** ist, auf

weitere **Fortschritte** **zurückblicken**. Der **Barerumsatz** stieg von **176.253,00** **ℳ** im **Vorjahre** auf **187.912,00** **ℳ**. Die **Mitgliederzahl** erhöhte sich um **141** und **beträgt** **1265**. Der **Reingewinn** **belaufte** sich auf **6077,34** **ℳ** — **gegen** **6563,13** **ℳ**. — **wovon** **6300,30** **ℳ** als **3 1/2** **prozentige** **Kinderergütung** an die **Mitglieder** **verteilt** werden. In der **Gegend** der **Bestalogsstraße** soll **möglichst** **noch** in **diesem** **Jahre** die **vierte** **Verkaufsstelle** **errichtet** werden, **jedoch** **nur** **erst** **durch** **Erwinnung** einer **weiteren** **Anzahl** **Mitglieder** die **Rentabilität** **gesichert** werden. Eine **rege** **Inanspruchnahme** der **Sparkasse** des **Vereins** ist **erwünscht**, da die **Gelder** **dieselben** **nur** zu **gesellschaftlichen** **Zwecken** **verwendet** werden. Der **Zinssfuß** ist **jetzt** auf **3 1/2** **Proz.** **erhöht**. Das **Gehalt** des **Geschäftsführers** wird auf **2200** **ℳ** **erhöht**. In den **Ausschicht** wurden **gewählt** **Frau** **Vied** und die **Herren** **Hagemann** und **Ahrens**. In den **Vorstand** wurde **Herr** **Sellin** **wiedergewählt**.

Schöneberg.

Zwei **Stadtverordnetenwahlgewahlen** sind in der **zweiten** **Ab-** **teilung** **vorgeschritten** und **zwar** für die **Herren** von **Franzenberg** und **Professor** **Mellmann**. **Lehterer** hat sein **Mandat** wegen **Ver-** **zuges** **niedergelegt**. Die **Neuwahlen** sind **vom** **Magistrat** **auf** den **25.** **Oktober** **festgesetzt**. Der **Wahlkampf** **scheint** ein **äußerst** **heftiger** zu werden, da die **Liberalen** alles **aufbieten**, um die **freiwerdenden** **Mandate** mit **Männern** aus **ihren** **Reihen** zu **besehen**.

Lichtenberg.

Der **Mannheimer** **Parteitag** war in der **letzten** **Mitglieder-** **versammlung** des **Lichtvereins** **Gegenstand** **lebhafter** **Erörterung**. Den **Bericht** von demselben **gab** **Genosse** **Seifel** in **einführender** **Rede**. Die **Versammlung** nahm **nach** **reger** **Diskussion** **folgende** **Resolution** **gegen** **zwei** **Stimmen** an: „Die **Versammlung** **spricht** ihre **Zufriedenheit** über den **Verlauf** des **Parteitags** aus und **er-** **wartet**, **dah** **nun** **alle** **beteiligten** **Faktoren** ihr **Ganzes** **daransetzen** werden, **dah** **Geiste** der **Beschlüsse** **entsprechend** die **Parteiarbeit** **aufzunehmen**. **Mit** dem **Verhalten** des **Verichterstatters** **erklärt** sich die **Versammlung** **eindeutlich**.“ **Vor** **Beginn** der **Verhand-** **lungen** **ehrte** die **Versammlung** das **Andenken** der **verstorbenen** **Mitglieder** **Drösch** und **Radtke** in der **üblichen** **Weise**. **Am** **Dien-** **stag**, **den** **8.** **Oktober**, **findet** im **großen** **Saale** der **Gebr.** **Krnhold**, **Frankfurter** **Chaussee** **5**, der **erste** **Vortragsabend** **statt**. **Karten** **für** **alle** **7** **Abende** **gültig** **sind** bei den **Bezirksleitern** **zum** **Preise** **von** **50** **ℳ** **erhältlich**.

Nieder-Schöneweide.

Selbstmord in einer **Kücheneinrichtung** verübte die **23jährige** **Ver-** **käuferin** **Martha** **Kappolt**. **Am** **Ufer** der **zu** der **Spindlerschen** **Färbererei** **gehörigen** **Kücheneinrichtung** bei **Nieder-Schöneweide** wurde **vorge-** **stern** ein **Jodett**, **Hut** und **Schirm** **aufgefunden**. In einer **Jodettasche** **bestand** sich ein **Jodett**, **durch** **welches** als **Eigentümerin** der **Sachen** die **Verkäuferin** **Martha** **Kappolt** **ermittelt** wurde. **Beim** **Abfließen** des **Wassers** **fand** man das **Wädchen** an **einer** **kaum** **einen** **Meter** **tiefen** **Stelle** des **Gewässers**. **Nahrungsmittel** **sollen** das **Motiv** des **Selbstmordes** **sein**.

Friedrichshelde.

Ein **folgenswerer** **Zusammenstoß** eines **Strahlenbahnzuges** mit **einem** **Wieswagen** **fand** **gestern** **nachmittags** in der **Berlinerstraße** **statt**. **Gegen** **2** **Uhr** **fuhr** ein **Strahlenbahnzug** der **Linie** **70** (**Spittelmarkt-Friedrichshelde**) die **Berlinerstraße** in **genannten** **Vororte** **entlang**, als **vor** dem **Hause** **Nr.** **19** der **Wieswagen** **Nr.** **60** der **Firma** **Karl** **Richter**, **Frankfurter** **Allee**, **ent-** **gegenkam**. Der **Kutscher** des **letzteren** **wog**, die **Werde** **zum** **ziemlich** **scharfen** **Trabe** **anfeuernd**, **unmittelbar** **vor** dem **Wieswagen** **auf** das **Gleis** und **der** **schwere** **Transportwagen** **stieß** **mit** **großer** **Gewalt** **gegen** die **Borderplattform** des **Strahlenbahnzuges**. Die **Plattform** wurde **eingedrückt**, die **Werkwand** **umgelegt**, die **famili-** **ären** **Stirnwandseiben** und **eine** **Seitenseibe** des **Kraftwagens** **zertrümmert**. Der **Strahlenbahnfahrer** **Kaisle** wurde **zwischen** **Werk-** **wand** und **Stirnwand** **gequetscht**. Er **erlitt** **schwere** **innere** **Ver-** **letzungen** **sowie** **durch** die **umherfliegenden** **Glasplitter** **erhebliche** **Schnittwunden** **am** **Kopfe**. Der **Verunglückte** wurde **mittels** **Drosche** **nach** der **Wohnung** **geschafft**. Der **Kutscher** des **Wies-** **transportwagens** war **zwar** **vom** **Bod** **auf** das **Strahlenpflaster** **ge-** **schleudert** **worden**, kam **aber** **mit** **leichten** **Kontusionen** **ab**.

Spandau.

Der **vor** **nach** **gar** **nicht** **allzu** **langer** **Zeit** **gegründete** **Verein** der **Arbeiter** und **Arbeiterinnen** der **Staatwerkhäuser**, der in der **kurzen** **Zeit** seines **Bestehens** so **reichlich** **Erfahrung** **machen** **musste**, wie **trübe** es **mit** der **Koalitionsfreiheit** der **Staatwerkhäuser** **Arbeiter** **befähigen** ist, **befähigt** sich **jetzt** **mit** der **Frage** **seiner** **Auflösung**. **Besseres** **kann** **auch** **nicht** **getan** **werden**, denn in **seiner** **jetzigen** **Gestalt** **gleich** er **nur** **einem** **Klumpen** **gleich**. **Rur** der **Anschluß** an die **moderne** **Gewerkschaftsorganisation** **kann** den **Ar-** **beitern** **Besserung** **ihrer** **Lage** **schaffen** und **kann** **sie** **frei** **machen** **von** **jeder** **Verwornung**.

Für **ihre** **Verdienste** um den **neuerbauten** **Kinderhort**, **genannt** „**Sonnenhof** **Kaiser** **Wilhelm** **II.**“, **haben** der **Oberbürgermeister** **Köthe** den **Kronenorden** **3.** **Klasse** **erhalten** und der **Pastor** **Spengler** den **Roten** **Alerorden** **4.** **Klasse** **erhalten**. Die **Bibel** **schreibt**: „und **des** **Menschen** **Sohn** **hatte** **nichts**, **wo** **er** **sein** **Haupt** **hinlegen** **konnte**.“ **Da** **haben** es **die** **heutigen** **Verfänger** **seiner** **Lehre** **doch** **besser**, **je** **beziehen** **gute** **Gehälter** **und** **werden** **deforiert**.

Gerichts-Zeitung.

Unterschlagungen in der „Komischen Oper“.

Wegen **Unterschlagungen** in der **„Komischen Oper“** mußte sich **gestern** der **Nachportier** **Hermann** **Lindemann** **vor** dem **Strafgericht** **verantworten**. Der **bisher** **undefolohene** **Angestellte** **bekleidete** **bis** **vor** **kurzem** **den** **Posten** eines **Nachportiers** in der **„Komischen Oper“**. In **dieser** **Eigenschaft** **hatte** er **nach** **Schluf** der **Vorstellung** die **familiären** **Raumlichkeiten** des **Theaters** zu **renovieren**. Durch die **Vergehllichkeit** des **Publikums** **entwickelte** sich **für** den **Angestellten** **hieraus** mit der **Zeit** **eine** **ganz** **einträglich** **Rebeneinnahme**, denn **auf** den **Bläßen** **fund** **L.** **alle** **möglichen** **von** den **Besuchern** des **Theaters** **vergebenen** **Gegenstände**. **Unter** **diesen** **befanden** sich **zahlreiche** **Operngläser** **und** **dazu** **gehörige** **Stuht**, ein **Brillantenarmband**, **mehrere** **Wroschen**, **goldene** **Vincenez**, **mehrere** **Rompadors**, ein **falscher** **Popf** **usw.** **Diese** **Gegenstände** **wurden** **familiell** **bei** einer **Hausdurchsuchung** in der **Wohnung** des **Angestellten** **vorgefunden**. **Jugleich** **wurden** **aber** **auch** **verschiedene** **der** **Firma** **Sachmann** **u.** **Fauber** **gehörige** **elektrische** **Lichtlampen**, **Leitungsdrahte** und **Schalter** **besehlagnahmen**, die **L.** **sich** **angehörig** **schon** **während** **des** **Waldes** der **„Komischen Oper“** **angeeignet** **haben** **sollte**. **Vor** **Gericht** **war** der **Angestellte** **der** **Unterschlagung** **geständig**. **Der** **Kaufhüter** **D.** **bestätigt** die **Angabe** des **Angestellten**, **dah** er **ihm** die **Erlaubnis** **gegeben** **habe**, die **herrenlos** **herumliegenden** **Be-** **leuchtungsutensilien** **für** **sich** **zu** **verwenden**. **Der** **Staats-** **anwalt** **beantragte** **eine** **Woch** **Gefängnis**, da es **sich** **doch** **um** **einen** **ziemlich** **groben** **Vertrauensbruch** **gegen** die **Direktion** **wie** **auch** **gegen** **das** **Publikum** **handelte**. Das **Schöffengericht** **erkannte** **unter** **Publikum** **mildernder** **Umstände** **wegen** **Unter-** **schlagung** **auf** **50** **ℳ** **Geldstrafe**.

Beleidigung des Kaufmannsgerichtes.

Die **Verkäuferin** **Emma** **Blaser** **hatte** **Eingaben** **an** das **Kaufmannsgericht** **gerichtet**. **Deshalb** **hatte** **sie** **sich** **gestern** **vor** dem **Schöffengericht** **Berlin** **Mitte** **zu** **verantworten**. **Nach** **Abweisung** **einer** **Gehaltsklage** **hatte** die **Angestellte** **mit** **sehr** **groben** **Aus-** **drücken** **in** **Verlesen** **an** das **Kaufmannsgericht** **nicht** **gezeigt**. **Der** **Staatsanwalt** **beantragte** **eine** **Geldstrafe** **von** **45** **ℳ**. Das **Schöffengericht** **erkannte** **unter** **Umständen** **auf** **50** **ℳ** **Geldstrafe**.

Gericht **erkannte** **auf** **eine** **Geldstrafe** **von** **30** **ℳ**. **Bei** der **Schwere** der **Beleidigungen** **sei** **jogar** die **Verhängung** **einer** **Gefängnisstrafe** **in** **Frage** **gezogen** **worden**. **Nur** **mit** **Rücksicht** **auf** **das** **leicht** **erregbare** **Temperament** der **Angeschigten**, die **sich** **in** **ihrem** **vermeintlichen** **Rechte** **gläubte**, **sei** **von** **einer** **Freiheitsstrafe** **Abstand** **genommen** **worden**.

Hätte das **Kaufmannsgericht** **an** **Achtung** **eingebüßt**, **wenn** **sein** **Strafantrag** **gestellt** **würde** **wäre**?

Die Oberkenuniform vor dem Kammergericht.

Die **publizistische** **Tätigkeit** des **Oberst** **a.** **D.** **Gäble** **hatte** **be-** **kannlich** **dazu** **geführt**, **dah** **ihm** **im** **ehrengerichtlichen** **Verfahren** **sein** **Titel** **aberkannt** **und** **er** **der** **Vergütung**, **als** **verabschiedeter** **Offizier** **die** **Uniform** **zu** **tragen**, **für** **verlustig** **erklärt** **wurde**. **Dies** **Urteil** **erzog** **auf** **Grund** der **Verordnung** über die **Ehrengerichte** der **Offiziere** im **preussischen** **Heere** **vom** **2.** **Mai** **1874**. **Durch** **königliche** **Ehrengerichtsordr** **vom** **27.** **Februar** **1904** **wurde** **das** **Urteil** **des** **Ehrengerichts** **bestätigt**. Die **Gründe** **befagen** **unter** **andrem**, **Oberst** **Gäble** **sei** **der** **Verletzung** der **Standesehre** **unter** **er-** **schwerenden** **Umständen** **schuldig**, **da** **er** **in** **einem** **Zeitungsaufstel** **Ansichten** über die **Pflichten** des **Offizierstandes** **vertreten** **habe**, die **mit** <